



**LEUPHANA**  
UNIVERSITÄT LÜNEBURG

Bachelor-Thesis zum Thema

***Demokratische Energieversorger in erneuerbaren Energien als Transformationsakteure zu einer Postwachstumsgesellschaft***

*Democratically Organised Projects in Renewable Energy  
as Transition Actors towards a Degrowth Society*

Leuphana Universität Lüneburg  
Fakultät Nachhaltigkeit  
Studiengang: Umweltwissenschaften

**Vorgelegt von:** Roman Isaac

**Erstprüfer:** Prof. Dr. Harald Heinrichs

**Zweitprüfer:** Norman Laws

# Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis .....	1
Abkürzungsverzeichnis .....	1
<b>I. Ausgangssituation .....</b>	<b>3</b>
1.1 Einleitung & Problemstellung .....	3
1.2 Ziel der Arbeit .....	4
1.3 Forschungsfrage und Herangehensweise .....	4
<b>II. Theoretischer Teil: Energie für Postwachstumsgesellschaften .....</b>	<b>6</b>
<b>2. Postwachstum als Transformationsansatz .....</b>	<b>6</b>
2.1. Problemdarstellung - die Krisen .....	6
2.2. Postwachstum als möglicher Lösungsansatz .....	8
2.3. Ebenen der Transformation: Makroebene vs. Mikroebene .....	10
<b>3. Energie für Postwachstumsgesellschaften .....</b>	<b>14</b>
3.1. Allgemeine Forderungen an eine postfossile Energieversorgung .....	14
3.2. Energiedemokratie als normativer Lösungsansatz .....	19
3.3 Systematisierung von Energieversorgern .....	23
3.4 Zwischenfazit .....	27
<b>III. Qualitative Untersuchung .....</b>	<b>29</b>
<b>4. Methodik .....</b>	<b>29</b>
4.1 Auswahl der befragten Energieversorger .....	29
4.2 Vorstellung der Energieversorger .....	30
4.3 Erstellung der Leitfäden .....	33
4.4 Durchführung und Strukturierung der Interviews .....	34
<b>5. Ergebnisse .....</b>	<b>36</b>
5.1 Vorstellung der Ergebnisse .....	36
5.2 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen der Postwachstumstheorie .....	41
<b>6. Fazit und Ausblick .....</b>	<b>43</b>
<b>7. Literaturverzeichnis .....</b>	<b>46</b>
<b>Anhang 1: Interviewleitfaden .....</b>	<b>51</b>
<b>Anhang 2: Transkript Interview 1 .....</b>	<b>52</b>
<b>Anhang 3: Transkript Interview 2 .....</b>	<b>60</b>
<b>Anhang 4: Transkript Interview 3 .....</b>	<b>65</b>
<b>Anhang 5: Eidesstattliche Erklärung .....</b>	<b>69</b>

## Abbildungsverzeichnis

Abb. 1: Anteil der Energieträger an der Bruttostromerzeugung .....	16
Abb. 2: Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nach Eigentümergruppen in Deutschland 2012 in GWh .....	24
Abb. 3: Überblick über befragte Energieversorger .....	33

## Abkürzungsverzeichnis

<b>AG</b>	Aktiengesellschaft
<b>AEE</b>	Agentur für Erneuerbare Energien
<b>BIP</b>	Bruttoinlandsprodukt
<b>BMWi</b>	Bundesministerium für Wirtschaft und Energie
<b>CO<sub>2</sub></b>	Kohlenstoffdioxid
<b>CPE</b>	Collective and Politically motivated Projects in renewable Energy
<b>eG</b>	eingetragene Genossenschaft
<b>EEG</b>	Erneuerbare Energien Gesetz
<b>EnBW</b>	Energie Baden-Württemberg AG
<b>EnWG</b>	Energiewirtschaftsgesetz
<b>E.ON</b>	E.ON SE
<b>eV</b>	eingetragener Verein
<b>EWS</b>	Elektrizitätswerke Schönau GmbH
<b>GbR</b>	Gesellschaft bürgerlichen Rechts
<b>GmbH</b>	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
<b>IPCC</b>	International Panel on Climate Change
<b>KG</b>	Kommanditgesellschaft
<b>KGaA</b>	Kommanditgesellschaft auf Aktien
<b>NGO</b>	non-governmental organisation/ Nichtregierungsorganisation
<b>OHG</b>	offene Handelsgesellschaft
<b>RWE</b>	RWE AG
<b>TWh</b>	Terrawattstunden
<b>WBGU</b>	Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltfragen

In Anlehnung an die Sprachpolitik der Universität Leipzig ist der vorliegende Text in der unpersönlichen Rede im Femininum gehalten.

*An einigen Orten werden Kooperativen für die Nutzung erneuerbarer Energien entwickelt, welche die lokale Selbstversorgung einschließlich des Verkaufs der überschüssigen Produktion ermöglichen. Dieses einfache Beispiel zeigt: Während die existierende Weltordnung sich als unfähig erweist, Verantwortungen zu übernehmen, kann die örtliche Instanz einen Unterschied machen.*

(Papst Franziskus 2015: 75)

# I. Ausgangssituation

## 1.1 Einleitung & Problemstellung

Mit Hinblick auf die Herausforderungen des sich verschärfenden anthropogenen Klimawandels, steigenden sozialen Ungleichheiten und der Endlichkeit fossiler Ressourcen steht die Menschheit im 21. Jahrhundert vor schwerwiegenden Krisen, die unseren derzeitigen Lebensstil in Frage stellen. Fragen, wie wir leben, uns ernähren, wirtschaften, mobil sind und als Gesellschaft zusammenleben wollen, bekommen angesichts eines immer weiteren Überschreitens der ökologischen Grenzen des Planeten Erde eine immer höhere Brisanz (vgl. Meadows et al. 2004; vgl. Welzer/ Wiegandt 2013: 54).

Die derzeitige Ernährung, Mobilität, Stillung materieller Bedürfnisse sowie die Strom- und Wärmeversorgung der Menschheit fußen auf einem stetigen Angebot fossiler Energieträger wie Kohle, Erdöl und Erdgas. Die Bereitstellung dieser Energieträger hat es den in den Industrie- und Schwellenländern lebenden Menschen über die vergangenen 150 Jahre ermöglicht, auf Basis billiger Energie ihre immer weiter wachsenden materiellen Bedürfnisse zu stillen. Das Angebot fossiler Energieträger und das Vorschreiten technischer Innovationen setzten somit den Grundstein des industriellen Wachstums (vgl. Karathanassis 2015: 49). Zu Beginn der industriellen Revolution wurde durch das Verbrennen fossiler Energieträger erstmals Energie zur Produktion von Waren in einem Ausmaß nutzbar, das ein stetiges Wachstum der Wirtschaftsleistung ermöglichte (vgl. Karathanassis 2015: 49). Dies stellte die Ursache für einen rasanten Anstieg des Kohlenstoffdioxidausstoßes und somit eine Hauptursache des anthropogenen Klimawandels dar (vgl. WBGU 2014: 15).

Zur Begrenzung des anthropogenen Klimawandels hält der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) mit Verweis auf den fünften Sachstandsbericht des International Panel on Climate Change (IPCC) fest, dass „der anthropogene Klimawandel sich nur stoppen lässt, indem die Nettoemissionen von CO<sub>2</sub> auf Null gesenkt werden“ (WBGU 2014: 14). Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Bereitstellung und Verbrauch von Energie stellt der WBGU klar, dass nicht nur technische Lösungen in der Energieproduktion nötig seien, sondern auch eine „Änderung der Lebensstile“ auf Seiten der Energieverbraucher (vgl. WBGU 2014: 33).

An diese Änderung der Lebensstile schließt die Frage nach der Änderung des wirtschaftlichen Systems an. Diese Frage leitet sich daraus ab, dass lediglich Effizienzsteigerungen keine ausreichende Veränderung mit sich bringen, sondern nur eine Abkehr vom Wachstumsgedanken gepaart mit einer Substitution der fossilen durch regenerative Energieträger zur absoluten Senkung des Energie- und Stoffverbrauchs führen kann (vgl. Karathanassis 2015: 201, 203).

## 1.2 Ziel der Arbeit

Ausgehend von den Annahmen, dass einerseits eine absolute Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Kohlenstoffdioxidausstoß nicht möglich und andererseits eine postwachstumsorientierte sozial-ökologische Transformation als Lösungsmöglichkeit der globalen Klimakrise notwendig erscheint, wie in Kapitel 2 dargelegt wird, befasst sich die vorliegende Arbeit mit der Rolle der Energieversorgung innerhalb einer *Postwachstumsgesellschaft* (vgl. D'Alisa et al. 2015; vgl. Jackson 2009: 63; vgl. Latouche 2009; vgl. Meadows et al. 2004; vgl. Muraca 2013; vgl. Paech 2005; vgl. Schmelzer/ Passadakis 2011; vgl. Seidl/ Zahrt 2010; vgl. Skidelsky/ Skidelsky 2014). Da selbst in einer suffizienzbasierten und auf regionalisierten Wirtschaftskreisläufen fußenden Gesellschaft Energie in Form von Strom und Wärme für Mobilität, Produktion und das alltägliche Leben benötigt werden, sollen Energieversorger hinsichtlich ihrer Rolle als Transformationsakteure auf dem Weg zu einer Postwachstumsgesellschaft untersucht werden.

Auf Grund der in Deutschland vorangeschrittenen Energiewende wurden, u.a. durch den Ausstieg aus der Atomkraft und die staatliche Förderung von Photovoltaik-, Solar- und Windkraftanlagen, schon einige Schritte in Richtung der technischen Veränderung des Energieversorgungssystems gegangen. Allerdings zeigt sich mit Bezug auf die gesamte Energieversorgung der Bundesrepublik noch keine grundlegende Änderung in den sozialen sowie den ökonomischen Strukturen, die anhand des Oligopols der großen Energieversorger zu erkennen sind. Neben den vier großen Energieversorgern in Deutschland, EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall, sind in den vergangenen Jahre allerdings weitere ökologisch orientierte und alternative Energieversorger auf der Bildfläche des Energiemarktes erschienen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es daher zu untersuchen, inwiefern demokratisch organisierte Energieunternehmen in erneuerbaren Energien schon heute die normativen Ansprüche an eine idealtypische Postwachstumsökonomie umsetzen, die in der Postwachstumsliteratur dargelegt werden.

## 1.3 Forschungsfrage und Herangehensweise

Zur genaueren Feststellung, welche Energieversorger überhaupt zu betrachten sind, wird der normative Anspruch an eine alternative Energieversorgung mit Hilfe des von Kunze und Becker entwickelten Konzepts der *Energiedemokratie* in eine systematisierte Form gebracht (vgl. Kunze/Becker: 2014; vgl. Kunze/Becker: 2015b).

Aus dem unter 1.2 dargestellten Ziel der vorliegenden Arbeit sowie dem Konzept der Energiedemokratie leitet sich die folgende Forschungsfrage ab:

*Inwiefern treten demokratisch organisierte und politisch motivierte Energieversorger in erneuerbaren Energien als transformative Kräfte in der Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft auf?*

Durch die hier gestellte Forschungsfrage soll eine Verknüpfung zwischen der theoretischen und häufig abstrakten Postwachstumdiskussion und der sich in Deutschland derzeit schon teilweise vollziehenden dezentralen Energiewende hergestellt werden.

Die Arbeit beruht mit Teil II auf einem theoretischen sowie mit Teil III auf einem empirischen Teil.

In **Teil II** werden die normativen Forderungen an die Energieversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft dargestellt. Hierzu wird in Kapitel 2 zunächst ein theoretischer Überblick über die globalen und lokalen Krisen, die Grenzen des Wachstums und den dadurch ausgelösten Postwachstumdiskurs, sowie die möglichen Ebenen einer Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft gegeben. Anschließend wird in Kapitel 3 genauer auf die Thematik der Energieversorgung eingegangen. Zunächst werden allgemeine Forderungen an eine postfossile Energieversorgung skizziert. Im Anschluss werden die im Postwachstumdiskurs dargelegten Ansprüche an eine Energieversorgung dargelegt. Daran anschließend wird das Konzept der Energiedemokratie nach Kunze und Becker genauer erläutert und eine Systematisierung der zu betrachtenden Energieversorger vorgenommen.

In **Teil III** der Untersuchung werden die in Teil II aus der Postwachstumsliteratur gewonnen Erkenntnisse anhand einer qualitativen Befragung von Energieversorgern, die nach der Systematisierung des Konzeptes der Energiedemokratie ausgewählt wurden, hinsichtlich ihrer derzeitigen Umsetzung und Akzeptanz innerhalb der Unternehmen verglichen. Schlussendlich werden die aus dem Vergleich gezogenen Erkenntnisse sowie die offen gebliebenen Fragen in einem Fazit und einem Ausblick dargestellt.

## II. Theoretischer Teil: Energie für Postwachstumsge- sellschaften

### 2. Postwachstum als Transformationsansatz

#### 2.1. Problemdarstellung - die Krisen

Zum Anfang des 21. Jahrhunderts steht die Menschheit vor schwerwiegenden Krisen. Neben der Zunahme von gewaltvollen Konflikten, wachsender Ungleichheit und globaler Finanzkrise stellen der fortschreitende anthropogene Klimawandel und die daraus resultierenden Folgen wohl die größte Herausforderung für die Weltgemeinschaft dar.

Laut des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (2011) dürfen global bis zum Jahr 2050 nur 750 Mrd. t CO<sub>2</sub> ausgestoßen werden um die Anpassungsmöglichkeiten der Weltgemeinschaft an die Folgen des anthropogenen Klimawandel nicht zu überschreiten (vgl. WBGU 2011: 2). Weiter weist der WBGU daraufhin, dass ein auf fossilen Energieträgern basierendes Weltwirtschaftssystem „normativ unhaltbar“ sei, da es das Klimasystem und die „Existenzgrundlagen künftiger Generationen“ gefährde (WBGU 2011: 1). Diese Feststellung fußt darauf, dass durch das globale Wirtschaftssystem sowie das voranschreitende Bevölkerungswachstum die ökologischen Grenzen des Planeten Erde überschritten werden. Schon im vom Club of Rome veröffentlichten Bericht zu den *Limits to Growth* und dessen Nachfolgebericht *Limits to Growth: The 30-Year Update* wurde das Überschreiten der ökologischen Grenzen durch den Begriff des *Overshoot* geprägt (vgl. Meadows et al. 2004: 1ff.). Der *Overshoot* beschreibt die Überbeanspruchung der natürlichen Grenzen und der Ressourcen der Erde. Anschaulich wird der *Overshoot* bei Betrachtung des *Earth-Overshoot-Day*, welcher die Überbeanspruchung auf einen festen Tag im Jahr festlegt und sich kontinuierlich in Richtung Jahresanfang verschiebt (vgl. Welzer 2013: 54). Rockström et al. (2009) definieren die natürlichen Grenzen der Erde wie folgt:

*These (planetary) boundaries define the safe operating space for humanity with respect to the Earth system and are associated with the planet's biophysical subsystems or processes.* (Rockström et al. 2009: 472)

Hieraus wird deutlich, dass ein *Overshoot* der planetaren Grenzen die Lebensgrundlagen der Menschheit signifikant bedroht und somit dringender Handlungsbedarf geboten ist, um diese Lebensgrundlagen zu schützen. Des Weiteren ist das Überschreiten der planetaren Grenzen mit Bezug auf den Klimawandel, der auf ansteigenden Treibhausgaskonzentrationen basiert, vor allem auf die Steigerung der Emissionen durch Energieproduktion und -verbrauch auf Basis fossiler Energieträger zurückzuführen.

Hinsichtlich des Anstiegs der CO<sub>2</sub>-Emissionen verweist Athanasios Karathanassis (2015) in *Kapitalistische Naturverhältnisse* darauf, dass der globale Energiever-



brauch, und somit auch der Ausstoß an Treibhausgasen, seit Beginn der industriellen Revolution kontinuierlich mit dem weltweiten Bruttoinlandsprodukt angestiegen ist (vgl. Karathanassis 2015: 61f.). Obwohl es durch technische Innovationen möglich war, den Energieverbrauch pro Messeinheit des Bruttoinlandsproduktes (BIP) relativ zu senken, stieg der absolute Energieverbrauch, da ein steigendes Wirtschaftswachstum diese Einsparungen überkompensierte (vgl. Karathanassis 2015: 62). Eine absolute Entkopplung der Treibhausgasemissionen vom Wirtschaftswachstum ist somit nicht zu erkennen, wie im folgenden Kapitel weiter ausgeführt wird (vgl. Jackson 2013: 63). Weitergehend ist festzuhalten, dass der Großteil des globalen Energieverbrauchs in den entwickelten Ländern des sogenannten Globalen Nordens erfolgt (vgl. Karathanassis 2015: 61). Hieraus ist zu schließen, dass eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen eng gekoppelt mit einer Senkung des globalen Energieverbrauchs ist. Ferner stellt sich die Frage, ob diese Senkung bei einer Steigerung des Wirtschaftswachstums überhaupt möglich ist.

In Anbetracht dieses ökologisch begründeten Handlungsbedarfs ergibt sich für die Länder des Globalen Nordens eine moralische Verpflichtung für die klimaverändernden Auswirkungen ihres, auf fossiler Energiebereitstellung und starkem Ressourcenverbrauch beruhenden, Wohlstandes Verantwortung zu übernehmen. Dieser Verantwortung der Länder des Globalen Nordens gegenüber den Ländern des Globalen Südens, die hauptsächlich von den Folgen des Klimawandels betroffen sind, wird mit dem Konzept der *Klimagerechtigkeit* Rechnung getragen (vgl. Birnbacher 2010; vgl. Ekhardt 2012; vgl. Rinderle 2010). Peter Rinderle (2010) sieht Klimagerechtigkeit einerseits als Teil einer intergenerationellen Gerechtigkeit und andererseits als Konzept einer intragenerationellen Gerechtigkeit, die er aus Rawls Gerechtigkeitstheorie ableitet (vgl. Rinderle 2012: 44, 52). Weiter sieht Rinderle die Gerechtigkeitsfrage als eine moralische Verpflichtung, die Existenzgrundlagen jetziger und künftiger Generationen durch unser derzeitiges Handeln nicht zu gefährden (vgl. Rinderle 2010: 52). Anhand der Argumentation Rinderles lässt sich hinsichtlich der inter- und intragenerationellen Gerechtigkeit eine direkte Verbindung zwischen moralischer Verpflichtung in Form der Klimagerechtigkeit und den Konzeptionen der Nachhaltigkeit erkennen, die eine Wahrung der Lebensgrundlagen für künftige Generationen einschließen.

Zur Begrenzung des anthropogenen Klimawandels und dessen Folgen für die Lebensgrundlagen der Menschheit fordert u.a. auch der WBGU eine „(...) „Große(n) Transformation“ zur nachhaltigen Gesellschaft, die innerhalb der planetarischen Leitplanken der Nachhaltigkeit verlaufen muss“ (WBGU 2011: 1). Explizit verweist der WBGU, neben den Transformationsfeldern der „urbanen Räume“ und „Landnutzungssysteme“, auf den Energiesektor, da die weltweite Energieerzeugung im Jahre 2011 noch immer zu 80% auf fossilen Energieträgern fußte (vgl. WBGU 2011: 3). Es wird somit deutlich, dass zur Einhaltung der planetaren Grenzen dringender Handlungsbedarf und eine Transformation zu einem nachhaltig gestaltetem Energiesystem notwendig sind. Zur Gestaltung dieser Transformation wird in den folgenden zwei Ka-

piteln auf die Postwachstumstheorie eingegangen, die eine mögliche Lösung der oben skizzierten Krisen darstellt.

## 2.2. Postwachstum als möglicher Lösungsansatz

Um eine sozial-ökologische Transformation zu vollziehen, wird seit Jahren über die verschiedenen Wege zu einer nachhaltigen Gesellschaft diskutiert. Vor allem Ansätze wie der *Green New Deal*, grünes Wachstum oder Effizienzsteigerungen in Produktion und Wiederverwertung, z.B. in Form des *Cradle to Cradle* Prinzips, werden als Optionen zur Lösung der Klimakrise durch technische Effizienzsteigerungen bei gleichbleibendem oder weiter steigendem Wirtschaftswachstum gesehen (vgl. Braungart/McDonough; vgl. Green New Deal Group 2008; vgl. Paech 2011: 32). Diese vorwiegend technischen und ökonomischen Ansätze fußen auf einer Entkopplung des Wirtschaftswachstums vom CO<sub>2</sub>-Ausstoß und gehen davon aus, dass die Wirtschaftsleistung immer weiter gesteigert werden kann, ohne dabei die planetaren Grenzen zu überschreiten. Den starken Zusammenhang zwischen dem CO<sub>2</sub>-Ausstoß jedes Einzelnen und dem anthropogenen Klimawandel zeigt Paech (2011) auf, wenn er festhält, dass zur Einhaltung des 2°C-Ziels laut WBGU jeder Mensch auf der Erde nur 2,7 Tonnen CO<sub>2</sub> jährlich emittieren dürfe. Derzeit werden pro Einwohnerin in Deutschland elf Tonnen jährlich emittiert (vgl. Paech 2011: 33f.).

Tim Jackson (2013) stellt fest, dass eine relative Entkoppelung, also eine Senkung der Energieintensität pro Produktionseinheit, durch Effizienzsteigerungen zu erkennen ist. Eine absolute Entkoppelung, sprich die absolute Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen aus fossilen Quellen bei gleichbleibendem Wirtschaftswachstum, ist jedoch nicht erwiesen, da die globalen CO<sub>2</sub>-Emissionen seit 1970 um 80 Prozent gestiegen sind (vgl. Jackson 2013: 63). Diese Entwicklung ist u.a. auf diverse sogenannte Rebound-Effekte zurückzuführen (vgl. Paech 2012: 115). Diese beschreiben, dass durch technische Innovation erreichte Effizienzsteigerungen, z.B. durch gesteigerten Konsum eines Gutes, wieder vernichtet werden (vgl. Paech 2012: 115-121).

Aus der Feststellung, dass eine Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Treibhausgasausstoß nicht im notwendigen Maße möglich erscheint sowie der Tendenz zu einer Abschwächung des Wirtschaftswachstums in den westlichen Industrieländern über die vergangenen Jahrzehnte, lässt sich folgern, dass Maßnahmen, die grünes Wachstum forcieren, bis heute nicht den gewünschten Effekt erzielt haben. Seit dem vom Club of Rome veröffentlichtem Bericht *Limits to Growth* im Jahre 1972 hat sich eine breite Wachstumsdebatte entwickelt, die sich in den vergangenen Jahren verstärkt hat (vgl. Muraca 2013: 148). Auch in der Neuauflage der *Limits to Growth* weisen Meadows et al. (2004) darauf hin, dass eine nachhaltige Gesellschaft sowohl auf Basis eines Nullwachstums als auch auf Basis eines negativen Wachstums bestehen könnte (vgl. Meadows et al. 2004: 255). Der Abkehr vom Wachstumsparadigma wird erstmals

1973 durch den französischen Autor André Amar mit dem Wort *Décroissance* ein konkreter Begriff zugesprochen (vgl. Muraca 2013: 149). Dieser wird durch die Benennung eines der Bücher Nicholas Georgescu-Roegens etabliert (vgl. Muraca 2013: 149). Im Gegensatz zu Meadows et al. beschreibt André Gorz im Jahr 1975, dass selbst bei einem Nullwachstum die vollkommene Erschöpfung der Ressourcen der Erde droht (vgl. Muraca 2013: 149). Weiter sieht Gorz, der als grundlegender Theoretiker der *Décroissance* gilt, die Politische Ökologie sowie den Sozialismus als normativen Rahmen, in den die Wirtschaft eingebettet werden muss (vgl. Muraca 2013: 160).

Der Begriff *Décroissance* als grundsätzliche Wachstumskritik hat sich seit Beginn der 2000er in übersetzter Form, z.B. *Decrescita* (Italienisch), *Decrecimiento* (Spanisch) oder *Decreixement* (Katalan), auch in anderen Ländern Europas verbreitet (vgl. Muraca 2014: 29). In Deutschland wurde die wissenschaftliche Wachstumskritik vor allem durch den Ökonomen Niko Paech mit dem Begriff *Postwachstum* einer breiten Allgemeinheit geläufig (vgl. Muraca 2014: 35). Im internationalen Diskurs wird jedoch mit Bezug auf die internationalen Konferenzen in Paris (2008), Barcelona (2010), Montreal (2011), Venedig (2012) und Leipzig (2014) vermehrt der Begriff *Degrowth* verwendet (vgl. Kallis et al. 2015: 3). Mit Blick auf die internationalen Konferenzen wird deutlich, dass *Degrowth* sowohl ein Konzept als auch eine Graswurzelbewegung darstellt. Des Weiteren ist der *Degrowth*-Gedanke vorwiegend aus der ökologischen Ökonomie, der Sozialökologie, der ökonomischen Anthropologie und diversen Umwelt- bzw. Sozialbewegungen entstanden (vgl. Martínez-Alier 2012: 60f.). Hinsichtlich einer Begriffsdefinition stellt Serge Latouche (2009) fest, dass *Degrowth* nicht dasselbe beschreibt wie ein negatives Wachstum im derzeitigen kapitalistischen System, welches katastrophale Folgen haben würde, sondern auf einem grundlegend anderem System basiert (vgl. Latouche 2009: 8). Gorz hingegen legt einen stärkeren Fokus auf den anti-systemischen Charakter von *Décroissance* bzw. *Degrowth* (vgl. Muraca 2013: 166). *Degrowth* bedeutet somit einen grundlegenden Wandel des Lebens und des Systems, in welchem sich dieser vollzieht. Daher definieren Kallis et al. (2015) den Begriff wie folgt:

*Degrowth signifies, first and foremost, a critique of **growth**. It calls for the decolonization of public debate from the idiom of economism and for the abolishment of economic **growth** as a social objective. Beyond that, degrowth signifies also a desired direction, one in which societies will use fewer natural resources and will organize and live differently than today. 'Sharing', '**simplicity**', '**conviviality**', '**care**' and the '**commons**' are primary significations of what this society might look like. (Kallis et al. 2015: 3) (Fett-Druck im Original)*

Hieraus geht hervor, dass der Begriff *Degrowth* weit mehr beschreibt als eine grundsätzliche Kritik am wachstumsgetriebenen Wirtschaftssystem. Vielmehr umfasst der Begriff Vorstellungen einer konkreten Utopie d.h. konkrete Umsetzungsmöglichkeiten

alternativer ökonomischer, ökologischer, sozialer und kultureller Organisationsformen, in denen die Frage nach dem guten Leben berücksichtigt wird (vgl. Muraca 2014: 37-57).

Im deutschen Diskurs hingegen haben sich neben dem überfassenden Begriff *Postwachstum* auch die Begriffe *Postwachstumsökonomie*, geprägt von Niko Paech (2012), sowie *Postwachstumsgesellschaft*, geprägt durch den gleichnamigen von Angelika Zahrt und Irmi Seidl (2010b) herausgegebenen Sammelband, etabliert (vgl. Paech 2012: 457-464; vgl. Seidl/Zahrt 2010b). Im Kontrast zur gegebenen Definition von *Degrowth*, die offen formuliert ist, geben Seidl und Zahrt in ihrer Definition einen sehr konkreten Rahmen für die Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft vor (vgl. Seidl/Zahrt 2010a: 34). Ihre Definition umfasst vor allem ordnungspolitische Maßnahmen sowie die Forderung nach einem institutionellen und strukturellen Wandel (vgl. Seidl/Zahrt 2010a: 34). Des Weiteren ist festzuhalten, dass sich in Deutschland ein sehr breites Spektrum innerhalb der Wachstumskritik ausgebildet hat, welches Matthias Schmelzer (2014) in die Denkschulen konservativ, sozialreformerisch, suffizienzorientiert, kapitalismuskritisch und feministisch unterteilt (vgl. Schmelzer 2014: 18f.). Im Unterschied z.B. zur französischen *Décroissance* Bewegung, so Schmelzer, ist in Deutschland neben sozial-ökologisch geprägten Ansätzen auch eine konservativ bis neoliberale Wachstumskritik zu erkennen, die vor allem durch Meinhard Miegel, Kurt Biedenkopf und den Think Tank *Denkwerk Zukunft* vertreten wird und für eine Stärkung der Eigenverantwortung sowie einen Abbau des Sozialstaates plädiert (vgl. Schmelzer 2014: 17f.). Die sozialreformerische Denkschule, der Seidl und Zahrt zuzurechnen sind, forciert eher staatlich gelenkte Maßnahmen, wie z.B. eine Ökosteuer, um eine Transformation zu gestalten. Im Kontrast dazu stehen sowohl die suffizienzorientierte als auch die kapitalismuskritische Denkschule, die einen stärkeren Fokus auf solidarische Gemeinschaften und Zusammenschlüsse von Individuen setzen, um Suffizienzmaßnahmen und Konsumverzicht bzw. eine solidarische Ökonomie und basisdemokratische Elemente zu etablieren (vgl. Schmelzer 2014: 19.). Die feministische Denkschule legt hingegen besonderen Wert auf eine subsistenzbasierte und gendgerechte Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft (vgl. Schmelzer 2014: 19).

Im Folgenden wird sich die vorliegende Arbeit an den Forderungen der sozialreformerischen Denkschule, da diese am stärksten an die derzeitige Umsetzung der Energiewende anknüpft, und den Forderungen der suffizienzorientierten sowie der kapitalismuskritischen Denkschulen orientieren, da in diesen die Frage nach dem Guten Leben mit schon heute umsetzbaren Formen alternativen Wirtschaftens verbunden wird.

### **2.3. Ebenen der Transformation: Makroebene vs. Mikroebene**

Im Anschluss an die unter 2.2 dargelegten grundlegenden Charakteristika einer Postwachstumsgesellschaft wird im Folgenden auf die verschiedenen Handlungsebenen der

Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft eingegangen. Diese können in eine Makroebene, welche z.B. staatliche Maßnahmen zur Veränderung der Rahmenbedingungen umfasst, sowie eine Mikroebene, in der vor allem Maßnahmen mit Bottom-up Ansatz umgesetzt werden, unterteilt werden.

Die Autorinnen der von Schmelzer als sozial-reformerisch bezeichneten Denkschule, deren Ausführungen im Sammelband von Seidl und Zahrt zu finden sind, sprechen sich für konkrete ordnungspolitische Maßnahmen zur Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft aus, die an die derzeitigen Strukturen und Institutionen anknüpfen (vgl Seidl/Zahrt 2010b). Hierbei handelt es sich um Reformmaßnahmen hinsichtlich des Systems der Altersvorsorge mit einem Fokus auf ein späteres Renteneintrittsalter, des Gesundheitswesens, des Bildungswesens, des Arbeitsmarktes, der Finanzmärkte, der Staatsfinanzen sowie von Partizipationsverfahren für Bürgerinnen (vgl Seidl/Zahrt 2010b). Es ist festzuhalten, dass im Sammelband *Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft* sozialpolitische sowie fiskalpolitische Maßnahmen in den Mittelpunkt gestellt werden, um der Transformation zur Postwachstumsgesellschaft einen Rahmen zu geben (vgl Seidl/Zahrt 2010b). Staatliche Maßnahmen zur Neugestaltung oder Dezentralisierung des Energiesystems, abseits der von Bernd Meyer (2010) angeführten Ressourcensteuer, die zu einem verringerten Material bzw. Rohstoffeinsatz in Produktion und Verkehr führen würde, werden hierbei nicht genannt (vgl. Meyer 2010: 172f.).

Ausgehend von einer kapitalismuskritischen und solidarischen Postwachstumsökonomie als Zielzustand fordern Schmelzer und Passadakis (2011) in verschiedenen Unterpunkten konkrete Gestaltungsmaßnahmen regulativen Handelns auf der Makroebene in folgenden Feldern:

1. *Solidarische Ökonomie, Keimzellen, Commons*
2. *Investitionslenkung*
3. *Schrumpfung und Regulierung der Finanzmärkte*
4. *Weniger und anders arbeiten*
5. *Demokratische Wirtschaftspolitik*
6. *Umverteilung und Sicherung des Sozialen*
7. *Lokalisierung und Deglobalisierung* (Schmelzer/ Passadakis 2011: 74).

Die von Schmelzer und Passadakis geforderte Umgestaltung der Investitionslenkung ist unter den Gesichtspunkten einer Dezentralisierung sowie Vergesellschaftung der Energieversorgung besonders interessant, da hier durch aktives staatliches Handeln eine Förderung von alternativen Versorgungsstrukturen vorangetrieben werden könnte. Ferner ist auch Schmelzers und Passadakis Forderung nach Lokalisierung und Deglobalisierung in Bezug auf eine dezentralisierte Energiewende von besonderer Bedeutung, da die Energieproduktion, welche zuvor durch global gehandelte, fossile Energieträger gespeist wurde, durch erneuerbare Energien vom Weltmarkt unabhängig wird.

Ähnlich wie Schmelzer und Passadakis fordert auch Paech konkrete staatliche Maßnahmen hinsichtlich

- einer Geld- und Finanzmarktreform
- einer Stärkung von Regionalwährungen
- einer Förderung von Genossenschaftsbanken
- einer Bodenreform zur Vergesellschaftung des Bodens und eines Verbotes weiterer Bodenversiegelungen
- eines Stopps wachstumstreibender Subventionen
- einer Schwerpunktlegung auf handwerkliche Fähigkeiten innerhalb des Bildungssystems
- sowie einer neuen Verteilungs- und Steuerpolitik zu Begrenzung sehr hoher Einkommen und Vermögen (vgl. Paech 2014: 134-139).

Diese von Paech sowie von Schmelzer und Passadakis gestellten Forderungen sind keineswegs neu und wären theoretisch schon heute innerhalb des politischen und ökonomischen Systems umsetzbar. Ein weiterer in der Postwachstumsdiskussion zentraler Punkt betrifft das Thema Arbeitszeit. Vor allem unter Berücksichtigung einer steigenden Arbeitslosigkeit auf Grund steigender Produktivität und immer stärkerer Sättigung der Märkte hält Mohssen Massarrat (2011) eine Arbeitszeitverkürzung sowie eine „Umverteilung von Arbeit und Einkommen“ für unumgänglich (Massarrat 2011:118f.). Durch eine Verkürzung der Arbeitszeit würden Beschäftigte mehr Zeit für eine suffizientere Lebenshaltung aufwenden können, indem sie die nicht mit Erwerbsarbeit gefüllte Zeit z.B. für den Anbau ihres eigenen Gemüses oder die Reparatur von Gütern verwenden könnten. Einhergehend mit der Diskussion um eine Arbeitszeitverkürzung bzw. die Neuorganisation von Arbeit ist die Diskussion über *Zeitwohlstand*, die sich damit befasst, wie Menschen mit ihrer Zeit umgehen und ihr Leben gestalten möchten (vgl. Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. 2014).

Neben den auf der Makroebene möglichen Veränderungen der Rahmenbedingungen tragen zur Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft auch starke Veränderungen auf der individuellen, unternehmerischen und zivilgesellschaftlichen Ebene bei. Auf unternehmerischer Ebene fordert Paech eine „Entflechtung komplexer Produktionsketten“, da nur so ein Austritt aus der Abhängigkeit von Fremdversorgungen erfolgen kann (Paech 2014: 113). Innerhalb des Unternehmens, so Paech, liegt großes Transformationspotential einerseits in der Umstrukturierung der Arbeitszeit und andererseits in der Produktion langlebiger Produkte bzw. deren Umnutzung nach Gebrauch (vgl. Paech 2014: 131-133). Neben diesen Maßnahmen nennt Paech mit einer verstärkten Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen und „stoffliche(n) Nullsummenspiele(n)“ weitere konkrete Forderungen an Unternehmen und deren Organisation in regionalen Ökonomien (Paech 2012: 460f.). Die Schaffung regionaler Ökonomien

stellt zudem eine Möglichkeit dar, Kapitalabhängigkeiten und Fremdversorgungsabhängigkeiten zu verringern (vgl. Paech 2014: 114). Gerhard Scherhorn (2010) fordert eine Internalisierung der derzeit von Unternehmen externalisierten Kosten, die zu Lasten der Gemeinschaftsgüter aller Menschen anfallen und z.B. durch Ausbeutung von Rohstoffen entstehen (vgl. Scherhorn 2010: 130). Diese Internalisierung der Kosten würde einer Schonung der Gemeingüter oder *Commons* führen und somit zu einer Externalisierung des Nutzens, da eine Pflege der Gemeinschaftsgüter nun auch durch die Unternehmen erfolge (vgl. Scherhorn 2010: 131). Weiter merkt Scherhorn an, dass kleine und mittelgroße Unternehmen sowie Genossenschaften und (re-) kommunalisierte Unternehmen im Gegensatz zu Kapitalgesellschaften keine Probleme bei der Internalisierung von Kosten haben sollten, da sie nicht zwingend auf ein durch Externalisierung generiertes Wachstum angewiesen sind (vgl. Scherhorn 2010: 139). Scherhorn bezieht sich somit auf eine unternehmensinterne Ablösung vom Wachstumsparadigma. Dirk Posse (2015) schreibt Unternehmen zudem ein großes gesellschaftliches Veränderungspotential zu, wenn er wachstumsneutrale Unternehmen in der Rolle der „proaktiv agierenden Akteure“ sieht (Posse 2015: 33). Posse führt hierzu die *Multi-Level Perspective on Transitions* von Geels und Schot an, die beschreibt, dass Veränderungen im sozio-technischen System durch eine Verbindung verschiedener Ebenen zu Stande kommen (vgl. Geels/Schot 2010: 18-28; vgl. Posse 2015: 33). Zur Stützung seiner These beruft Posse sich auf Jackson, Latouche und Schor, die Pionierunternehmen das Potential einer Bottom-up Veränderung zusprechen, obwohl diese starken Abhängigkeiten unterliegen (vgl. Posse 2015: 33). Aus denen von Paech aufgestellten Forderungen und der von Posse formulierten These lässt sich schließen, dass Unternehmen, im Falle dieser Arbeit Energieversorger, eine starke Transformationswirkung entfalten können.

Eine Kernforderung an das individuelle Handeln formuliert wieder Paech, wenn er einen Konsumverzicht und eine suffiziente Lebensweise fordert, die u.a. die gemeinschaftliche Nutzung von Gütern, die Pflege und Reparatur von Gütern und verstärkte Eigenproduktion beinhaltet (vgl. Paech 2014: 120ff). Weiter prägt Paech den Begriff des *Prosumenten*, welcher beschreibt, dass Personen nicht nur konsumieren sondern gleichzeitig auch Güter produzieren, die sie selbst benötigen, oder im regionalen Umfeld die Güter gemeinschaftlich anschaffen und nutzen (vgl. Paech 2014: 123). Somit wird durch Subsistenzmaßnahmen ein Teil der industriellen Produktion schrittweise überflüssig gemacht (vgl. Paech 2014: 123). Außer der individuellen Umstellung des Lebensstils sind für die Umsetzung einer Postwachstumsgesellschaft auch zivilgesellschaftliche Veränderungen, wie z.B. die schon im oberen Abschnitt angesprochenen Commons, die eine weder marktbasierende noch staatlich kontrollierte Allmende und ein Nutzungsrecht an Gütern der Allgemeinheit beschreiben, notwendig (vgl. Helfrich/Bollier 2015: 75-78).

Abschließend ist zu sagen, dass eine gesamtgesellschaftliche Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft sich auf individueller, unternehmerischer, zivil-

gesellschaftlicher sowie staatlicher Ebene vollzieht und sich Veränderungen auf diesen Ebenen wechselseitig bedingen.

### **3. Energie für Postwachstumsgesellschaften**

#### **3.1. Allgemeine Forderungen an eine postfossile Energieversorgung**

##### **3.1.1. Energiewende - technische Innovation oder sozio-ökonomische Transformation?**

Im Kontrast zur Diskussion um eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum wird die Diskussion um eine Energiewende in Deutschland schon seit langem von einer breiten Öffentlichkeit geführt. Die Energiewende und die damit einhergehenden Problematiken werden von Peter Henricke und Paul J.J. Welfens (2012) definiert:

*Energiewende heißt, dass erneuerbare Energien künftig die Hauptträger der Stromerzeugung sein sollen, was insbesondere Herausforderungen für den Ausbau der Stromnetze und Investitionen in neue Kraftwerke, dezentrale Infrastrukturen und Energiespeicher bedeutet. (Henricke/ Welfens 2012: 23)*

Anhand der Definition wird deutlich, dass die Energiewende zunächst Lösungen für technologische und ökonomische Probleme bereitstellen soll, während die sozialen Herausforderungen nicht im Mittelpunkt der Energiewende stehen und erst durch die Eigentumsfrage bzw. die hier schon angesprochene Dezentralisierung in Erscheinung treten.

Bis die Energiewende in heutiger Form institutionalisiert war, wurde ein langer Weg bestritten, dessen Meilensteine einige im Folgenden skizzierte Gesetze darstellen. Klaus-Dieter Maubach (2013) beschreibt den Widerstand gegen den Ausbau der Kernenergie, gegen Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre, als Ausgangspunkt der heutigen Energiewende (vgl. Maubach 2013: 42). Der erste wirkliche Anschlag der Energiewende als politischem Ziel erfolgt, so Maubach, am 1. Januar 1991 durch das Inkrafttreten des „Gesetz(es) über die Einspeisung von Strom aus erneuerbaren Energien in das öffentliche Netz“, auch Einspeisegesetz genannt (vgl. Maubach 2013: 49f.). Nun ist es Betreibern von Kleinanlagen möglich, ihren Strom zu festen Preisen in das öffentliche Netz einzuspeisen, was einen gewissen Bruch des Monopols der Energieversorger darstellt (vgl. Maubach 2013: 49f.). Einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Energiewende stellt das am 11. April 1998 in Kraft getretene „Energiewirtschaftsgesetz“ (EnWG) dar, durch welches eine EU-Richtlinie zur Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte in deutsches Recht umgesetzt wird (vgl. Maubach 2013: 59f.). Für Deutschland bedeutet dies einen schlagartigen Übergang von einem auf Gebietsmonopolen basierendem System hin zu einem liberalisierten Strommarkt (vgl. Maubach 2013: 60). Als Folge des EnWG wird eine Trennung zwischen dem Betrieb der Stromnetze und der Stromerzeugung zur Wahrung des Wettbewerbes erforderlich, die zuvor so nicht bestand und nun neue Strukturen in der Energieversorgung notwen-



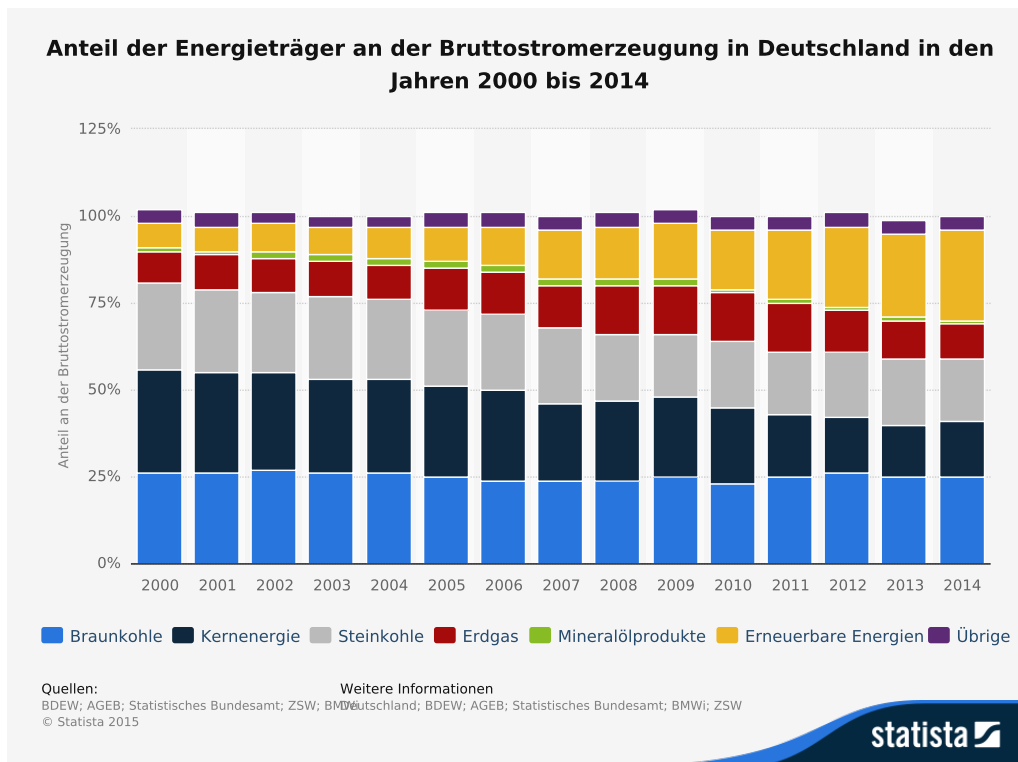
dig macht (vgl. Maubach 2013: 63). Die Liberalisierung des Strommarktes hat, so Maubach, weitreichende Folgen für die Energiewende, da Stromkundinnen erstmals ihre Stromanbieter frei wählen können und Erzeugern der Zugang zum Stromnetz erleichtert wird (vgl. Maubach 2013: 65).

Den nächsten großen Schritt stellt im Jahr 2000 das „Gesetz zur Förderung der Stromerzeugung aus erneuerbaren Energien“ (EEG) dar, welches der vorangegangenen vermehrten Zentralisierung erneuerbarer Energien, z.B. in Windparks, Sorge trägt und die Netzbetreiber zu einer Abnahme des produzierten Stroms verpflichtet, den diese nach festgelegten Einspeisetarifen vergüten müssen (vgl. Maubach 2013: 67f.). Neben der durch Vergütungen finanzierten Einspeisung von Strom beinhaltet das EEG noch die Direktvermarktung, welche durch staatliche Prämien unterstützt wird (vgl. Scheffler 2014: 5). Das erste EEG aus dem Jahre 2000 wurde durch vier Novellen in den Jahren 2004, 2009, 2012 und schließlich 2014 immer weiter verändert und beinhaltet, so Scheffler, zu seinem jetzigen Stand die folgenden Zielsetzungen:

- Ermöglichung einer nachhaltigen Entwicklung,
- Kostenverringerung der Energieversorgung,
- Schonung fossiler Energieträger,
- Förderung von Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien
- Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien am deutschen Strommix von 40-45% bis 2025, 55-60% bis 2035 und mindestens 80% bis 2050 (vgl. Scheffler 2014: 6)

Es ist anzumerken, dass in den hier genannten Zielen keine Vorgabe für eine verhaltensbasierte Erreichung dieser Ziele, z.B. gesamtgesellschaftliches Energiesparen, angesprochen wird und somit auf eine technologische bzw. ökonomische Umsetzung fokussiert wird.

Seit Inkrafttreten des EEG im Jahre 2000 wurde der Anteil der erneuerbaren Energien an der Bruttoerzeugung von Strom kontinuierlich gesteigert, wie in Abbildung 1 anhand des orangen Balkens zu erkennen ist.



**Abb. 1: Anteil der Energieträger an der Bruttostromerzeugung (BDEW 2015)**

Auch der Anteil der erneuerbaren Energien am Bruttostromverbrauch ist nach Daten des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie (BMWi) gestiegen und lag 2014 bei 27,8 Prozent, sodass ein Erreichen der Vorgaben des EEG möglich scheint (vgl. BMWi 2015: 3). Hauptenergieträger für die erneuerbaren Energien im Strombereich in 2014 stellte die Windkraft dar, durch die 9,7 Prozent des deutschen Stromverbrauchs gedeckt wurden (vgl. BMWi 2015: 4). Neben den Zuwächsen von erneuerbaren Energien am Stromverbrauch ist der Anteil von erneuerbaren Energien am deutschen Wärmeverbrauch im Vergleich zu den Vorjahren bei 9,9 Prozent hingegen etwa gleich geblieben (vgl. BMWi 2015: 6). Hierbei ist zu beachten, dass das BMWi sowohl Biogas und Biodiesel als auch Geothermie in seine Statistik mit einfließen lässt (vgl. BMWi 2015: 6). Die Erzeugung von Strom und Wärme aus biogenen Kraftstoffen ist jedoch stark umstritten, da diese auf Basis von Pflanzen erzeugt werden und somit eine direkte Konkurrenz zur Nahrungsmittelproduktion entsteht (vgl. Meyer 2010:170).

Bernd Hirschl (2008) zieht im Jahre 2008 ein positives Fazit zum Ausbau erneuerbaren Energien als Folge der politischen Durchsetzung der Energiewende, wenn er sie als „Erfolgsgeschichte“ bezeichnet (vgl. Hirschl 2008: 185). Den Grundstein hierfür legte, so Hirschl, das Einspeisegesetz von 1991. Dieses war auf Grund der Aktivität einzelner Abgeordneter, der positiven Rezeption für erneuerbare Energien in der Bevölkerung und des geringen Widerstandes seitens der konventionellen Energieversorger und der energieintensiven Industrien leicht durchsetzbar (vgl. Hirschl 2008: 186f.). Im Kontrast dazu merken Hennicke und Welfens (2012) an, dass derzeit nicht erkennbar ist, wie der im EEG festgelegte Strukturwandel des Energiemarktes in eine „gesellschaftliche Transformationsstrategie“ eingefügt werden könnte (vgl. Henni-

cke/Welfens 2012: 155). Aus den hier angeführten Aussagen lässt sich schließen, dass derzeit kein Konsens darüber besteht, ob die Energiewende rein techno-ökonomisch zu gestalten ist oder als Teil einer größeren sozio-ökonomischen Transformation zu betrachten wäre. In Anknüpfung an diese Kontroverse wird in den folgenden zwei Teilkapiteln auf die normativen Forderungen der Postwachstumsliteratur an eine Energieversorgung und mögliche Alternativen zum derzeitigen Energiemonopol eingegangen.

### **3.1.2 Energie aus Postwachstumsperspektive: Dezentralisierung und Kollektivierung**

Im Unterschied zu sehr konkreten Forderungen in den Bereichen Finanzsystem, Arbeitsmarkt, Landwirtschaft oder regionale Ökonomien sind in der Postwachstumsliteratur nur wenige konkrete Vorschläge zu einer Veränderung des Energiesystems abseits des unter 3.1.1 beschriebenen Ausbaus der erneuerbaren Energien zu finden.

Im Sinne eines der zentralen Punkte der Postwachstumdiskussion, dem Konsumverzicht, fordert Reinhard Loske, selbst Mitautor des EEG, dass im Zentrum eines Umbaus des Energiesystems die Energieeinsparung als Energiequelle stehen sollte, da jene Energie am ökologischsten ist, die erst gar nicht produziert wurde (vgl. Loske 2013: 144). Zur Durchsetzung großflächiger Energieeinsparungen führt Loske diverse ordnungspolitische Maßnahmen wie steuerliche Begünstigungen bei Energieeinsparung oder eine, von vielen Postwachstumstheoretikerinnen geforderte, ökologische Steuerreform an (vgl. Loske 2013: 144). Wie Loske fordert auch Latouche eine radikale Verkleinerung des Energieverbrauchs durch Energieeinsparungen und gesteigerte Energieeffizienz (vgl. Latouche 2009: 71). Einen konkreten Vorschlag zur Umstrukturierung der Energieversorgung auf ordnungspolitischer Ebene geben auch Schmelzer und Passadakis, die sich neben einer starken Investitionslenkung für sozial-ökologische Projekte auch für einen direkten Rückbau klimaschädlicher Anlagen, wie z.B. von Kohlekraftwerken, aussprechen, selbst wenn diese sich noch nicht vollkommen amortisiert haben (vgl. Schmelzer/ Passadakis 2011: 76f.).

Einen weiteren zentralen Punkt der Postwachstumstheorie stellt, wie unter 2.3 aufgezeigt, die Forderung nach einer Regionalisierung von Ökonomie und somit gleichzeitig der generierten Wertschöpfung dar. Auf das System der Energieversorgung bezogen, bedeutet dies eine starke Dezentralisierung von Energieproduktion und -verbrauch. Eine Dezentralisierung der Energieversorgung führt, so Latouche, weiter zur Stärkung lokaler Autonomie (vgl. Latouche 2009: 49). Schmelzer und Passadakis erkennen im Feld der Energieversorgung neben der Landwirtschaft das größte Potential für eine Regionalisierung. Sie sprechen sich des Weiteren explizit für die Umsetzung des unter 3.2 erläuterten Konzeptes der Energiedemokratie als zentralem Projekt einer solidarischen Postwachstumsökonomie aus (vgl. Schmelzer/ Passadakis 2011: 88). Einhergehend mit der Forderung nach Regionalisierung ist die von Paech geforderte Umstellung auf eine suffiziente Lebensweise von Konsumentinnen als Prosumenten beson-

ders im Energiesektor von hoher Relevanz (vgl. Paech 2014: 123). Diese äußert sich durch die Aufhebung der Trennung in Energieproduzentinnen und Energiekonsumentinnen, da durch Kleinanlagen in erneuerbaren Energien Privatpersonen, allein oder gemeinschaftlich, die Möglichkeit haben, jenen Strom zu produzieren, den sie verbrauchen (vgl. Loske 2013: 148).

Mit Bezug auf die Organisation von Energieversorgung auf Unternehmensebene ist zu beachten, dass für Energieversorgungsunternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft die unter 2.3 dargestellten Anforderungen als Ziele formuliert werden können. Diese Anforderungen umfassen eine Kollektivierung des Unternehmens und dessen Eigentums zur Überwindung von Wachstumszwängen und Kapitalabhängigkeiten, eine Umstrukturierung und Verkürzung der Arbeitszeit, sowie eine Einbindung der Energieversorger in regionalisierte Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungsketten (vgl. Massarrat 2011:118f.; vgl. Paech 2012: 460f.; vgl. Scherhorn 2010: 139).

Es ist festzuhalten, dass eine Reduzierung des absoluten Energieverbrauchs, eine starke Dezentralisierung sowie Regionalisierung von Energieproduktion und -verbrauch sowie die Kollektivierung von Energieversorgern und die damit einhergehenden Veränderungen in den Bereichen Eigentum und Arbeitsorganisation die zentralen Anforderungen an eine Energieversorgung in Postwachstumsgesellschaften darstellen.

### **3.1.3. Alternativen zum Energieoligopol**

Im Jahr 2013 setzte der deutsche Energieversorger E.ON mit 704 Terrawattstunden (TWh) die größte Menge Strom an die Verbraucherinnen Deutschlands ab und ließ somit seine größten Konkurrenten EnBW (128 TWh), RWE(271 TWh) und Vattenfall (203 TWh) weit hinter sich zurück (vgl. Statista 2015). Kleineren Energieversorgern ist es nicht ansatzweise gelungen, ähnlich hohe Strommengen wie die vorangegangenen vier großen Energieversorger abzusetzen (vgl. Statista 2015). Hieraus wird ersichtlich, dass die vier größten Energieversorger auf den gesamten Strommarkt Deutschlands bezogen eine oligopolistische Stellung einnehmen. Im Vergleich zur Marktmacht der vier großen Energieversorger im Bereich der Energieproduktion, die primär auf fossilen Energieträgern fußt, ist ihr Anteil am Eigentum von Anlagen der erneuerbaren Energien mit fünf Prozent im Jahr 2012 vergleichsweise gering (vgl. AEE 2015b). Ein Erstarken der großen Energieversorger im Bereich der erneuerbaren Energien ist jedoch auf Grund der ab 2017 geltenden Ausschreibungspflicht zur Ermittlung der Förderhöhe von Projekten sowie der Direktvermarktungsverpflichtung zu erwarten (vgl. Clearingstelle EEG 2014: 2). Dies ist darauf zurückzuführen, dass vor allem große Versorger auf Grund ihrer finanziellen Sicherheit die Möglichkeit besitzen Energieprojekte mit großen Investitionsvolumina im Voraus zu planen um an Ausschreibungsverfahren teilzunehmen. Kleinere Energieversorger, wie z.B. Genossenschaften, können häufig nicht die großen finanziellen Summen aufbringen um Vorausplanung zu ermöglichen und an einer Ausschreibung teilzunehmen.

Im Rahmen der Energiewende sieht Staab (2013) einen strategischen Vorteil für eine Umstellung der Energieversorgung von großen zentralen Erzeugern auf kleine Erzeuger in Form von Stadtwerken, Genossenschaften oder Privatpersonen, da die Nutzung erneuerbarer Energien vor allem in der Fläche in kleineren Anlagen vollzogen wird (vgl. Staab 2013: 8). Auch der WBGU erkennt in Energiegenossenschaften ein „transformatives Potential“, da diese es ihren Mitgliedern ermöglichen, von Konsumenten zu Produzenten von erneuerbaren Energien zu werden (vgl. WBGU 2014: 97f.) Die Entwicklung hin zu einer Demokratisierung von Energieerzeugung lässt sich auch an der steigenden Zahl von Energiegenossenschaften ablesen. Während es 2001 nur 66 Energiegenossenschaften in Deutschland gab, waren es im Jahr 2013 schon 888 (vgl. AEE 2015a). Neben der Gründung von Energiegenossenschaften, stellt auch die Re-kommunalisierung der Energieversorgung durch Neugründung oder Wiedererstarken von Stadtwerken eine Möglichkeit für Städte und Gemeinden dar, ihre Energieversorgung vor Ort zu gestalten und sich Einnahmequellen für den öffentlichen Haushalt zu erschließen (vgl. Becker et al. 2013: 21).

Zumindest im Rahmen der erneuerbaren Energien stellen Energiegenossenschaften und Stadtwerke, wenn diese einer direkten Kontrolle der Bürgerschaft unterliegen, demokratisch organisierte Alternativen in der Überwindung des Oligopols der Energiekonzerne dar. Das im folgenden Kapitel dargelegte Konzept der *Energiedemokratie* trägt dieser demokratischen Teilhabe Rechnung und setzt sie in den Fokus einer neu gedachten Energieversorgung.

## **3.2. Energiedemokratie als normativer Lösungsansatz**

### **3.2.1. Energiedemokratie als Kontrast zur deutschen Energiewende**

Das Konzept der *Energiedemokratie* stellt einen normativen Lösungsansatz zur Transformation des Energiesystems dar. Die Begründung des Begriffs speist sich aus verschiedenen Strängen. Erstens aus dem in den USA entwickelten Konzept der Umweltgerechtigkeit oder *environmental justice*, durch welches die ungleiche Verteilung negativer Umwelteinflüsse auf verschiedene soziale Gruppen beschrieben wird (vgl. Weis et al. 2015: 7). Des Weiteren hat sich aus dem Konzept der *environmental justice* der Begriff *Energiegerechtigkeit* oder *energy justice* abgeleitet, der von verschiedenen Nichtregierungsorganisationen (NGOs) unterschiedlich interpretiert wird und u.a. auf eine gerechte Verteilung der Umweltkosten aus der Verbrennung fossiler Energieträger abzielt (vgl. Weis et al. 2015: 8). Zweitens wird der Begriff der Energiegerechtigkeit, vor allem in Großbritannien, als normativer Gegensatz zur Energiearmut gesehen. Er beschreibt somit den gerechten Zugang zu einer bezahlbaren Energieversorgung (vgl. Weis et al. 2015: 8). Drittens wurde das Konzept der Energiedemokratie durch den Begriff der Klimagerechtigkeit geformt, die eine Ausdehnung der Umweltgerechtigkeit auf eine globale Skala sowie einen zeitlich erweiterten Horizont beschreibt (vgl. Weis et al. 2015: 9). In Deutschland hingegen wird, vor allem von NGOs, anstelle des Begriffs der

Energiegerechtigkeit vorwiegend der Begriff der Energiedemokratie verwendet (vgl. Weis et al. 2015: 10). Weis et al. (2015) verweisen weiter darauf, dass im politischen Rahmen der Begriff Energiedemokratie keine Verwendung findet, jedoch der Begriff der *Energieautonomie*, der durch den verstorbenen Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer geprägt wurde, häufig auftaucht (vgl. Weis et al. 2015: 12). Scheer sieht in den erneuerbaren Energien ein über die technischen Möglichkeiten der Energiewende reichendes Potential, wenn er sie als „Systembrecher“ bezeichnet und auf die Chancen einer dezentralisierten Energieerzeugung verweist (vgl. Scheer 2010: 168). Laut Scheer ist Energieautonomie, in deren Fokus die Selbstbestimmtheit über Energieerzeugung steht, nur mit erneuerbaren Energien möglich (vgl. Scheer 2005: 235). Im Sinne der Energiedemokratie legt Scheer somit den Fokus auf eine Emanzipation vom derzeitigen oligopolistischen Energieversorgungssystem, die durch eine dezentrale Energieerzeugung aus erneuerbaren Quellen möglich wird.

Da derzeit keine allgemein gültige Definition von Energiedemokratie erkennbar ist, wird sich im Folgenden an zwei im Umfeld der Klimagerechtigkeitsbewegung entstandenen Begriffsdefinitionen orientiert, die Kunze und Becker (2015b) vorlegen (vgl. Kunze/Becker 2015b: 18). Die Osnabrücker Klimaallianz definiert den Begriff wie folgt:

*Energiedemokratie bedeutet, gemeinsam ohne vorherrschende Profitinteressen über Weichenstellungen der Energiewende entscheiden zu können. Dies erfordert z.B. 1) weitgehende Dezentralität und Konzernunabhängigkeit, 2) Verteilungsnetze und Stadtwerke in kommunaler Hand (erste Modelle „partizipativer Stadtwerke“ werden diskutiert), 3) moderierte, partizipative Foren zum Interessenausgleich und 4) gewerkschaftliche Mitbestimmung. (Osnabrücker Klimaallianz 2012: 18)*

Eine weitere Definition wurde von Aktivistinnen während des Lausitzer Klimacamps 2012 getroffen und von Kunze und Becker wie folgt festgehalten:

*Energiedemokratie bedeutet, sicherzustellen, dass jedeR Zugang zu genug Energie hat. Die Energie muss jedoch so produziert werden, dass sie weder Umwelt noch Menschen schädigt oder gefährdet. Das bedeutet konkret, fossile Rohstoffe im Boden zu lassen, Produktionsmittel zu vergesellschaften und demokratisieren und unsere Einstellung zum Energieverbrauch zu ändern. (Kunze/Becker 2015b: 18).*

Aus den beiden aufgeführten Definition lässt sich schließen, dass Energiedemokratie, im Kontrast zur rein technischen Substitution fossiler Energieträger durch erneuerbare Energien im Rahmen der sich zur Zeit vollziehenden Energiewende, eine grundlegende Neuordnung des ökonomischen Energieversorgungssystems impliziert. Während die Definition der Osnabrücker Klimaallianz einen stärkeren Fokus auf die ökonomischen Aspekte bzw. die Eigentums- und Mitbestimmungsrechte an einer demokratischen Energieversorgung legt, wird in der Definition des Lausitzer Klimacamps primär auf

eine Überwindung von Energiearmut sowie die ökologische Dimension eingegangen. Des Weiteren stellt die Definition des Lausitzer Klimacamps von 2012 durch die Forderung, Rohstoffe im Boden zu lassen, einen Bezug zur Klimagerechtigkeit her. Ein Postwachstumsbezug der beiden Definitionen wird nicht nur durch die Forderung nach Änderung der Einstellung zum Energieverbrauch deutlich, sondern auch durch die Forderungen nach Dezentralität und Vergesellschaftung.

Da die genannten Definitionen der Energiedemokratie einen derzeit nicht realisierten Zielzustand beschreiben, gibt es einige Differenzen zwischen dem Konzept der Energiedemokratie und der derzeitigen Energiewende. Im Kontrast zu den normativen Forderungen der Energiedemokratie hinsichtlich einer sozio-ökonomischen Wende werden durch die Energiewende derzeit primär technologische und ökonomische Lösungen angestrebt. Dies lässt sich an den im Unterkapitel 3.1.1 dargestellten Zielen des EEG erkennen. Des Weiteren ist festzuhalten, dass das Konzept der Energiedemokratie einen stark antikapitalistischen Anspruch innehat, da Gewinne vergesellschaftet werden und das primäre Ziel der Energieversorgung nicht in der Generierung von Unternehmensgewinnen, sondern in der Bereitstellung von bezahlbarer und klimaverträglicher Energie liegt. Hier offenbart sich ein weiterer Unterschied zur derzeitigen Energiewende, da Strom aus erneuerbaren Energien zwar von kleineren, nicht oligopolistisch organisierten, aber dennoch weiterhin von gewinnorientierten Unternehmen produziert und anschließend an der Strombörse in Leipzig gehandelt wird (vgl. Hirschl 2008: 210). Ein starker Kontrast zwischen Energiedemokratie und derzeitiger Energiewende liegt jedoch in der Forderung nach einer absoluten Reduktion des Energieverbrauchs, da die derzeitige Energiewende zwar auf einer Substitution fossiler Energieträger durch regenerative fußt, aber eine Reduktion des absoluten Energieverbrauchs seitens des Gesetzgebers nicht weiter festgehalten ist. Um genauer beschreiben zu können, was Energiedemokratie bedeutet und wie sie abzugrenzen ist, haben Kunze und Becker fünf Dimensionen der Energiedemokratie beschrieben, die im folgenden Unterkapitel dargelegt werden.

### **3.2.2 Dimensionen der Energiedemokratie**

In Anknüpfung an die Definitionen der Osnabrücker Klimaallianz und des Lausitzer Klimacamps 2012 wurden von Conrad Kunze und Sören Becker (2015b) zur Messbarmachung der Entwicklung zu einer Energiedemokratie die folgenden Dimensionen festgelegt:

- *Beteiligung*
- *Eigentum und Besitz*
- *Wertschöpfung und Beschäftigung*
- *Ökologie und Suffizienz*
- *Emanzipation als Politik* (Kunze/ Becker 2015b: 19-28)

Die Dimension der **Beteiligung** wird von Kunze und Becker als Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an Entscheidungen zu Energieprojekten, deren Realisierungen und der Verwendung von Gewinnen gesehen (vgl. Kunze/Becker 2015b: 19). Diese Form der Beteiligung ist weiter von den derzeitigen Beteiligungsformen, wie z.B. runden Tischen, abzugrenzen, da diese keine wirkliche Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger berücksichtigten. (vgl. Kunze/Becker 2015b: 19).

Die zweite Dimension in Form von **Eigentum und Besitz** schließt an die Forderungen der Beteiligung an, da in einem oligopolistischen System, wie es derzeit unter den deutschen Energieversorgern zu finden ist, der Großteil der Bevölkerung ausgeschlossen wird. Neue Eigentumsformen, z.B. in Gestalt von Genossenschaften oder kommunal-öffentlichen Besitzes, durchbrechen die Logik der Marktmacht der großen Energiekonzerne (vgl. Kunze/ Becker 2015b: 20f.). Des Weiteren stellen Kunze und Becker die normative Forderung, dass Energieerzeugung in kollektiver Hand liegen sollte, da jeder Bürger und jede Bürgerin Energie konsumiert (vgl. Kunze/ Becker 2015b: 21).

Ferner beschreiben Kunze und Becker in der dritten Dimension, dass durch eine Regionalisierung erneuerbarer Energien jene **Wertschöpfung**, die sonst durch den Ankauf fossiler Energieträger für die regionale Wirtschaft verloren geht, vor Ort bleibt (vgl. Kunze/Becker 2015b: 24f.). Daran anschließend stellt das Entstehen direkter sowie indirekter Arbeitsplätze einen Vorteil der Regionalisierung von Wertschöpfung dar (vgl. Kunze/Becker 2015b: 25).

Eine direkte Verbindung zwischen Energiedemokratie und den Postwachstumstheorien ist in der vierten Dimension auf Grund des Verweises zur **Ökologie und Suffizienz** erkennbar. Hier fordern die Autoren, dass sich der Preis des Stromes nach seinem Vorhandensein richtet und somit Anreize zu einem insgesamt niedrigeren Stromverbrauch geschaffen werden (vgl. Kunze/Becker 2015b: 26.). Außerdem wird es durch demokratische Eigentumsverhältnisse einfacher das auch von Postwachstumsseite stark kritisierte Profitstreben einzudämmen (vgl. Kunze/Becker 2015: 26f.). Ein weiterer Punkt betrifft die Biodiversität, die einerseits durch monokulturellen Anbau von Energiepflanzen andererseits durch den Bau von Windrädern und Solaranlagen bedroht wird und deren Erhalt Teil einer sozial-ökologischen Transformation sein muss (vgl. Kunze/Becker 2015b: 27).

Die fünfte von Kunze und Becker genannte Dimension beschreibt die emanzipative Nutzung von Gewinnen, z.B. aus genossenschaftlichen Solaranlagen, die nach Abzahlung der genutzten Anlagen in anderen kommunalen Handlungsfeldern eingesetzt werden können. Die Dimension **Emanzipation als Politik** umfasst somit die vorangegangenen Dimensionen diametral und beschreibt die Nutzung der generierten Gewinne in lokalen Wertschöpfungsketten oder für politische Anliegen der Energieversorger (vgl. Kunze/Becker 2015b: 27f.).



Die hier skizzierten Dimensionen konkretisieren den in den Definitionen abstrakt beschriebenen Begriff der Energiedemokratie, ermöglichen außerdem eine differenzierte Betrachtung des Konzeptes der Energiedemokratie. Sie geben daher einen geordneten Rahmen für die in Kapitel 3.3.2 erfolgende Systematisierung von Energieversorgern.

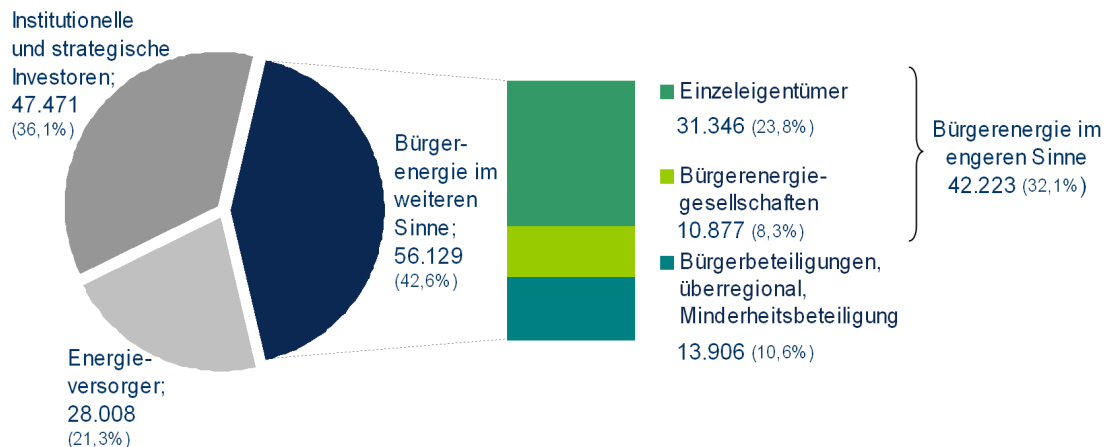
### 3.3 Systematisierung von Energieversorgern

#### 3.3.1 Allgemeine Systematisierung von Energieversorgern in erneuerbaren Energien

Neben den in Konzernform auftretenden Energieversorgern in Deutschland, EnBW, E.ON, RWE und Vattenfall haben sich seit der Liberalisierung des Strommarktes auch Energieversorger mit Bürgerbeteiligung in alternativen Formen der geschäftlichen Organisation am Markt behauptet. Eine am Gedanken eines partizipativen Energiesystems orientierte Form stellt die Bürgerenergie dar.

Die von Trendresearch und der Leuphana Universität Lüneburg (2013) durchgeführte Studie *Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland* definiert Energieversorger in erneuerbaren Energien mit Bürgerbeteiligung anhand folgender Kriterien als *Bürgerenergie* im engeren Sinne: **Akteursgruppe, Beteiligungsform, Beteiligungsquote, Regionalität** (vgl. Trendresearch/ Leuphana 2013: 28). Als Akteursgruppen können Privatpersonen oder juristische Personen z.B. in Form von Unternehmen, jedoch keine Konzerne auftreten (vgl. Trendresearch/ Leuphana 2013: 28). Privatpersonen oder juristische Personen können sich am Energieversorgungsprojekt durch Kapitalanlagen beteiligen und erhalten im Gegenzug Stimm- und Kontrollrechte, sodass eine Lenkung des Unternehmens durch die Anteilseigner möglich ist (vgl. Trendresearch/ Leuphana 2013: 28). Des Weiteren ist festgehalten, dass die Teilhaberinnen mindestens 50 Prozent der Stimmanteile halten und aus der Region, in welcher die Realisierung des Energieprojektes stattfindet, kommen (vgl. Trendresearch/ Leuphana 2013: 28). Die hier genannten Kriterien beziehen sich primär auf eine Beteiligung am Unternehmen sowie Mitspracherechte auf Grund einer Kapitaleinlage. Eine Unterscheidung innerhalb der Bürgerenergie ist zwischen *Bürgergesellschaften*, die sich durch Zusammenschlüsse mehrerer Bürgerinnen definieren, und *Einzeleigentümern*, in diesem Falle einzelne Privatpersonen, zu treffen (vgl. Trendresearch/ Leuphana 2013: 28). In der folgenden Abbildung wird die Eigentümerstruktur an erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2012 deutlich.

**Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nach Eigentümergruppen in Deutschland 2012 in GWh**  
(gesamt 131.608 GWh)\*



\*ohne PSW, Wind Offshore, Geothermie, biogener Anteil des Abfalls

**Abb. 2: Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien nach Eigentümergruppen in Deutschland 2012 in GWh (Trendresearch/ Leuphana 2013: 46)**

Es ist zu beachten, dass neben den großen Energieversorgern auch institutionelle und strategische Investoren aufgeführt sind, die keinerlei partizipative Strukturen aufweisen. Ferner ist zu erkennen, dass Bürgerenergiegesellschaften nur einen geringen Anteil der Bürgerenergie ausmachen und der größte Teil der Bürgerenergie von Einzeleigentümern getragen wird.

Im Vergleich zur weitfassenden Definition der oben genannten Studie legt Jürgen Staab (2013) den Fokus einer Systematisierung von Energieversorgern in erneuerbaren Energien primär auf die Ebene der Rechtsform und gibt einen Überblick über eben diese (vgl. Staab 2013: 11-21). Laut Staab werden im Bereich der Energieversorgung und -produktion mit Bürgerbeteiligung in erneuerbaren Energien die folgenden Rechtsformen am häufigsten verwendet: Aktiengesellschaft (AG), eingetragene Genossenschaft (eG), eingetragener Verein (eV), Gesellschaft des bürgerlichen Rechts (GbR), Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH), GmbH & Co. KG, Kommanditgesellschaft (KG), Kommanditgesellschaft auf Aktien (KGaA), offene Handelsgesellschaft (OHG) (vgl. Staab 2013: 11-21). Staab erläutert, dass sich die Rechtsform des eV zur Gründung eines Energieversorgungsunternehmens mit Bürgerbeteiligung besonders zu Beginn eignet, da eine Vereinsgründung vergleichsweise unbürokratische und nicht sehr kostenintensiv ist, was vor allem von Vorteil für Bürgerinnen ist, wenn nicht sicher ist, ob der Aufbau z.B. eines Bürgerwindparks tatsächlich umgesetzt wird (vgl. Staab 2013: 12f.). Bei Realisierung einer Anlage hingegen, die von wenigen Einzelpersonen getragen wird, sind die Formen der GbR, bei der alle Mitglieder voll haften, und der GmbH & Co. KG, bei der die Mitglieder nur mit ihrer Einlage haften, sinnvoll zu wählen (vgl. Staab 2013: 12f.). Die von Staab zur Gründung eines Energieversorgers mit Bürgerbeteiligung favorisierte Rechtsform stellt die Genossenschaft dar, da diese demokratische Strukturen, eine Haftungsbeschränkung sowie einen unbürokratischen Gründungspro-

zess mit einschließt (vgl. Staab 2013: 21). Des Weiteren besteht das Unternehmensziel der Genossenschaft darin, das „Wohl(e) der Mitglieder“ mittels einer gleichberechtigten Teilhabe zu fördern (Staab 2013:19).

Die hier skizzierten Systematisierungen von Energieversorgern basieren auf der derzeitigen Gestaltung der Energiewende. Hierbei konzentriert sich die erste der beiden auf den Grad der Bürgerbeteiligung und die zweite auf mögliche Rechtsformen. Eine umfassende Systematisierung von Energieversorgern mit Berücksichtigung des normativen Konzepts der Energiedemokratie, welches in Kapitel 3. beschrieben wurde, ist noch nicht gelungen. Daher wird im nächsten Teilkapitel eine Systematisierung nach den von Kunze und Becker unter 3.2.2 aufgeführten Dimensionen der Energiedemokratie folgen.

### **3.3.2 Systematisierung nach Becker und Kunze**

Auf Grund der Mehrdeutigkeit der Begriffe Bürgerenergie sowie *community energy* und der damit einhergehenden oberflächigen Betrachtung von Energieversorgern, z.B. anhand ihrer Rechtsform, wurde von Becker und Kunze (2014) der Terminus *Collective and Politically motivated Projects in renewable Energy (CPE)* geprägt (vgl. Becker/Kunze 2014: 180). Ziel des Konzeptes der CPE ist es, über die äußeren Merkmale, wie z.B. Rechtsform oder Mitgliederzahl, hinauszusehen, um zu verstehen, wie alternative Strukturen innerhalb des Unternehmens funktionieren und weshalb sie entstanden sind (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182).

Die Systematisierung nach dem Konzept der CPE stützt sich auf zwei zu betrachtende Kriterien, die über eine Analyse der technischen und ökonomischen Gegebenheiten in Unternehmen hinausgehen (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Das erste Kriterium stellt die Ebene des *collective ownership* oder kollektiven Eigentums dar, während das zweite Kriterium, die *political motivation*, die politische Motivation des Kollektivs betrachtet (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Die Ebene des kollektiven Eigentums stellt hierbei einen direkten Bezug zur Eigentumsdimension der Energiedemokratie her, da eine Kollektivierung der Energieversorgung zur Durchbrechung der Marktmacht seitens der Energiekonzerne führt (vgl. Kunze/ Becker 2015: 20f.). Weiter heben Becker und Kunze hervor, dass eine Fokussierung auf die Ebene des Eigentums anstelle der Partizipation auf Grund der Auffassung, dass Eigentum sowohl aus der rechtlichen Sicht als auch aus einer emotionalen Bindung heraus seitens der Teilhabenden ein stärkeres Gefühl von Kontrolle und Einflussmöglichkeiten auf Entscheidungen hervorruft, als es durch einen partizipativen Prozess möglich wäre (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Darüber hinaus ist eine Kollektivierung von Eigentum in verschiedenen Rechtsformen möglich und setzt sich von den festen Begriffen *kommunal* und *gemeinschaftlich* ab (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Aus der Beschreibung des kollektiven Eigentums lässt sich schließen, dass die energiedemokratischen Dimensionen von Partizipation und Eigentum fließend ineinander übergehen und sich reziprok bedingen, da nur durch Kollektivierung

tivität eine Gleichberechtigung aller Beteiligten und somit wirkliche Partizipation an Entscheidungen garantiert werden kann.

Da die Eigentumsebene allein nur eine hinreichende Bedingung für öffentliches bzw. Eigentum auf kooperativer Basis darstellt, wird zur Differenzierung zwischen CPE und traditionell kollektiv betriebenen Energieversorgern ein zweites Kriterium, das die *politische Motivation* beschreibt, eingeführt (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Eine politische Motivation zeichnet sich einerseits durch das Entstehen von Alternativen zum bestehenden Wirtschaften und damit einhergehend einer Realisierung eines Wandels, andererseits durch die Umsetzung politischer Ziele, wie z.B. ökologischer Nachhaltigkeit oder verbesserter Partizipation, mittels der Kollektivierung des Eigentums aus (vgl. Becker/ Kunze 2014: 182). Des Weiteren sehen Becker und Kunze die politische Motivation von CPE in ihrer Rolle als Akteure einer Graswurzelbewegung und dem Abzielen auf folgende normative Ziele: „(...) an overall reduction of energy consumption, the protection of biodiversity, sustainable agriculture, more social equity or the empowerment of disadvantaged social groups.“ (Becker/ Kunze 2014: 183). Die hier genannten normativen Ziele stellen eine Verbindung zwischen Energieproduktion aus erneuerbaren Energien und einer Veränderung der politischen bzw. marktgegebenen Rahmenbedingungen dar (vgl. Becker/ Kunze 2014: 183). Eine politische Motivation, die sich durch Abzielung auf mindestens eines der genannten Ziele auszeichnet, stellt die notwendige Bedingung dar, dass ein kollektiv betriebener Energieversorger zum CPE wird. Für CPE, so merken Becker und Kunze an, können aus der tatsächlichen Umsetzung der normativen Ziele jedoch Herausforderungen für den Zusammenhalt des Kollektivs resultieren (vgl. Becker/ Kunze 2014: 183). Es ist festzuhalten, dass die von Becker und Kunze entwickelte Systematisierung von Energieversorgern in CPE zunächst auf kollektiven Eigentumsverhältnissen sowie einer realisierten politischen Motivation beruht.

Die praktische Ausgestaltung und Messbarkeit der im vorangegangenen Absatz beschriebenen Kriterien wird von Becker und Kunze beispielhaft anhand von drei ausgewählten CPE aufgezeigt. Die drei ausgewählten CPE, der Berliner Energietisch, Machynlleth in Wales und Somenergia in Katalonien weisen unterschiedliche Facetten des kollektiven Eigentums sowie der politischen Motivation auf, die im Folgenden kurz dargestellt werden. Die Kollektivierung des Eigentums kann, wie z.B. in Machynlleth, durch eine *one member, one-vote* Regelung kontrolliert werden, da somit garantiert ist, dass gemeinschaftlich über erwirtschaftete Gewinne und deren Verwendung entschieden wird (vgl. Becker/ Kunze 2014: 185). Eine andere Möglichkeit stellt, wie bei Somenergia geschehen, der Aufbau einer föderalen Struktur mit autonomen Untergruppen sowie die Entscheidungsfindung über den Kurs des Unternehmens in einer virtuellen Vollversammlung dar (vgl. Becker/ Kunze 2014: 185). Am Beispiel des Berliner Energietisches wird deutlich, dass eine Vergesellschaftung des Eigentums und dessen Kontrolle auch auf einer übergeordneten, in diesem Fall die gesamte Stadt betreffenden Ebene, möglich ist. Das auf Grund eines verlorenen Bürgerinnenvotums nicht realisierte

Konzept des Berliner Energietisches beinhaltet eine Kontrolle des Eigentums und Partizipationsmöglichkeiten auf Quartiersebene, durch öffentliche Treffen sowie auf Stadtebene durch einen Ausschuss, der aus Mitgliedern der Stadtverwaltung, Angestellten des Versorgers und von den Bürgerinnen gewählten Vertreterinnen besteht (vgl. Becker/Kunze 2014: 187). Auch die Umsetzung der politischen Motivation kann unterschiedlich ausfallen. Während in Machynlleth versucht wird durch Bildungsmaßnahmen und die Ausgabe kostenloser Energiesparlampen Bürgerinnen der umliegenden Gemeinden zum Stromsparen anzuregen, organisiert Somenergia neben klassischer Bildungsarbeit auch Kooperationen mit sozialen Bewegungen im Bereich erneuerbare Energien und Kampagnen gegen den Einsatz fossiler Energieträger (vgl. Becker/ Kunze 2014: 185f.).

Trotz einer starken Spannbreite in der Ausgestaltung der Kriterien *kollektives Eigentum* und *politische Motivation* eignet sich die von Becker und Kunze erarbeitete Systematisierung nach CPE für die unter 4.1 zu treffende Auswahl von Energieversorgern, da sie die normativen Ziele der Energieversorger und die Ausgestaltung eines demokratischen Unternehmens im Detail berücksichtigt.

### 3.4 Zwischenfazit

In Kapitel zwei wurden die verschiedenen Ausprägungen einer Postwachstumsgesellschaft und deren transformative Maßnahmen als mögliche Lösungen der in 2.1 skizzierten Krisen dargestellt. In Kapitel drei wurde weiter auf die Relevanz und Ausgestaltung der Energiewende für den Übergang in ein postfossiles Zeitalter eingegangen und das Konzept der Energiedemokratie sowie eine Systematisierung von demokratisch organisierten Energieversorgern erläutert.

Zu Anfang des zweiten Kapitels wurde auf die Zusammenhänge zwischen Klimawandel, den planetaren Grenzen und dem auf fossilen Energieträgern basierenden Wirtschaftssystem eingegangen. Weiter wurde aufgezeigt, dass die Wachstumslogik des derzeitigen Wirtschaftens zu einem stetigen Anstieg der weltweiten Energieverbrauchs führt. Zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen und der Begrenzung des Klimawandels sind demnach eine Minderung des Energieverbrauchs und eine Transformation sowohl des Wirtschafts- als auch des Energiesystems nötig.

Zur Gestaltung einer solchen Transformation wurde im Folgenden auf die verschiedenen Ausgestaltungen der Postwachstumstheorie eingegangen. Auf Grund einer nicht ausreichenden Entkopplung der CO<sub>2</sub>-Emissionen vom Wachstum der Wirtschaft thematisieren diese eine Neuordnung des Wirtschaftssystems in regionalen Ökonomien jenseits des derzeitig vorherrschenden Wachstumsparadigmas. Um weiter zu spezifizieren, wurde auf die Ebenen der Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft eingegangen. Neben systemverändernden und ordnungspolitischen Top-down Maßnahmen wurden Bottom-up Maßnahmen dargestellt.

Im dritten Kapitel wurde einerseits auf die bis heute vorangeschrittene Energiewende in der Bundesrepublik und andererseits auf die normativen Anforderungen der Postwachstumstheorie an eine Energieversorgung eingegangen. Weiter wurde herausgestellt, dass eine Transformation des Energiesystems nur durch eine alternative Gestaltung der Eigentumsverhältnisse in diesem erfolgen könne. Zur weiteren Differenzierung zwischen der derzeitigen Energiewende und der normativ begründeten Vision eines Energiesystems für Postwachstumsgesellschaften wurde das Konzept der Energiedemokratie erläutert, welches eine direkte Möglichkeit zur Gestaltung des Energiesystems für Postwachstumsgesellschaften darstellt. Dies wird vor allem am stark demokratischen Charakter des Konzeptes, der Fokussierung auf regionale Ökonomien und der Kollektivierung von Energieerzeugung deutlich. Weiter sehen Schmelzer und Passadakis Energiedemokratie, wie oben schon angedeutet, als ein zentrales Projekt in der Umsetzung regionaler Ökonomien (vgl. Schmelzer/ Passadakis 2011: 88). Mit Fokus auf jene Energieversorger, die in der im zweiten Teil der Arbeit einer qualitativen Untersuchung unterzogen werden, sind vor allem die in der Postwachstumsliteratur geforderte kollektive Verwaltung des Unternehmenseigentums und dessen Gewinne, das Anstreben von politischen Veränderungen, die Substitution der fossilen Energiequellen durch erneuerbare sowie die Möglichkeit demokratisch organisierter Unternehmen als Prosumenten im Energiebereich aufzutreten, hervorzuheben. Ferner ermöglicht die in 3.3.2 dargelegte Systematisierung der Energieversorger in CPE eine Auswahl an demokratischen Energieversorgern zu treffen, die anschließend in einer qualitativen Untersuchung nach ihrer Beurteilung der Umsetzbarkeit einer Postwachstumsgesellschaft, der Transformation der Energieversorgung und ihrer eigenen Handlungsmöglichkeiten zu dieser beizutragen, befragt werden.

In Teil III, der qualitativen Untersuchung, werden zunächst die drei ausgewählten Energieversorger vorgestellt. Anschließend wird auf die Erstellung der für die Interviews verwendeten Leitfäden sowie die Durchführung und Strukturierung der Interviews eingegangen. Im fünften Kapitel werden die in den Interviews erhaltenen Ergebnisse vorgestellt und im Anschluss im Rahmen der Postwachstumstheorie diskutiert. Schlussendlich folgen ein Fazit der gesamten Arbeit und ein Ausblick.

### III. Qualitative Untersuchung

#### 4. Methodik

##### 4.1 Auswahl der befragten Energieversorger

Im Anschluss an die Herausarbeitung der Thesen der Postwachstumstheorie, ihrer normativen Forderungen an eine Energieversorgung und der Erläuterung des Konzeptes der Energiedemokratie wurden im Rahmen der qualitativen Untersuchung drei demokratisch organisierte Energieversorger nach ihren Vorstellungen hinsichtlich der Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft und ihrer Rolle in dieser befragt. Um eine Auswahl an Energieversorgern zu treffen, wurde die in Unterkapitel 3.3.2 dargestellte Systematisierung von Energieversorgern nach *collective and politically motivated projects in renewable energy* (CPE) verwendet.

Auf Grund der großen Zahl an Energiegenossenschaften - im Jahr 2013 gab es deutschlandweit 888 - musste eine geringe Anzahl an Energiegenossenschaften für die Durchführung der qualitativen Interviews ausgewählt werden. Für die nähere Auswahl wurden daher sechs Energieversorger für ein Interview angefragt, die der Systematisierung nach CPE entsprechen. Somit konnte davon ausgegangen werden, dass sie sich mit dem Thema Postwachstum zuvor befasst hatten (vgl. AEE 2015a). Diese Energieversorger sind, wie in der Systematisierung von Becker und Kunze beschrieben, einerseits demokratisch organisiert, z.B. als Genossenschaften oder Stadtwerke, und verfolgen andererseits neben ihrem Kerngeschäft politische Ziele, die sie auf unterschiedlichen Wegen, z.B. durch Bildungsmaßnahmen oder Kampagnendurchführung, erreichen möchten. Um den Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht zu sprengen und sicherzustellen, dass die befragten Energieversorger dennoch den Anforderungen an CPEs entsprechen, wurde sich an der von Becker und Kunze (2014) getätigten Auswahl an demokratischen Energieversorgern in Deutschland orientiert (vgl. Becker/ Kunze 2014: 184).

Es wurden die folgenden sechs Energieversorger angeschrieben:

- der Berliner Energietisch
- die Bioenergieregion Wendland-Elbtal
- die Energiegenossenschaft Starkenburg
- die Elektrizitätswerke Schönau
- die Genossenschaft FairPla.net
- die Solargenossenschaft Lausitz eG

Von den sechs angeschriebenen Energieversorgern gab es lediglich vom Berliner Energietisch, den Elektrizitätswerken Schönau und der Energiegenossenschaft Starkenburg eine positive Rückmeldung zur Durchführung eines Interviews.

## 4.2 Vorstellung der Energieversorger

Im Folgenden werden die drei befragten Energieversorger kurz charakterisiert und die Kriterien aufgeführt, auf Grund derer sie der Systematisierung nach CPE entsprechen.

Der *Berliner Energietisch* stellt im Unterschied zu den EWS und der Energiegenossenschaft Starckenburg eine Besonderheit dar. Im Gegensatz zu den anderen beiden Energieversorgern handelt es sich beim Berliner Energietisch derzeit noch nicht um einen existierenden Energieversorger, sondern lediglich um ein ausgearbeitetes Konzept zur Rekommunalisierung der Energieversorgung Berlins, wie in Unterkapitel 3.3.2 schon angedeutet wurde (vgl. Berliner Energietisch 2014b). Der Berliner Energietisch setzt sich für ein sozial-ökologisches Stadtwerk ein. Über dessen Gründung wurde im November 2013 von allen wahlberechtigten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Berlin in einem Volksentscheid abgestimmt (vgl. Berliner Energietisch 2014b). Trotz einer großen Mehrheit von 83 Prozent Ja-Stimmen wurde die Rekommunalisierung der Energieversorgung Berlins nicht durchgesetzt, da nur 24,1 Prozent der Wahlberechtigten abgestimmt hatten und somit das Quorum von 25 Prozent verfehlt wurde (vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg 2015). Ziel des geplanten Stadtwerks ist es, die Berliner Energieversorgung dezentral und vollständig aus erneuerbaren Energien zu gestalten (vgl. Berliner Energietisch 2014c). Weiter macht der Berliner Energietisch deutlich, dass die vollständige Abdeckung des Stromverbrauchs aus erneuerbaren Energien nur durch gesteigerte Energieeffizienz und Energieeinsparungen zu leisten ist (vgl. Berliner Energietisch 2014c). Ein weiteres Hauptanliegen stellt die demokratische Mitbestimmung der Bürgerinnen und Bürger Berlins an der Energieversorgung dar. Diese ist einerseits durch das in kommunaler Hand befindliche Stadtwerk und andererseits durch den Verwaltungsrat gegeben, dessen 15 Mitglieder sich aus der Wirtschafts- und der Umweltsenatorin, sieben gewählten Beschäftigtenvertreterinnen und sechs von den Berliner Energiekundinnen direkt gewählten Abgeordneten zusammensetzt (vgl. Berliner Energietisch 2014a: §4). Neben der demokratischen Teilhabe im Verwaltungsrat gibt es weiter die Möglichkeit durch Sammlung von mindestens 3000 Unterschriften von Berliner Bürgerinnen ab 16 Jahren per Initiativrecht den Verwaltungsrat zur Anhörung einer Vertrauensperson zu zwingen (vgl. Berliner Energietisch 2014a: §9). Des Weiteren ist der Verwaltungsrat ab einer Anzahl von 5000 gesammelten Unterschriften verpflichtet, die Kundinnen und Kunden der Stadtwerke zum geäußerten Vorschlag zu befragen (vgl. Berliner Energietisch 2014a: §9). Zusätzlich zu dieser direkten Einflussnahme ist es ferner möglich, als Bürgerin an einer der Bezirksversammlungen teilzunehmen, die mindestens einmal jährlich stattfinden, oder sich an die Ombudsperson der Stadtwerke zu wenden, die als Beschwerdestelle fungiert (vgl. Berliner Energietisch 2014a: §3,§10). Die politische Motivation des Berliner Energietisches wird einerseits durch das Anstreben einer Gesetzesänderung für das Land Berlin, was eine Veränderung der Rahmenbedingungen darstellt, und andererseits durch den Anspruch an eine sozialverträgliche Gestaltung der Berliner Energieversorgung deutlich (vgl. Berliner Energietisch



2014d). Maßnahmen der Stadtwerke zur sozialverträglichen Gestaltung der Energieversorgung sind u.a. Beratungsleistungen zum Stromsparen, die Förderung von stromsparenden Geräten sowie energetischen Gebäudesanierungen für ärmere Haushalte, und stellen somit, wie von Becker und Kunze gefordert, eine Bekräftigung sozialbenachteiligter Gruppen dar (vgl. Becker/ Kunze 2014: 183; vgl. Berliner Energietisch 2014d). Anhand der aufgezeigten demokratischen Teilhabestrukturen und der politischen Motivation hinsichtlich der Veränderung der Rahmenbedingungen kann der Berliner Energietisch als CPE klassifiziert werden.

Als zweiter demokratischer Energieversorger wurden die **Elektrizitätswerke Schönau (EWS)** befragt. Die EWS sind ähnlich wie der Berliner Energietisch aus einer politischen Motivation entstanden. Hervorgegangen aus dem Verein „Eltern für eine atomfreie Zukunft e.V.“, kurz EfaZ, der sich nach der Atomkatastrophe von Tschernobyl gegründet hatte, sind die EWS heute mit ca. 150 000 Kundinnen einer der größten demokratischen Energieversorger Deutschlands (vgl. EWS 2015; vgl. Janzing 2008: 8). Da die EWS noch vor der Liberalisierung des Strommarktes 1998 als Energieversorger in den Markt eintreten wollten, mussten sie zuerst einen Bürgerentscheid herbeiführen, um das Stromnetz zu kaufen, bevor es ihnen möglich war, selbst Strom aus erneuerbaren Energien zu produzieren und abzusetzen (vgl. Janzing 2008: 29ff). Aus diesem Grund werden alle vier rechtlich eigenständigen Unternehmen, EWS Netze GmbH, EWS Vertriebs GmbH, EWS Direkt GmbH und EWS Energie GmbH von der Netzkauf EWS eG kontrolliert, die wiederum vollständig im Eigentum aller Genossenschaftlerinnen liegt (EWS 2015b). Bei Abstimmungen in der Genossenschaft hat jedes Genossenschaftsmitglied eine Stimme (vgl. EWS 2013: §25(2)). Die Generalversammlung, bestehend aus allen Genossenschaftsmitgliedern, wählt den Aufsichtsrat, der aus mindestens drei Personen besteht und seinerseits den Vorstand bestimmt (vgl. EWS 2013: §18(2), §23(1)). Hinsichtlich des kollektiven Eigentums und der demokratischen Organisation können die EWS somit als CPE gekennzeichnet werden. Die politische Motivation äußert sich bei den EWS u.a. durch Kampagnen zur Verhinderung des Neubaus von Atomkraftwerken, einer Telefonberatung zum Stromsparen, diversen Stromsparbrochüren und Online-Aufklärung zum Klimawandel (vgl. EWS 2015c). Auf Grund dieses breiten politischen Engagements können die EWS auch hinsichtlich des zweiten von Becker und Kunze beschriebenen Kriteriums, der politischen Motivation, als CPE benannt werden.

Die **Energiegenossenschaft Starkenburg eG** aus Heppenheim in Südhessen ist der dritte befragte demokratische Energieversorger. Die politische Motivation der Genossenschaft wird anhand der im Leitbild festgehaltenen Ziele deutlich, die „Vorhaben zur Steigerung der Energieeffizienzen und Energieeinsparungen“ beinhalten (Energiegenossenschaft Starkenburg 2010). Des Weiteren macht es sich die Genossenschaft zum Ziel, die Region Starkenburg vollständig mit erneuerbaren Energien zu versorgen und regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken (vgl. Energiegenossenschaft Star-

kenburg 2010). Um diese Ziele zu erreichen, setzt die Genossenschaft einerseits in der Realisierung von Anlagen erneuerbarer Energien auf enge Kooperation mit den Gemeinden und Kreisen der Standorte dieser Anlagen, andererseits auf die Förderung von Genossenschaftsneugründungen und gesellschaftliches Engagement (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2010). Die Genossenschaft ist basisdemokratisch organisiert, da der Aufsichtsrat der Genossenschaft von der Generalversammlung gewählt wird, in der jedes Genossenschaftsmitglied eine Stimme hält (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2011: §18(1), §20(2)). Der Aufsichtsrat bestimmt anschließend den Vorstand der Genossenschaft, welcher für maximal fünf Jahre berufen werden darf und aus mindestens zwei Mitgliedern besteht (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2011: §15(1)). Es ist festzuhalten, dass die Genossenschaft jeder, die Mitglied werden möchte, offen steht (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2015). Die Kapitalbeteiligung ist mit 2000€ jedoch recht hoch, somit erhalten Personen mit geringem Einkommen oder Vermögen nur schwer Zugang zur Genossenschaft (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2015). 1800€ der Mindestkapitalbeteiligung werden der Genossenschaft über ein sogenanntes nachrangiges Darlehen zur Verfügung gestellt (vgl. Energiegenossenschaft Starkenburg 2015). Dies hat den Vorteil, dass die Genossenschaft sich nicht über Banken, sondern durch Darlehen ihrer Mitglieder mit finanziellen Mitteln versorgt. Trotz dieser recht hohen Kapitalhürde erfüllt die Genossenschaft sowohl das Kriterium der politischen Motivation als auch das der demokratischen Teilhabe und kann somit als CPE klassifiziert werden.

In der folgenden Abbildung werden die oben genannten Charakteristika der Energieversorger zusammengefasst:

Kategorie \ CPE	<b>Berliner Energietisch</b>	<b>Energiegenossenschaft Starkenburg</b>	<b>EWS</b>
<b>Ort</b>	Berlin	Heppenheim, Hessen	Schönau, Baden-Württemberg
<b>Rechtsform</b>	Stadtwerk	eingetragene Genossenschaft	eingetragene Genossenschaft/ diverse Tochter-GmbHs
<b>Besteht seit</b>	Realisierung bei Volksentscheid 2013 abgelehnt	2010	1994

CPE Kategorie	Berliner Energietisch	Energiegenossenschaft Starkenbourg	EWS
<b>Mitglieder/ Kundinnen</b>	wären alle Berlinerinnen und Berliner bzw. die Stadt Berlin	k.A.	k.A./ 150 000 Kundinnen deutschlandweit
<b>erneuerbare Energien</b>	keine genauen Angaben/ Einsatz von Anlagen in Kraft-Wärme-Kopplung	Biogas Photovoltaik Windenergie	Ökostrom & Biogas
<b>demokratische Struktur</b>	gewählter Verwaltungsrat, Initiativrecht, Bürgerversammlungen	one-member, one-vote, Aufsichtsrat von Generalversammlung gewählt, Kapitalbeteiligung	one-member, one-vote, Aufsichtsrat von Generalversammlung gewählt, Kapitalbeteiligung
<b>politische Motivation</b>	demokr. & ökolog. Energieversorgung für Berlin, Energieeinsparungen, soziale Verträglichkeit	100% regenerative Energieregion, Förderung von Energieeffizienz & Energieeinsparung	politische Kampagnen, Bildungsarbeit zu: Energiesparen, Effizienz, Klimawandel

**Abb. 3: Überblick über befragte Energieversorger (vgl. Berliner Energietisch 2015; vgl. Energiegenossenschaft Starkenbourg 2015; vgl. EWS 2015)**

Ein indirekter Postwachstumsbezug ist bei allen drei Energieversorgern anhand der in diesem Unterkapitel aufgeführten Ziele, Maßnahmen und ihrer Organisation zu erkennen. Beispielhaft hierfür sind die Fokussierung auf Maßnahmen zum Energiesparen bei allen drei Energieversorgern, die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe durch die Energiegenossenschaft Starkenbourg, die Kollektivierung von privaten Unternehmen durch die EWS und den Berliner Energietisch sowie eine Dezentralisierung der Energieproduktion, die von allen drei Energieversorgern gefordert bzw. umgesetzt wird. Im folgenden Unterkapitel wird nun auf die Erstellung der Leitfäden eingegangen, die zur Befragung der hier dargestellten Energieversorger verwendet wurden.

### 4.3 Erstellung der Leitfäden

Zur qualitativen Befragung der CPE wurden Leitfäden erstellt, die zur Gestaltung des Interviews dienten. Die Auswahl des analytischen Interviews als Methode und die Erstellung der Leitfäden erfolgte anhand der Literatur von Helmut Kromrey (2009) und Siegfried Lamneck (2005) (vgl. Kromrey 2009: 336-370; vgl. Lamneck 2005: 329-402). Ziel des analytischen Interviews, einer Unterform des ermittelnden Interviews, besteht darin, „soziale Sachverhalte zu erfassen“ und eine Analyse der Aussagen vor einem

theoretischen Hintergrund zu treffen (vgl. Lamneck 2005: 333). Kromrey hält fest, dass das Ziel eines Leitfadengesprächs darin besteht, „Sachverhalte intensiver oder mehr in die Tiefe gehend zu erfassen“ (Kromrey 2009: 365).

Um genauer auf die Einstellung der Energieversorger zum Thema Postwachstum eingehen zu können, wurde daher die Form des teil-standardisierten Interviews gewählt. Wird das teil-standardisierte Interview mündlich geführt, so kann es entweder als Gruppeninterview oder in Form eines Intensivgesprächs bzw. Leitfadengesprächs realisiert werden (vgl. Kromrey 2009: 364). Für die qualitative Untersuchung im Rahmen der vorliegenden Arbeit wurde die Form des Leitfadengesprächs gewählt, da die Interviews über das Telefon geführt wurden und durch die Leitfäden sichergestellt werden konnte, dass eine Vergleichbarkeit der Antworten der Befragten gegeben ist. Der Leitfaden stellt, so Kromrey, lediglich ein „Fragebogengerüst“ dar, sodass die Fragen offen gestaltet werden können (Kromrey 2009: 365). Bei der Erstellung der Fragen für ein teil-standardisiertes Interview auf Leitfadenbasis sollte beachtet werden, dass die Fragen einfach formuliert sind, die verwendeten Begriffen eindeutig sind und der Befragte nicht überfordert wird (vgl. Kromrey 2009: 350). Außerdem ist zur Vermeidung von sozial erwünschten Antworten darauf zu achten, dass Fragen nicht suggestiv gestellt werden (vgl. Kromrey 2009: 350).

#### **4.4 Durchführung und Strukturierung der Interviews**

Die Leitfadeninterviews wurden am ersten und zweiten Juni per Telefon mit Vertreterinnen der CPE gehalten. Stellvertretend für den Berliner Energietisch wurde dessen Pressesprecher interviewt, eine kaufmännische Sachbearbeiterin vertrat die EWS und ein Vorstandsmitglied beantwortete die Fragen stellvertretend für die Energiegenossenschaft Starkenburg eG.

Der Interviewer rief die Befragten über Skype an und konnte somit einen direkten Audiomitschnitt des Gesprächs erstellen. Im Anschluss wurden die Audiomitschnitte transkribiert und die Transkripte im Programm MAXQDA mit Hilfe diverser Codes analysiert. Unter Berücksichtigung des Ziels der vorliegenden Arbeit, dem Vergleich zwischen den normativen Forderungen der Postwachstumstheorie und deren Umsetzung in der Realität, sowie der Forschungsfrage wurden Codes bzw. Kategorien deduktiv hergeleitet (vgl. Mayring 2010: 83). Die Codes stellen hierbei Kategorien dar, in denen die von den Befragten gegebenen Antworten inhaltlich geordnet werden können. Basierend auf der in den Kapiteln 2.2, 2.3, 3.1.2, 3.1.3 und 3.2 verwendeten Literatur und den dort dargelegten Charakteristika der Krisen, der Postwachstumsgesellschaft und des Energiesystems wurden die Codes folgenderweise gebildet:

- *Lebensstilwandel:*
  - Lebensstilwandel notwendig
  - kein Lebensstilwandel notwendig

- *Postwachstum:*
  - Abkehr vom Wachstumsparadigma
  - Commons
  - Lokalisierung und Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen
  - Prosumenten
  - Suffizienz/ Konsumverzicht
  - Solidarität
- *Energiesystem in Postwachstumsökonomien:*
  - absolute Senkung des Energieverbrauchs
  - dezentrale Energieerzeugung und -verbrauch
  - demokratische Organisation
  - Kollektivierung
  - Energieprosumenten
  - 100% erneuerbare Energien
- *Maßnahmen seitens der CPE:*
  - Förderung dezentraler Energieversorgung
  - Eigentumsverhältnisse
  - Energiesparmaßnahmen
  - demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern
  - Internalisierung von Umweltkosten
  - politische Arbeit
  - Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe

Des Weiteren wurde die Kategorie *realweltliche Problemfelder* induktiv auf Basis der durch die Interviews erhaltenen Ergebnisse gebildet, da die Befragten mehrere Probleme in der alltäglichen Umsetzung ihrer Projekte beschreiben, die nicht den vorangegangenen Kategorien zugeordnet werden können. Die zuvor festgelegten Kategorien sind in ihrer Reihenfolge nach den im Leitfaden verwendeten Fragen geordnet, um eine Verknüpfung zwischen theoretischem Hintergrund und den im Interview gewonnenen Daten zu erleichtern. Die Analyse des Materials erfolgte durch dessen „inhaltliche Strukturierung“ (Mayring 2010: 98). Ziel dieser inhaltlichen Analyse war es, bestimmte inhaltliche Aussagen der befragten Energieversorger zu den, zuvor aus der Theorie abgeleiteten, Punkten zu Postwachstum, Organisation des Energiesystems und möglichen Maßnahmen der Energieversorger herauszufiltern (vgl. Mayring 2010: 98). Im folgenden Kapitel erfolgen Vorstellung und Auswertung der gewonnenen Ergebnisse anhand dieser Kategorien.

## 5. Ergebnisse

### 5.1 Vorstellung der Ergebnisse

Im folgenden Kapitel erfolgt die Darstellung der gewonnenen Ergebnisse nach den unter 4.4 beschriebenen Kategorien. Innerhalb dieser Kategorien wird ein Vergleich zwischen den drei Interviews gezogen. Zuerst wurde der Befragte 1 von der Energiegenossenschaft Starkenburg eG interviewt. Anschließend wurde ein Interview mit der Befragten 2 von den Elektrizitätswerken Schönau durchgeführt. Das letzte Interview fand mit dem Befragten 3 vom Berliner Energietisch statt.

#### *Lebensstilwandel*

Für die erste Kategorie ist festzustellen, dass alle drei Befragten einen Lebensstilwandel für notwendig erachten und sich explizit dafür aussprechen, da ohne einen Lebensstilwandel ein Erreichen der Klimaziele nicht möglich sei.

*Ja ich denk es wird nicht mehr lange brauchen. Wir brauchen schon eine Lebensstiländerung. (Interview 1: Z.30f.)*

*Also, Lebensstilwandel ist unbedingt notwendig, ja? Selbst wenn wir alte Techniken durch neue ersetzen, müssen wir jede Menge Energie reinstecken. (Interview 2: Z.16f.)*

*Definitiv ist ein Lebensstilwandel notwendig. Wer glaubt, dass er die Probleme des Klimawandels durch eine Ersetzung von fossilen auf erneuerbare Energieträger zu ersetzen und am Rest nichts tun zu müssen, der wird die Ziele eben nicht durchsetzen. (Interview 3: Z.15-17)*

Weiter ist ein Lebensstilwandel notwendig, so stellen die Befragten fest, da technische Innovationen und Effizienzverbesserungen nicht ausreichend sind. Dieser Lebensstilwandel, so der Befragte 1, zeichnet sich einerseits durch eine Verlängerung von Produktzyklen und andererseits durch ein Durchbrechen der „Komfortspirale“, die technische Alltagshilfen beschreibt, aus (vgl. Interview 1: Z.33-39).

#### *Postwachstum*

Hinsichtlich der zweiten Kategorie *Postwachstum* zeigt sich ein anderes Bild. Während die Befragten in Interview 2 und 3 eine konkretes und positiv konnotiertes Bild des Postwachstumsgedanken darlegen, wird der Begriff vom ersten Befragten als „unscharf“ bezeichnet und negativ bzw. als etwas „Schreckliches“ sowie „Gefährliches“ gesehen, das über die Handlungsmöglichkeiten des demokratischen Energieversorgers hinausgehe (vgl. Interview 1: Z.59-63; vgl. Interview 2: Z.29-31; vgl. Interview 3: Z.26-35). Die Befragte im Interview 2 hingegen spricht sich für ein neue

Definition des Begriffs Wachstum aus, wenn sie sagt: „Also Wachstum nicht mehr im herkömmlichen Sinne. Immer mehr, immer höher, immer weiter. Sondern dieser: Weniger ist mehr Gedanke. Mehr verinnerlichen und mehr praktizieren.“ (Interview 2: Z.29-31).

Unter Betrachtung der Subcodes ist ersichtlich, dass sich alle drei Befragten positiv hinsichtlich einer *Lokalisierung und Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen* äußern (vgl. Interview 1: Z.153f., Z.156ff; vgl. Interview 2: Z.94-106; vgl. Interview 3: Z.112-117). Dies wird deutlich wenn der Befragte 1 feststellt: „Postwachstumsgeschichte wird wohl in der Tat münden müssen in eine sehr intensive Entdeckung des Umfeldes.“ (Interview 1: Z.154f.). Die Kategorie *Abkehr vom Wachstumsparadigma* wird von den Befragten 2 und 3 angesprochen (vgl. Interview 2: Z.29ff; vgl. Interview 3: Z.30-35). Der Befragte 3 stellt hier einen direkten Bezug zwischen Wirtschaftswachstum und Primärenergieverbrauch her, um die Unvereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und Klimaschutz zu unterstreichen (vgl. Interview 3: Z.33ff). Des Weiteren äußert sich die Befragte 2 zu *Suffizienz/ Konsumverzicht*, wenn sie sagt: „Kaufe ich mir ein neues T-Shirt, kann ich das natürlich auch in Biobaumwolle kaufen, aber ich kann mir auch überlegen ob es das alte noch tut.“ (Interview 2: Z.25f.). Der Befragte 3 geht indirekt auf den Punkt Suffizienz ein, wenn er Energiesparen auf die gleiche Ebene wie Energieeffizienz hebt (vgl. Interview 3: Z.18-23). Im Gegensatz zu den Befragten 2 und 3 weist der Befragte 1 direkt auf die Kategorie des *Prosumenten* hin, wenn er sagt: „Der Begriff Prosumer, der gefällt mir immer besser. Also, dass man produziert und konsumiert.“ (Interview 1: 77f.). Die weiteren aus der Literatur abgeleiteten Kategorien, *Commons* und *Solidarität*, werden von den Befragten nicht explizit angesprochen.

### ***Energiesystem in Postwachstumsökonomien***

Mit Bezug auf die dritte Kategorie stellt der Befragte 3 fest, dass die Energiewende neu gedacht werden muss, wenn er sagt:

*Nun erst einmal, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir die Energiewende verstehen müssen nicht, nur als die technische Umstellung von fossil auf erneuerbar, sondern das muss vor allem auch als Chance sehen, das Energiewirtschaftssystem umzustellen. (Interview 3: Z.53-56)*

Der technischen Umstellung des Energiesystems wird erstens durch die Unterkategorie *dezentrale Energieerzeugung und -verbrauch* Rechnung getragen. Alle Befragten sprechen sich für ein dezentrales und kleinteiliges Netz zur Energieerzeugung- und -verteilung aus (vgl. Interview 1: Z.67; vgl. Interview 2: Z.49ff; vgl. Interview 3: Z.39-42). Zweitens berücksichtigt die Unterkategorie *erneuerbare Energien* die technische Umstellung des Energiesystems. Alle drei Befragten sprechen sich für eine Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien aus, obwohl auch dies, wie der Befrag-

te 1 festhält, zu Widerstand seitens der Bevölkerung führen kann (vgl. Interview 1: Z.254-263; vgl. Interview 2: Z.39f.; vgl. Interview 3: Z.21f.).

Eine weiterreichende Umstellung des Energiesystems wird von der Unterkategorie *absolute Senkung des Energieverbrauchs* abgedeckt. Explizit äußern sich nur die Befragten 2 und 3 zur absoluten Senkung des Energieverbrauchs (vgl. Interview 2: Z.34f.; vgl. Interview 3: Z.100-105). Die Befragte 2 sieht nicht nur die Energieverbrauchenden in der Pflicht, sondern hält fest, dass „(...) der Gedanke „Energiesparen“ (...) an oberster Stelle stehen“ muss (Interview 2: Z.34). Im Gegensatz zu den Befragten 2 und 3 geht der Befragte 1 nicht auf eine absolute Senkung des Energieverbrauchs ein aber bekräftigt eine Neuordnung des Energiesystems dahingehend, dass die Grenzen zwischen Erzeuger und Verbraucher aufgehoben werden und Bürgerinnen vor Ort ihre eigene Energie sowohl erzeugen als auch verbrauchen sollten (vgl. Interview 1: Z.121ff.). Diese Aussage lässt sich der Unterkategorie *Energieprosumenten* zu ordnen.

Die beiden Hauptpunkte in einer Neuordnung des Energiesystems liegen jedoch in der *demokratische(n) Organisation* und in der *Kollektivierung*. Die Befragten 2 und 3 legen den Fokus auf eine strukturelle Demokratisierung des Energiesystems, die sich durch eine Überwindung der Konzernmacht im Energiesystem und den Zugang von Bürgerinnen zu „Energieversorgungsstrukturen“ auszeichnet (vgl. Interview 2: Z.130-135; vgl. Interview 3: Z.39-42). Der Befragte 1 hingegen fokussiert die Genossenschaft als Struktur gebende Ebene und merkt an, dass mit einer demokratischen Organisation von Energieversorgung auch eine Professionalisierung einhergehen muss (vgl. Interview 1: Z.199-202). Eine Kollektivierung der Energieversorgung sprechen die Befragten nur implizit an (vgl. Interview 1: Z.94-97; vgl. Interview 3: Z.39-42, Z.67f.). So stellt der Befragte 3 fest, dass die derzeitige Energieversorgung im Eigentum von „wenigen zentralen Playern“ liegt (Interview 3: Z.40f.). Im Gegensatz dazu liege die Energiewende in Bürgerhand (vgl. Interview 3: Z.67f.). Jedoch gäbe es Bereiche, in denen dies nicht ausreiche und ein Eingreifen der „öffentlichen Hand“ notwendig sei, um eine Demokratisierung zu erreichen (Interview 3: Z.69-72).

### ***Maßnahmen seitens der CPE***

In der vierten Kategorie werden die *Maßnahmen seitens der CPE* beschrieben und in sieben Unterkategorien eingeteilt. Alle drei befragten Energieversorger sprechen sich für Maßnahmen seitens ihrer Energieversorger hinsichtlich einer *Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe* aus (vgl. Interview 1: Z.128f., Z.133ff, Z.148-154; vgl. Interview 2: Z.94-98, Z.109ff, Z.113-117; vgl. Interview 3: Z.112-120). Nicht nur die Existenz des demokratischen Energieversorgers stärke die Wirtschaft um den Standort, so die Befragte 2, sondern auch der Vorzug von lokalen Projektstätten bei der Realisierung von erneuerbaren Energieprojekten (vgl. Interview 2: Z.109-117). Der Befragte 1 legt des Weiteren einen starken Fokus auf eine Schließung regionaler Wirtschaftskreisläufe, wenn er sich für „(...) ein Kirchturmdenken auf moderne Art“ ausspricht und für



seine Genossenschaft eine „regionale Verbundenheit“ konstatiert (Interview 1: Z.145ff). Im Kontrast dazu spricht sich der Befragte 3 für eine Weitung des regionalen Bezugs aus, da er eine Verbindung zwischen Berlin und Brandenburg zieht (vgl. Interview 3: Z.117ff).

Eine weitere Unterkategorie stellen *Energiesparmaßnahmen* dar, die von den Befragten 2 und 3 angeführt werden. Diese gestalten sich jedoch unterschiedlich. Die Befragte 2 verweist darauf, dass Privatkundinnen durch Stromsparbroschüren und Gemeinden über sogenannte Contracting-Modelle, bei denen die Kosten für energieeffiziente Geräte zwischen Gemeinde und Energieversorger geteilt werden, zu einer Senkung des Stromverbrauchs angehalten werden (vgl. Interview 2: Z.84-91). Positiv zu einer Umsetzung von Energiesparmaßnahmen seitens der Privatkundinnen und der öffentlichen Träger äußert sich auch der Befragte 3, wenn er sagt:

*Natürlich so eine Energiesenkung steht ja auch in unserem Gesetzentwurf drinnen. Dass eine wesentliche Aufgabe des Berliner Stadtwerkes, wie wir es uns vorgestellt hatten, natürlich auch zu einer Senkung des Energieverbrauchs beitragen soll. Jetzt nicht nur der landeseigenen Liegenschaften und Unternehmen, sondern letztendlich auch der Berlinerinnen und Berliner.* (Interview 3: Z.100-105)

Hierbei wird deutlich, dass Energiesparmaßnahmen von Energieversorgern bis in Privathaushalte und öffentliche Träger oder teilprivatisierte Unternehmen hineinreichen können. Der Befragte 1 hingegen gibt an, dass derzeit keine konkreten Projekte für Energieeinsparungen in Planung seien (vgl. Interview 1: Z.174). Er sieht jedoch gleichzeitig die Möglichkeit, innerhalb des Energieversorgers Energieeinsparungen seitens der Mitglieder anzustreben (vgl. Interview 1: Z.184-187).

Eine weitere von den Befragten stark befürwortete Unterkategorie bildet die *demokratische Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern*. Vor allem der Befragte 3 legt einen starken Fokus auf demokratische Teilhabe, die nur auf Basis wirklicher Transparenz entstehen könne und dann einen wichtigen Schritt zur Postwachstumsgesellschaft darstellt, da selbst öffentliche Unternehmen derzeit dem privatwirtschaftlichen Wachstumsdruck unterlägen (vgl. Interview 3: Z.125-135). Die Befragte 2 sieht neben der Teilhabe auf Unternehmensebene starkes Veränderungspotential in den Gesetzmäßigkeiten des Energiesystems, wenn sie sagt: „Also, wenn wir uns mal angucken, wie Konzessionen für Stromnetze vergeben werden. Das ist ein ganz undemokratischer Prozess ohne jede Rechtssicherheit“ (Interview 2: Z.123f.). Auch der Befragte 1 spricht sich für eine Stärkung demokratischer Teilhabe aus, warnt jedoch zugleich davor, dass nach dem starken Anstieg an Genossenschaftsgründungen in den vergangenen Jahren nun eine „Art Stand-by Modus“ bei vielen Genossenschaften vorherrsche und es nötig sei, eine Verfestigung der Demokratisierung zu erreichen (vgl. Interview 1: Z.202-206).

Hinsichtlich der *Eigentumsverhältnisse* an Anlagen erneuerbarer Energien fokussieren sich die Befragten 1 und 2 auf Privatpersonen, wenn sie eine direkte finan-

zielle Förderung von bestimmten Projekten sowie eine indirekte Förderung durch Vergabe von nachrangigen Darlehen an Genossenschaften beschreiben (vgl. Interview 1: Z.130-138; vgl. Interview 2: Z.57-62). Der Befragte 3 hingegen sieht auch öffentliche Träger in der Pflicht, da bestimmte Projekte für Bürgerinnen und Bürger nicht finanzierbar sind (vgl. Interview 3: Z.69ff.). Neben den Eigentumsverhältnissen führte auch die *politische Arbeit* der Energieversorger zu ihrer Auswahl für diese Arbeit. Lediglich die Befragten 2 und 3 äußern sich explizit zur politischen Seite ihrer Arbeit. Während der Befragte 3 feststellt, dass die gesamte Arbeit des Energieversorgers politisch ist, verweist die Befragte 2 auf konkrete Maßnahmen wie die Leitung einer Kampagne gegen einen Atomkraftwerksneubau und das Einbringen in die Gemeindepolitik (vgl. Interview 2: Z.68-72/ Z.132-135; vgl. Interview 3: Z.101). Eine *Internalisierung von Umweltkosten*, die bei der Energieproduktion hervorgerufen werden, wird von keinem der drei Befragten thematisiert.

### ***realweltliche Problemfelder***

Alle drei Befragten sprechen Probleme in der alltäglichen Gestaltung ihres Arbeitens an. Während der Befragte 3 darauf hinweist, dass die Gestaltung der Energiewende immer von den Standortfaktoren abhängt und somit das westliche Bild einer nachhaltigen Energieversorgung nicht auf die Länder des globalen Südens übertragen werden könne, bezieht sich die Befragte 2 auf Problematiken im deutschen Energiesystem (vgl. Interview 3: Z.53-61). Die Befragte 2 merkt einerseits an, dass demokratische Energieversorger auf dem Weg einer Transformation Hilfe bekommen müssten (vgl. Interview 2: Z.51ff). Andererseits ergäben sich starke Probleme im Aufbrechen von Energiemonopolen durch kleine demokratische Energieversorger, da „das Bundeskartellamt, das eigentlich Monopole aufbrechen sollte, jetzt Monopole schützt.“ (Interview 2: Z.126ff). Auch der Befragte 1 führt eine Reihe von Problemfeldern an, wenn er auf die Bedeutung des Ehrenamtes für die Gründung demokratischer Energieversorger oder die breite Kritik an der Erstellung von Energieanlagen seitens der Öffentlichkeit hinweist (vgl. Interview 1: 199f./ Z.254-263). Des Weiteren merkt er an, dass die Umsetzung einer Transformation nur durch aktives Handeln geschehen kann und nicht, wie aus seiner Sicht zu oft versucht, durch die rein theoretische Erstellung alternativer Konzepte (vgl. Interview 1: Z.98-104). In Kapitel 5.2 wird nun eine Auswertung der hier aufgeführten Ergebnisse anhand der in Teil II der Arbeit verwendeten Literatur zu den verschiedenen Ausprägungen der Postwachstumstheorie durchgeführt.

## 5.2 Diskussion der Ergebnisse im Rahmen der Postwachstumstheorie

Die Analyse der unter 5.1 dargelegten Ergebnisse erfolgt vor dem Hintergrund des Ziels der vorliegenden Arbeit, das darin besteht festzustellen, inwiefern demokratische Energieversorger zur Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft beitragen können, durch einen Abgleich mit den Thesen der Postwachstumstheorie. Die Thesen der Postwachstumstheorien können auf Grund der Auswahl dreier Energieversorger nur exemplarisch diskutiert werden.

Aus der grundlegenden Annahme der Postwachstumstheorien, dass eine Entkopplung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes vom Wirtschaftswachstum nicht möglich ist, und eine Verringerung des Energieverbrauchs für eine Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emissionen nötig ist, leitet sich die Forderung nach einer Änderung des derzeitigen Lebensstils ab (vgl. Jackson 2013: 59-67; vgl. WBGU 2014: 33). Die drei befragten Energieversorger erkennen die Notwendigkeit eines Lebensstilwandels zur Begrenzung der CO<sub>2</sub>-Emissionen an und befürworten diesen. Somit unterstützen die befragten Energieversorger eine grundlegende These der Postwachstumstheorie. Die ganzheitliche Auffassung des Begriffs Postwachstum, wie er in der Literatur verwendet wird, kann von den Befragten jedoch nur teilweise geteilt werden und wird sowohl als eine Neugestaltung des Wachstumsbegriffs als auch ein Plädoyer zur Mäßigung verstanden. Auffallend ist hierbei, dass zwei der Befragten die Transformation zur Postwachstumsgesellschaft als einen positiven Wandel sehen, während ein Befragter diesen sehr negativ bewertet. Es ist somit eine klare Differenzierung in der Haltung der Energieversorger hinsichtlich des Postwachstumsbegriffs erkennbar. Die in der Postwachstumsliteratur stark geforderte Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen wird auch von den befragten Interviewpartnerinnen geteilt. Diese ist insbesondere hinsichtlich einer dezentralen Erzeugung von Energie zu berücksichtigen.

Obwohl eine Abkehr vom Wirtschaftswachstum nur teilweise von den Befragten angeführt wird, legen sie einen starken Fokus auf die Gestaltung eines suffizienteren Lebensstils, wie er u.a. auch von Paech gefordert wird. Hierzu verweisen die Energieversorger auf den Begriff des Proumenten, der insbesondere im Rahmen der Energieversorgung eine große Transformationsmöglichkeit bezüglich einer dezentralen und kleinteiligen Energiewende bietet. Eine Energieversorgung im Sinne des Prosumetengedankens, die über den individuellen Handlungsrahmen hinaus geht, ist vor allem dann gegeben, wenn die von demokratischen Energieversorgern produzierte Energie direkt von ihren Mitgliedern verbraucht wird, wie es bei allen drei Befragten der Fall ist. Weitreichendere wirtschaftliche Veränderungen, wie die Stärkung von Commons oder solidarisches Wirtschaften, die nach der Definition von Kallis et al. (2015) zu den grundlegenden Ausprägungen einer Postwachstumsgesellschaft gehören, werden in den Interviews nicht konkret angesprochen (vgl. Kallis et al. 2015: 3). Es kann jedoch festgehalten werden, dass die Energieversorger Maßnahmen zur Stärkung solidarischen

Wirtschaftens teilweise in ihren Grundsätzen festgehalten haben wie in Kapitel 4.2 aufgezeigt wurde.

Für die Gestaltung der Energieversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft vertreten die befragten Energieversorger sehr konkrete Forderungen, die sich in den Hauptpunkten mit den in der Literatur aufgezeigten Forderungen decken. So stehen sowohl für die Befragten als auch die Theoretiker, in diesem Falle Loske (2013) und Latouche (2009), Maßnahmen zur Energieeinsparung, gesteigerte Energieeffizienz und eine absolute Senkung des Energieverbrauchs im Zentrum einer neuen Energieversorgung (vgl. Loske 2013: 144; vgl. Latouche 2009: 71). Für eine Senkung des Energieverbrauchs und gesteigerte Energieeffizienz treten die Versorger aktiv mittels Beratungen für Stromkundinnen, Kampagnen oder dem Austausch zu energiesparenden Geräten in Privathaushalten oder öffentlichen Trägern ein. Es lässt sich also festhalten, dass die befragten Energieversorger in diesem Punkt die Anforderungen der Postwachstumsliteratur erfüllen.

Auch die in der Literatur geforderte Dezentralisierung wird von den Energieversorgern anvisiert und geht mit ihren Bestrebungen, dezentrale Kleinanlagen zu fördern, einher (vgl. Schmelzer/ Passadakis 2011:74). Zu beachten ist hierbei, dass die Installation kleinerer Anlagen in erneuerbaren Energien an sich zu einer Dezentralisierung führen kann. Diese Tendenz kann z.B. durch den Bau großer Offshore-Windparks umgekehrt werden, da von diesen erneut eine Zentralisierung der Stromproduktion ausgeht. Von besonderer Relevanz für das Überkommen von Wachstumszwängen wird in der Postwachstumsliteratur die Kollektivierung von Unternehmen angesehen, da somit Abhängigkeiten von Banken und anderen Geldgebern reduziert werden können (vgl. Paech 2012: 460f.; vgl. Scherhorn 2010: 139). Eine Kollektivierung des Unternehmens wird von den Befragten im Interview zwar nicht direkt angesprochen, ist aber auf Grund der Unternehmensstruktur der Energieversorger vorhanden und wird von ihnen als notwendig anerkannt, um das Monopol der Energieversorger aufzulösen. Neben den kollektiven Unternehmensformen der Genossenschaft und des Stadtwerkes tragen Maßnahmen wie die Sicherstellung der Finanzierung über private Darlehen dazu bei, Abhängigkeiten von Banken und somit vom globalen Finanzmarkt zu überwinden.

Im Sinne der kapitalismuskritischen Denkschule der Postwachstumstheorie, die eine stärkere basisdemokratische Teilhabe in der Ökonomie fordert, sehen auch die befragten Energieversorger eine demokratische Kontrolle der Energieversorgung als notwendig an. Auf Grund der demokratischen Kontrolle ist es den Energieversorgern weiter möglich, Wachstumszwänge zu überwinden, da sie nicht länger den privatwirtschaftlichen Renditeerwartungen unterliegen, wie der Befragte 3 vom Berliner Energietisch festhält. Wie auch in Kapitel 4.2 aufgezeigt, sind die befragten Energieversorger stark basisdemokratisch organisiert und erfüllen somit die Forderungen der Postwachstumsliteratur.

Obwohl die befragten Energieversorger die Kernforderungen der Postwachstumsliteratur hinsichtlich einer Gestaltung der Energieversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft, wie oben aufgezeigt, verfolgen, muss festgehalten werden, dass eine konsequente Umsetzung dieser Ziele aus Sicht der Versorger problematisch ist. Der Grund hierfür liegt einerseits im Zwang einer gewissen Wirtschaftlichkeit, da der Aufbau einer dezentralen Energieversorgung letztlich nicht vollständig mit ehrenamtlichen Mitarbeiterinnen zu vollziehen ist. Andererseits sehen die Energieversorger auf Grund der systemischen Gegebenheiten der derzeitigen Energieversorgung gewisse Grenzen gesetzt, die sie nicht aus eigener Kraft überschreiten können. Beispielfür hierfür stehen die Vergabe von Netzkonzessionen oder die sehr hohen Investitionsvolumina beim Rückkauf ganzer Stromnetze. Einen weiteren Punkt stellt die Kritik an der Umsetzung der Energiewende in Bezug auf den Bau erneuerbarer Energieanlagen dar. Zur Lösung dieser systemischen Probleme auf dem Weg zu einer Energieversorgung für Postwachstumsgesellschaften bedarf es einer Veränderung der Rahmenbedingungen seitens der Politik. Die Möglichkeiten der ordnungspolitischen Gestaltung auf der Makroebene, z.B. eine ökologische Steuerreform oder eine Neuregelung der Eigentumsrechte für Stromnetze, wurden in Kapitel 2.3 dargestellt und sind vielfältig.

Als Ergebnis der Analyse der Interviews vor dem Hintergrund der Postwachstumsliteratur lässt sich festhalten, dass demokratisch organisierte Energieversorger auf der Mikroebene viele Möglichkeiten haben, die Transformation zu einer Postwachstumsgesellschaft, wie sie in der Literatur beschrieben ist, voranzutreiben und diese auch nutzen. Dabei stoßen sie jedoch an Hindernisse, die nicht in ihrem Handlungshorizont liegen und die sie ohne eine Änderung der Rahmenbedingungen nicht überwinden können. Um den Wandel zu einer Postwachstumsgesellschaft im Feld der Energieversorgung anzustoßen, bedarf es somit neben einer Umsetzung der Ziele durch demokratische Energieversorger auch Transformationsbestrebungen seitens der anderen im Feld aktiven Akteure, wie Netzbetreibern, Kundinnen, und nicht zuletzt den politischen Akteuren, die Einfluss auf die Rahmenbedingungen der Energieversorgung nehmen können.

## **6. Fazit und Ausblick**

Angesichts des voranschreitenden anthropogenen Klimawandels, der durch das Verbrennen fossiler Energieträger und die damit verbundene Erhöhung der Konzentration an Treibhausgasen in der Atmosphäre hervorgerufen wurde, sind grundlegende Änderungen in der Produktion und dem Umgang mit Energie nötig geworden, um die planetaren Grenzen nicht weiter zu überschreiten.

Die vorliegende Arbeit beschäftigte sich mit der Frage, inwiefern demokratisch organisierte und politisch motivierte Energieversorger in erneuerbaren Energien als transformative Kräfte in der Gestaltung einer Postwachstumsgesellschaft auftreten.

Zu Beginn der Untersuchung wurde aufgezeigt, dass es einer Abkehr vom wachstumsbasierten Wirtschaftssystem und eine Änderung der derzeitigen Lebensstile, vor allem im globalen Norden, bedarf, um eine Reduktion der Treibhausgasemissionen zu erreichen und die Lebensgrundlagen jetziger und künftiger Generationen nicht zu gefährden. Es wurde deutlich, dass die Energieversorgung diesbezüglich ein enormes Transformationspotential aufweist, da mit 80% ein Großteil der weltweiten Energieerzeugung noch immer auf der Verbrennung fossiler Energieträger basiert (vgl. WBGU 2011: 3). Eine Transformation zur Postwachstumsgesellschaft kann jedoch, wie aufgezeigt, auf zwei Ebenen angeregt werden. Im Rahmen der Untersuchung wurde sich dabei auf mögliche Bottom-up Veränderungen auf der Mikroebene bezogen, die von den befragten Energieversorgern angestoßen werden können.

Aus dem Vergleich der Standpunkte diverser Vertreterinnen innerhalb Postwachstumdiskussion wurden Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Mikro- und der Makroebene hinsichtlich einer Transformation der Energieversorgung für eine Postwachstumsgesellschaft abgeleitet. Diese basiert nicht nur auf der Substitution der Energieproduktion von fossilen Energieträgern durch erneuerbare, sondern vielmehr auf der Senkung des absoluten Energieverbrauchs, der Dezentralisierung und Regionalisierung von Produktion und Verbrauch, kollektiven Eigentumsstrukturen, dem Überkommen des Wachstumsparadigmas und einer Stärkung der demokratischen Teilhabe innerhalb der Wirtschaft. Um festzustellen, wie die Transformation der Energieversorgung für eine Postwachstumsgesellschaft gelingen könnte, wurde das Konzept der Energiedemokratie als theoretische Basis gewählt, da es konkrete Dimensionen einer nachhaltigen Energieversorgung festlegt. Als Gegenstand der qualitativen Untersuchung wurden drei Energieversorger ausgewählt, die der Systematisierung nach *collective and politically motivated projects in renewable energy* (CPE) entsprechen, da diese dem Anspruch der Postwachstumsliteratur nach einer demokratischen Organisation und einer Regionalisierung von Wirtschaftskreisläufen am ehesten entsprechen. Kunze und Becker, die Begründer der Systematisierung nach CPE, kamen in ihrem Anfang April 2015 veröffentlichten Paper *Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth*, ähnlich wie die vorliegende Arbeit, zu dem Schluss, dass CPE ein großes Potential zum Voranbringen einer Transformation des Energiesystems für eine Postwachstumsgesellschaft beinhalten (vgl. Kunze/ Becker 2015a).

Anhand der Qualitativen Untersuchung wurde deutlich, dass bei den befragten Energieversorgern ein Bewusstsein für die Problematiken einer wachstumsbasierten Wirtschaft besteht und Ansätze zur Veränderung dieses Systems bekannt sind, auch wenn sie nicht von allen Befragten als positive Vision wahrgenommen werden. Die hier betrachteten Energieversorger hatten konkrete Vorstellungen, wie das System einer postwachstumsbasierten Energieversorgung organisiert sein sollte, und benannten Maßnahmen, wie diese zu erreichen wären. Des Weiteren war zu beobachten, dass konkrete Maßnahmen seitens der Energieversorger schon heute angegangen werden, um signifi-

kante Veränderungen von Energieproduktion und -verbrauch zu erreichen. Besonders hervorzuheben sind hierbei die Umsetzung der Idee des Prosumenten sowie die Zielsetzung, den absoluten Energieverbrauch zu senken.

Große Transformationsmöglichkeiten bewiesen die befragten Energieversorger hinsichtlich der Dezentralisierung der Energieversorgung, einer Stärkung der regionalen Wirtschaftskreisläufe sowie der Demokratisierung von Unternehmen. Verbesserungsbedarf für die Energieversorger besteht bezüglich der Bewusstseins-schaffung von Commons und einer Internalisierung der Umweltkosten, die auf Grund der von ihnen getätigten Eingriffe in die Natur entstehen. Wesentlich zentraler sind für die befragten Energieversorger jedoch Änderungen in den rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen, da das Transformationspotential seitens der Energieversorger auf Grund der derzeitigen Rahmenbedingungen an seine Grenzen stößt. Eine grundlegende Transformation des Energiesystems zur Bereitstellung einer postwachstumsbasierten Energieversorgung kann daher nur erfolgen, wenn sowohl Bottom-up Veränderungen seitens der Energieproduzenten und -konsumenten, als auch Top-down Veränderungen seitens der Politik erfolgen. Hinsichtlich der Frage, inwiefern Veränderungen der Rahmenbedingungen eine Transformation des Energiesystems für eine Postwachstumsgesellschaft vorantreiben können, besteht weiterer Forschungsbedarf.

Obwohl demokratische Energieversorger in erneuerbaren Energien schon heute einen großen Beitrag zur Umsetzung einer postwachstumsorientierten Energiewende leisten, steht der Prozess einer Transformation zur Postwachstumsgesellschaft, die es schafft, innerhalb der planetaren Grenzen zu wirtschaften, noch am Anfang.

## 7. Literaturverzeichnis

- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2015a): Anzahl der Energiegenossenschaften in Deutschland in den Jahren 2001 bis 2013. Unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/224722/umfrage/anzahl-der-energiegenossenschaften-in-deutschland/> (Stand: 20.05.2015).
- Agentur für Erneuerbare Energien (AEE) (2015b): Eigentümerstruktur der Erneuerbaren Energien-Anlagen in Deutschland im Jahr 2012. Unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/164228/umfrage/erneuerbare-energien-nach-eigentuemerguppen/> (Stand: 19.05.2015).
- Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2015): Volksentscheid „Neue Energie“ am 3. November 2013: Ergebnis des Volksentscheids. Unter: [https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2013\\_NEnergie/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=6052&sel2=0797](https://www.wahlen-berlin.de/abstimmungen/VE2013_NEnergie/ErgebnisUeberblick.asp?sel1=6052&sel2=0797) (Stand: 28.05.2015)
- BDEW (2015): Anteil der Energieträger an der Bruttostromerzeugung in Deutschland 2000 bis 2014. Unter: <http://de.statista.com/statistik/daten/studie/170853/umfrage/struktur-der-bruttostromerzeugung-in-deutschland/> (Stand: 13.05.2015)
- Becker, Sören/ Gailing, Ludger/ Naumann, Matthias (2013): Die Akteure der neuen Energielandschaften - Das Beispiel Brandenburg. In: Gailing, Ludger/ Leibenath, Markus (Hrsg.): Neue Energielandschaften - Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden, S.19-31.
- Becker, Sören/ Kunze, Conrad (2014): Transcending community energy: collective and politically motivated projects in renewable energy (CPE) across Europe. In: People, Place and Policy, Volume 8, Issue 3, S.180-191.
- Berliner Energietisch (2014a): Gesetzentwurf und Begründung PDF. Unter: <http://berliner-energiesch.net/gesetzentwurf> (Stand: 28.05.2015).
- Berliner Energietisch (2014b): Kampagnenlogbuch. Unter: <http://berliner-energiesch.net/kampagnenlogbuch> (Stand: 28.05.2015).
- Berliner Energietisch (2014c): Ökologische Kriterien. Unter: <http://berliner-energiesch.net/ueber-uns/oekologische-kriterien> (Stand: 28.05.2015).
- Berliner Energietisch (2014d): Soziale Kriterien. Unter: <http://berliner-energiesch.net/ueber-uns/soziale-kriterien> (Stand: 28.05.2015).
- Birnbacher, Dieter (2010): Climate Responsibility as a Distributional Issue. In: Analyse und Kritik: Zeitschrift für Sozialtheorie, Heft 01, S.25-37.
- Braungart, Michael/ McDonough, William (2011): Einfach Intelligent Produzieren: Cradle to Cradle: Wie die Natur zeigt, wie wir Dinge besser machen können. 6. Auflage, Berlin.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (BMWi) (Hrsg.) (2015): Erneuerbare Energien im Jahr 2014: Erste Daten zur Entwicklung der erneuerbaren Energien



- in Deutschland auf Grundlage der Angaben der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik. Berlin.
- Clearingstelle EEG (2014): Eckpunkte für die Reform des EEG (PDF). Unter: <https://www.clearingstelle-eeeg.de/eeeg2014/urfassung/material> (Stand: 20.05.2015)
- D' Alisa, Giacomo/ Demaria, Frederico/ Kallis, Giorgios (Hrsg.) (2015): Degrowth: A Vocabulary for the New Era. New York/ London.
- Ekardt, Felix (Hrsg.) (2012): Klimagerechtigkeit: Ethische, rechtliche, ökonomische und transdisziplinäre Zugänge. Marburg.
- Elektrizitätswerke Schönau (EWS) (2013): Satzung der Netzkauf EWS eG. PDF. Unter: <http://www.ews-schoenau.de/genossenschaft/dokumente.html> (Stand: 29.05.2015).
- Elektrizitätswerke Schönau (EWS) (2015a): Der etwas andere Energieversorger. Unter: <http://www.ews-schoenau.de/ews.html> (Stand: 29.05.2015).
- Elektrizitätswerke Schönau (EWS) (2015b): Leitlinien und Struktur. Unter: <http://www.ews-schoenau.de/ews/leitlinienstruktur.html> (Stand: 29.05.2015).
- Elektrizitätswerke Schönau (EWS) (2015c): Mitwissen. <http://www.ews-schoenau.de/mitwissen.html> (Stand: 29.05.2015).
- Energiegenossenschaft Starkenburg (2010): Leitbild. Unter: <http://www.energiestark.de/html/leitbild.html> (Stand: 30.05.2015).
- Energiegenossenschaft Starkenburg (2011): Satzung der Energiegenossenschaft Starkenburg eG in der Fassung vom 26.02.2011. Unter: <http://www.energiestark.de/html/mitmachen.html> (Stand: 30.05.2015).
- Energiegenossenschaft Starkenburg (2015): Mitmachen. Unter: <http://www.energiestark.de/html/mitmachen.html> (Stand: 30.05.2015)
- Gailing, Ludger/ Leibenath, Markus (Hrsg.) (2013): Neue Energielandschaften - Neue Perspektiven der Landschaftsforschung. Wiesbaden.
- Geels, Frank W./ Schot, Johan (2010): The Dynamics of Transitions: A Socio-Technical Perspective. In: Grin, John/ Rotmans, Jan/ Schot, Johan: Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long term Transformative Change. New York/ Oxon, S.11-101.
- Green New Deal Group (2008): A Green New Deal: Joined-up policies to solve the triple crunch of the credit crisis, climate change and high oil prices: The first Report of the Green New Deal Group. London.
- Grin, John/ Rotmans, Jan/ Schot, Johan (2010): Transitions to Sustainable Development: New Directions in the Study of Long term Transformative Change. New York/ Oxon.
- Helfrich, Silke/ Bollier, David (2015): Commons. In: D' Alisa, Giacomo/ Demaria, Frederico/ Kallis, Giorgios (Hrsg.): Degrowth: A Vocabulary for the New Era. New York/ London, S.75-78.

- Hennicke, Peter/ Welfens, Paul J.J. (2012): *Energiewende nach Fukushima: Deutscher Sonderweg oder weltweites Vorbild?*. München.
- Hirschl, Bernd (2008): *Erneuerbare Energien-Politik: Eine Multi-Level Policy-Analyse mit Fokus auf den deutschen Strommarkt*. Wiesbaden.
- Jackson, Tim (2013): *Wohlstand ohne Wachstum: Leben und Wirtschaften in einer endlichen Welt*. 2. Auflage, München.
- Janzing, Bernward (Hrsg.) (2008): *Störfall mit Charme: Die Schönauer Stromrebellin im Widerstand gegen die Atomkraft*. Vöhrnbach.
- Kallis, Giorgios/ Demaria, Frederico/ D'Alisa, Giacomo: Introduction: degrowth. In: D'Alisa, Giacomo/ Demaria, Frederico/ Kallis, Giorgios (Hrsg.): *Degrowth: A Vocabulary for the New Era*. New York/ London, S.1-17.
- Karathanassis, Athanasios (2015): *Kapitalistische Naturverhältnisse: Ursachen von Naturzerstörungen - Begründungen einer Postwachstumsökonomie*. Hamburg
- Konzeptwerk Neue Ökonomie e.V. (Hrsg.) (2014): *Zeitwohlstand: Wie wir anders arbeiten, nachhaltig wirtschaften und besser leben*. München.
- Kromrey, Helmut (2009): *Empirische Sozialforschung*. 12. Auflage, Stuttgart.
- Kunze, Conrad/ Becker, Sören (2014): *Energiedemokratie in Europa: Bestandsaufnahme und Ausblick*. Brüssel.
- Kunze, Conrad/Becker, Sören (2015a): *Collective ownership in renewable energy and opportunities for sustainable degrowth*. In: *Sustainability Science*, Vol. 10, No. 2. S.1-13.
- Kunze, Conrad/ Becker, Sören (2015b): *Wege der Energiedemokratie: Emanzipatorische Energiewenden in Europa*. Stuttgart.
- Lamneck, Siegfried (2005): *Qualitative Sozialforschung*. 4. Auflage, Weinheim/ Basel.
- Latouche, Serge (2009): *Farewell to Growth*. Cambridge, UK/ Malden, MA.
- Le Monde diplomatique/ Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.) (2014): *Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr: Der Postwachstumsatlas Vorabdruck*. Berlin
- Maubach, Klaus-Dieter (2013): *Energiewende: Wege zu einer bezahlbaren Energieversorgung*. Wiesbaden.
- Massarrat, Mohssen (2011): *Die Viertagewoche: Ein wichtiger Beitrag für den Übergang zur Postwachstumsgesellschaft*. In: Rätz, Werner/ von Egan-Krieger, Tanja (Hrsg.): *Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben..* Hamburg, S.109-120.
- Martínez-Alier, Joan (2012): *Environmental Justice and Economic Degrowth: The Alliance between Two Movements*. *Capitalism Nature Socialism*, Volume 23, Number 1, S.51-73.
- Mayring, Phillip (2010): *Qualitative Inhaltsanalys: Grundlagen und Techniken*. 11. Auflage, Weinheim/ Basel.

- Meadows, Donella/ Meadows, Dennis/ Randers, Jorgen (2004): Limits to Growth: The 30-Year Update. White River Junction, VT.
- Meyer, Bernd (2010): Ressourceneffiziente Wirtschaftsentwicklung unter dem Primat ökologischer Ziele. In: Seidl, Irmi/ Zahrt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg, S.167-177.
- Muraca, Barbara (2013): Décroissance: A Project for a Radical Transformation of Society. In: Environmental Values, Issue 22, S.147-169.
- Muraca, Barbara (2014): Gut leben: Eine Gesellschaft jenseits des Wachstums. Berlin.
- Osnabrücker Klimaallianz (2012): Auf dem Weg zur Klimastadt: Bürgerschaftliche Impulse für Klimaschutz und Energiewende in Osnabrück. Osnabrück.
- Paech Niko (2011): Vom vermeintlich nachhaltigen Wachstum zur Postwachstumsökonomie: Die Wachstumsfrage als blinder Fleck der Wirtschaftswissenschaften. In: Rätz, Werner/ von Egan-Krieger, Tanja (Hrsg.): Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.. Hamburg, 31-42.
- Paech, Niko (2012): Nachhaltiges Wirtschaften jenseits von Innovationsorientierung und Wachstum: Eine unternehmensbezogene Transformationstheorie. 2. Auflage, Marburg.
- Paech, Niko (2014): Befreiung vom Überfluss: auf dem Weg in die Postwachstumsgesellschaft. 7. Auflage, München.
- Papst Franziskus (2015): Enzyklika Laudato Si - Über die Sorge für das gemeinsame Haus. PDF. Unter: <http://www.dbk.de/themen/enzyklika-laudato-si/> (Stand: 23.06.2015)
- Posse, Dirk (2015): Zukunftsfähige Unternehmen in einer Postwachstumsgesellschaft: Eine theoretische und empirische Untersuchung. Heidelberg.
- Rätz, Werner/ von Egan-Krieger, Tanja (Hrsg.) (2011): Ausgewachsen: Ökologische Gerechtigkeit. Soziale Rechte. Gutes Leben.. Hamburg.
- Rinderle, Peter (2010): Climate Justice. A Contractualist Perspective. In: Analyse und Kritik: Zeitschrift für Sozialtheorie, Heft 01, S.39-61.
- Rockström, Johan/ Steffen, Will/ Noone, Kevin et al. (2009): A safe operating space for humanity. In: Nature, Nr. 461, S.472-475.
- Scheer, Hermann (2005): Energie Autonomie: Eine neue Politik für erneuerbare Energien. München.
- Scheer, Hermann (2010): Der Energethische Imperativ: 100 Prozent jetzt: Wie der vollständige Wechsel zu erneuerbaren Energien zu realisieren ist. München.
- Scheffler, Jörg (2014): Die gesetzliche Basis und Förderinstrumente der Energiewende: Aktueller Stand des EEG und des KWKG-G. Wiesbaden
- Scherhorn, Gerhard (2010): Unternehmen ohne Wachstumszwang: Zur Ökonomie der Gemeingüter. In: Seidl, Irmi/ Zahrt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg, S.129-143.

- Schmelzer Matthias (2015): Gutes Leben statt Wachstum: Degrowth, Klimagerechtigkeit, Subsistenz - Eine Einführung in die Begriffe und Ansätze der Postwachstumsbewegung. In: Le Monde diplomatique/ Kolleg Postwachstumsgesellschaften (Hrsg.): Atlas der Globalisierung: Weniger wird mehr: Der Postwachstum atlas Vorabdruck. Berlin
- Schmelzer, Matthias/ Passadakis, Alexis (2011): Postwachstum: Krise, ökologische Grenzen und soziale Rechte. Hamburg.
- Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (2010a): Argumente für einen Abschied vom Paradigma des Wirtschaftswachstums. In: Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg, S.23-36.
- Seidl, Irmi/ Zahrnt, Angelika (Hrsg.) (2010b): Postwachstumsgesellschaft: Konzepte für die Zukunft. Marburg.
- Skidelsky, Edward/ Skidelsky, Robert (2014): Wie viel ist genug?: Vom Wachstumswahn zu einer Ökonomie des guten Lebens. München.
- Staab, Jürgen (2013): Erneuerbare Energien in Kommunen: Energiegenossenschaften gründen, führen, beraten. 2. Auflage. Wiesbaden.
- Statista (2015): Stromabsatz ausgewählter Energieversorger in Deutschland im Jahr 2013 (in Terrawattstunden). Unter:  
<http://de.statista.com/statistik/daten/studie/151281/umfrage/absatz-der-stromanbieter-in-deutschland-im-jahr-2008/> (Stand: 19.05.2015).
- Trendresearch/ Leuphana Universität Lüneburg (2013): Definition und Marktanalyse von Bürgerenergie in Deutschland. Bremen/Lüneburg.
- Welzer/ Harald (2013): Der Abschied vom Wachstum als zivilisatorischem Projekt. In: Welzer, Harald/ Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2013): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt a.M, S.35-59.
- Welzer, Harald/ Wiegandt, Klaus (Hrsg.) (2013): Wege aus der Wachstumsgesellschaft. Frankfurt a.M.
- Weis, Laura/ Becker, Sören/ Naumann, Matthias (2015): Energiedemokratie: Grundlage und Perspektive einer kritischen Energieforschung. Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.) (2011): Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation: Zusammenfassung für Entscheidungsträger. Berlin.
- Wissenschaftlicher Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) (Hrsg.) (2014): Sondergutachten: Klimaschutz als Weltbürgerbewegung. Berlin.

# **Anhang 1: Interviewleitfaden**

## **Leitfaden für die Befragung der CPE**

### **Teil I)**

Name des/ der Befragten:

Energieversorger:

Stellung im Unternehmen:

Ort & Zeit des Interviews:

Datum:

Länge:

### **Teil II) Fragen zum Thema Postwachstum allgemein**

1) Ist für eine Senkung der CO<sub>2</sub> -Emissionen ein Lebensstilwandel notwendig oder sind technische Lösungen wie z.B. die Umstellung auf erneuerbare Energien ausreichend?

2) Was verbinden Sie mit dem Begriff Postwachstum?

### **Teil III) Fragen zur Verbindung von Energieversorgung und Postwachstum**

3) Wie sollte die Energieversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft aussehen?

4) Was sind die hierfür notwendigen Schritte aus Sicht Ihrer Genossenschaft bzw. Ihres Stadtwerkes?

### **Teil IV) Maßnahmen innerhalb des Energieversorgers**

5) Welche Möglichkeiten sehen Sie für sich als demokratischer Energieversorger eine Transformation zur Postwachstumsgesellschaft zu gestalten?

6) Wie stehen Sie zu einer absoluten Senkung des Energieverbrauchs?

7) Welche Rolle spielen Ihrer Meinung nach demokratisch organisierte Energieversorger in Bezug auf regionale Ökonomien?

### **Teil V) Abschluss**

8) Gibt es Aspekte demokratischer Energieversorgung, die wir evtl. noch nicht behandelt haben?

Herzlichen Dank für Ihre Zeit!

## Anhang 2: Transkript Interview 1

### Interview 1: Energiegenossenschaft Starkenburg

Befragte/r (B): Befragter 1

Interviewer (I): Roman Isaac

Energieversorger: Energiegenossenschaft Starkenburg eG

Stellung im Unternehmen: Vorstandsmitglied

Ort: Heppenheim und Lüneburg

Datum: 01.06.2015

Zeit: 17 Uhr

Länge: 30min 39sec

- 1 I: Schönen guten Tag Herr *Anonymisiert*. Isaac hier.
- 2 B: Pünktlich auf die Sekunde.
- 3 I: Auf die Sekunde. Ja ich habe die Kirchenglocke gehört.
- 4 B: Ahja. In Lüneburg geht die Kirchenglocke nach der Atomuhr wahrscheinlich?
- 5 I: Wahrscheinlich. Ich nehm's an. So sieht es aus. Haben Sie ein bisschen Zeit für mich?
- 6 B: Ja klar. Deswegen hab ich den Termin so gelegt.
- 7 I: Ich hätte erst mal noch ein paar Fragen zu Ihrer Person und der Genossenschaft. Dann
- 8 ein paar Fragen zum Postwachstum im Allgemeinen. Dann zu Energieversorgung und
- 9 Postwachstum. Und möglichen Maßnahmen, die Sie als Energieversorger vornehmen
- 10 können.
- 11 B: Ok.
- 12 I: Genau. Und würde jetzt einfach mal anfangen. Und wollte Sie noch fragen, was Ihre
- 13 Stellung im Unternehmen ist?
- 14 B: Also ich bin Vorstand. Einer von drei Vorständen in der Energiegenossenschaft
- 15 Starkenburg, zum einen. Aber das ist die ehrenamtliche Schiene. Und zum zweiten seit
- 16 Januar angestellt bei einer Tochter der Energiegenossenschaft. Ich weiß jetzt nicht, ob
- 17 das den Rahmen sprengt von Ihrer Untersuchung, aber wir haben einfach festgestellt wir
- 18 sind an nem Punkt da geht's rein ehrenamtlich nicht mehr. Man kann den Leuten nicht
- 19 sagen, ruft heut Abend nochmal an. Zwischen 18 und 20 Uhr ham wir Zeit für euch.
- 20 Auch die Anlagenbetreuung. Das hat alles so ne Dimension erlangt. Da hab ich be-
- 21 schlossen nach 24 Jahren eine gut dotierte Stelle im öffentlichen Dienst zu kündigen
- 22 und in die... Für ein Tochterunternehmen, die heißt Energiestark GmbH. Eine 100%
- 23 Tochter der Energiegenossenschaft. Und da bin ich jetzt angestellt. Geschäftsführer
- 24 nennt sich das.
- 25 I: Ah. Ok. Das hört sich doch ganz gut an. Genau, dann würde ich weiter gehen zu dem
- 26 Postwachstumsblock. Und, da wäre meine erste Frage. Halten Sie eine Senkung oder für

27 eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen einen Lebensstilwandel in der Gesellschaft für not-  
28 wendig oder glauben Sie, dass rein technische Lösungen, z.B. die Umstellung auf er-  
29 neuerbare Energien, ausreicht dafür?

30 B: Ja, ich denk es wird nicht lang mehr brauchen. Wir brauchen schon eine Lebenssti-  
31 länderung.

32 I: Inwiefern? Können Sie das weiter spezifizieren? Also...

33 B: Also. Ich denk, dass was die Produktzyklen angeht zum Beispiel. Das müssen wir  
34 schaffen, dass wir die deutlich strecken. Man ist ja selbst Teil des Problems. Wenn ich  
35 sehe, wie schnell Elektrogeräte oder Elektronikgeräte irgendwo schon wieder alt sind  
36 und unbrauchbar und nicht mehr dem Standard entsprechen. Also wir haben unheimlich  
37 schnelle Zirkulation in unseren Produkten und die müssen wir stoppen zum einen. Und  
38 zum anderen glaub ich auch, dass diese, sag ich mal, Komfortspirale durchbrechen müs-  
39 sen. Und das geht jetzt so ein bisschen ins Philosophische. Manchmal denke ich mir  
40 auch: Was wir alles, brauchen damit es uns gut geht, das ist unfassbar. So ein riesiger  
41 Apparat rings um uns mit geheizt und gekühlt, gepampert und gefedert. Und man sieht  
42 ja immer schön an den Autoausstattungen, gut 58 Stellmotoren, wo Sie die linke Arsch-  
43 backe anders haben können als die rechte. Es wird uns alles, alles abgenommen.

44 I: Ja.

45 B: Das ist jetzt schwer auf den Punkt zu bringen, aber diese Warte müssen wir irgend-  
46 wie mal wegbringen. Zumindest einen guten Teil davon. Ja ich muss auch mal was aus-  
47 halten können. Also was Hitze oder Kälte angeht, oder sonst was angeht. Das ist ... Wir  
48 sind so... Wir degenerieren auch ein Stück weit. Wir haben schon so ein Optimum, das  
49 muss perfekt eingehalten werden. Wehe wenn nicht, dann brauchen wir noch ein neues  
50 Gerät, ne neue Maschine, noch ein neues Tool, noch ein neues App (Lacht)

51 I: Ja.

52 B: Also da kommt man, glaube ich, jetzt auch ein bisschen in die individuelle Befind-  
53 lichkeit. In die philosophische Linie.

54 I: Da leiten Sie ja schon schön über zu meiner nächsten Frage, die wäre, was Sie mit  
55 dem Begriff Postwachstum verbinden?

56 B: Also als Sie die Frage... Als Sie die Interviewanfrage gestellt haben, habe ich ge-  
57 dacht ach du lieber Gott! Was sollen wir dazu beitragen? Also Postwachstum, das hat  
58 so... Da gibt es so Obertöne. Also das hat so ne Assoziation von.. Da sage ich mal: Das  
59 ist etwas graues, etwas Schreckliches, was Gefährliches, was uns etwas wegnehmen  
60 will. Ja was, uns ...was mit gesellschaftlichen Umbrüchen verbunden sein wird. Also  
61 das hat noch sowas... So.. Das hat noch so einen kleinen Beigeschmack von sozialisti-  
62 schem Impetus. Um das jetzt mal so ein bisschen verwaschen auszudrücken. Und wir  
63 als Genossenschaft, wir machen doch eigentlich... Ja, wir backen ganz kleinen Bröt-  
64 chen und uns als Teil des Postwachstumsgedanken mit einzugliedern. Puh, das schien  
65 mir fast ein bisschen anmaßend. Also der Begriff ist, wenn man ihn hört und liest und  
66 den sieht, immer mal wieder. Ich muss sagen der ist für mich sehr unscharf der Begriff.

67 Also es gibt so ein diffuses: so kann es nicht weitergehen! Auf jeden Fall. Und dann  
68 gibt es das zweite diffuse: wie kann es denn funktionieren, ohne dass wir hier zur Re-  
69 volte... Dass das hier zu ner Revolte führt.

70 I: Ja Genau. Es geht ja um ne Umstrukturierung von Wirtschaftskreisläufen und gesell-  
71 schaftlichen Prozessen. Und da wäre dann die nächste Frage, quasi, wie stellen Sie sich  
72 eine Energieversorgung in einem neuen Wirtschaftssystem, oder einem nachhaltigen  
73 Wirtschaftssystem, als Postwachstumsgesellschaft jetzt bezeichnend. Wie könnten Sie  
74 sich das jetzt vorstellen?

75 B: Ich denke vor allem kleinteilig, dezentral. Also das ist jetzt, glaube ich, keine beson-  
76 ders ... keine originelle Antwort. Der Begriff Prosumer, der gefällt mir immer besser.  
77 Also, dass man produziert und konsumiert. Dass das eben in einer Hand liegt. Da versu-  
78 chen wir jetzt auch, dadurch dass wir jetzt auch Strom verkaufen. Und in einer weiteren  
79 Genossenschaft Mitglied sind, die das bündelt, den Stromverkauf an die Mitglieder von  
80 eigenen Anlagen. Versuchen wir da wirklich ein Stück näher zu kommen. Und auch  
81 unser Portfolio an der Stelle abzurunden.

82 I: Ja.

83 B: Also die Dinge selbst in die Hand nehmen und dann doch den vorhandenen Fach-  
84 und Sachverstand der Menschen dann zu bündeln. Das stellen wir uns schon als Ziele  
85 vor. Und wir merken, dass in unserer kleinen Genossenschaft was für gewaltige Poten-  
86 ziale wirklich entstehen, wenn sozusagen die Menschen sich zusammen rotten und jeder  
87 sein Bestes gibt. Ja.

88 I: Genau. Und wenn diese Potenziale sich entfalten sollen. Was für Schritte sehen Sie da  
89 aus Sicht Ihrer Genossenschaft? Die gegangen werden können um diese Ziele zu ver-  
90 wirklichen.

91 B: Also, man muss glaube ich auch vorsichtig sein und darf jetzt nicht, aus meiner  
92 Sicht, in so ne Sozialromantik verfallen. Also nicht alles... Nicht automatisch alles wird  
93 jetzt automatisch besser, wenn Bürgern das machen. Ne? Es muss schon ein gewisses  
94 Niveau haben und das ist auch ne Verbindlichkeit und ne Struktur. Also, das ist ja auch  
95 das Schöne an Genossenschaft, die ist auf lange Zeit angelegt. Ja das ist was sehr soli-  
96 des, sehr dauerhaftes. Und das sehen wir auch als sehr wichtiges Instrument, dass man  
97 auch Strukturen schafft, auch wenn das nicht immer sehr sexy klingt. Ja weil ich stelle  
98 fest, dass es auch immer noch so ne Tendenz gibt Inspiration vor Transpiration zu stel-  
99 len. Also ich sag mal so: Was wir machen ist zu 95 % Transpiration. Das heißt harte  
100 Arbeit und 5 % das Visionäre. Man müsste mal man sollte doch. Und ich habe in der  
101 Diskussion oft den Eindruck, das verändert... Diese prozentualen Verhältnisse, die wer-  
102 den gern mal umgedreht. Also man muss nur genug verrückte Ideen haben und wilde  
103 Visionen und da wird's schon werden. Und also so funktioniert's, glaub ich, nicht.

104 I: Ja.

105 B: Deshalb... Ist meine... Tja. Da ist unsere Herangehensweise relativ nüchtern, relativ  
106 konservativ, relativ vorsichtig, aber die Dinge dann auch gründlich machen und nach-



107 haltig, also dauerhaft. Das sind so die Punkte. Eine technische Frage: Nehmen Sie das  
108 eigentlich auf?

109 I: Ja. Ja.

110 B: Oder tut ihnen mein Gebabbel..., ah ja ok.

111 I: Na klar. Das hätte ich vorher sagen sollen. Genau daran anknüpfend wäre dann meine  
112 nächste Frage auch. Welche Möglichkeiten sehen Sie für sich denn in Ihrem Handlungs-  
113 rahmen zu so einer Transformation beizutragen in diesen kleinen Schritten?

114 B: Puh, also ich würd sagen, die gesamte Arbeit der Energiegenossenschaft steht unter  
115 dieser Überschrift. In dem wir eben schauen, dass wir die Menschen vor Ort mit ihren  
116 Projekten vor Ort zusammen zu bringen. Also das ist ja auch ein Ansatzpunkt. Wir wol-  
117 len, dass die Dinge nicht so unpersönlich sind, sondern wir die Bürger... Die Bürgerso-  
118 laranlage in Ort A, die soll auch von den Bürgern in Ort A finanziert werden. Ja und in  
119 Ort B der Windpark soll auch von den Bürgern in Ort B finanziert werden. Und so wol-  
120 len wir den Bezug wiederherstellen... Und da kommen wir wieder zu dem Prosumerge-  
121 danken, dass die ... der Produzent und der Konsument die gleichen sind am besten. Und  
122 das schafft dann auch die Akzeptanz. Denn das ist ein Punkt. Das muss man einfach  
123 nüchtern konstatieren. Die Akzeptanz für die Energiewende, so sehen wir das, die  
124 schwindet. Besonders für den Bereich Windkraft schwindet sie eigentlich besorgniser-  
125 rend schnell. Und wenn wir nicht aufpassen, dann fliegt uns das an der Stelle noch  
126 mal um die Ohren.

127 I: Ja.

128 B: Also, der Beitrag ist im Grunde diese kleinen Kreise zu schließen. Und da wir auch  
129 vom Instrumentarium her... Wir arbeiten, ich denke mal, Sie haben auch brav unsere  
130 Homepage durchforstet, mit nachrangigen Darlehen. Also wir finanzieren ohne, dass  
131 wir da jetzt umstürzlerisch unterwegs sind, gerne ohne Bank. Nicht weil die Banken  
132 generell nicht mögen, sondern wir denken wir brauchen sie erst mal nicht. Wir wollen  
133 es erst mal mit den Bürgern machen. Und diesen Kreislauf, also dass der alte Gedanke  
134 von Herrn Raiffeisen „Das Geld des Dorfs ist dem Dorfe“, auch diese wirtschaftsför-  
135 dernde Wirkung entfaltet. Wir sind da schon, wie soll ich denn sagen, auf Grundlage  
136 von nem eigentlich kapitalistischen System unterwegs. Aber in ner konstruktiven Form,  
137 sag ich mal.

138 I: Ja, da leiten Sie schon perfekt zu meiner nächsten Frage über. Die darauf abzielt, wie  
139 Sie sich selbst als Energieversorger in Bezug auf regionalisierte Ökonomien sehen? Das  
140 haben Sie jetzt schon teilweise beantwortet. Aber vielleicht...

141 B: Also ich denk diese kleinen Kreisläufe... Ein besserer Spruch als den von alten Rai-  
142 ffeisen, den er für 160 Jahren geprägt hat, fällt mir da kaum ein.

143 I: Ja.

144 B: Und auch wenn er staubig klingt... Das ist regionale Wirtschaftsförderung auch. Ja  
145 das ist diese Kleinteiligkeit auch, diese... Sag ich mal ein Kirchturmdenken auf moderne  
146 Art. Das ist ja auch so ein Credo. Wir sind extrem für Kirchturmdenken, ja? (*lacht*)

147 I: Ja.

148 B: Aber in einer modernen Weise, dass man wirklich die Dinge vor Ort wirklich selbst  
149 in die Hand nimmt. Diese Eigenverantwortung, Eigenwirksamkeit, ja regionale Ver-  
150 bundenheit, das sehen wir schon als ein wichtiges Element oder wichtige Elemente an,  
151 um wahrscheinlich auch für alle Probleme Antworten zu finden. Das geht über die  
152 Energie hinaus. Ich denke, das wird vielleicht, um auf ihre große Überschrift zu kom-  
153 men. Postwachstumsgeschichte wird wohl in der Tat münden müssen in eine sehr inten-  
154 sive Entdeckung des Umfeldes.

155 I: Ja.

156 B: Also nicht nur Entdeckung der Langsamkeit, sondern auch Entdeckung der, ja, der  
157 direkten Umgebung. Mit allem was dazugehört. Und auch die Verantwortung für das  
158 direkte Umfeld. Weil in der Summe ist das dann halt... Hat man dann gewonnen, ne!  
159 Wenn jeder guckt, dass das letzte Kilo CO<sub>2</sub> was den Planeten zum Umkippen bringt  
160 nicht vor seiner Haustür entsteht und jeder den Ehrgeiz hat, dann haben wir eigentlich  
161 gewonnen, ne!

162 I: Sehr gut. Da spielen Sie auch schon wieder darauf an. Wie stehen Sie denn als Ge-  
163 nossenschaft insgesamt zu einer absoluten Senkung des Energieverbrauchs?

164 B: Also, das ist ein Thema was wir jetzt bei uns noch nicht wirklich operativ auf dem  
165 Schirm haben. Also wir beschränken uns im Moment in der Tat schwerpunktmäßig auf  
166 Erzeugung von erneuerbaren Energien. Effizienz hat jetzt langsam begonnen ne Rolle  
167 zu spielen. Also wir haben jetzt auch eine Biogasanlage, ne gebrauchte, übernommen.  
168 Und die haben wir jetzt tatsächlich auch auf Effizienz getrimmt. Da kriegt man mit we-  
169 niger Input mehr raus. Aber jetzt nicht... Sie zielen wahrscheinlich darauf ab, wie jeder  
170 einzelne oder was wir dazu beitragen, dass jeder einzelne seinen Energieverbrauch re-  
171 duziert.

172 I: Ja genau.

173 B: Also da haben wir noch kein spezifisches Projekt aufgelegt.

174 I: Ok.

175 B: Da müssen wir auch noch mal grübeln wie wir sowas in ein Projekt gießen können.

176 I: Es ist natürlich auch eine schwierige Sache als Energieproduzent quasi den Konsum  
177 des eigenen Produktes zu unterbinden. Aber...

178 B: Ja also wir haben schon... Also es ist nicht so, dass wir auf null herunterkommen mit  
179 dem Energieverbrauch. Aber es ist schwierig. Wir können immer nur, abgesehen davon,  
180 dass man natürlich in ner Genossenschaft so ein gewisses Klima hat, nen gewissen  
181 Menschentypus findet. Also die sind alle mehr oder minder so unterwegs. Sind wir  
182 drauf angewiesen irgendwie Projekte so zu generieren, die auch irgendwo ne Rendite  
183 abwerfen. Und dann müssten wir halt mal schauen: Könnten wir zum Beispiel, puh, 200  
184 Brennwertgeräte anschaffen für unsere Mitglieder, ja? Also so was in der Richtung.  
185 Dass man eine Art Sammelbestellung organisiert für Mitglieder. Dass Sie Ihren Ener-  
186 gieverbrauch reduzieren. Ja also so was in der Richtung.

187 I: Ja schön. Haben Sie noch... Oder gibt es jetzt noch Aspekte, die wir noch nicht be-  
188 handelt haben, die Sie gerne behandelt haben würden?

189 B: Puh, ja. Was gibt's noch zu behandeln? Also ich denke schon, dass man nicht verges-  
190 sen darf, dass man nicht zu blauäugig durch die Gegend gehen darf. Und nicht verges-  
191 sen darf, dass diese ganzen Strukturen angewiesen sind auf Menschen, die bereit sind  
192 ihre Freizeit mehr oder minder zu opfern. Ja, und diese Bereitschaft ist auch nicht un-  
193 endlich vermehrbar. Ja also die... Und da kommt man auch so immer an die Grenze der  
194 Selbstaussbeutung. Auch eine ungute Balance oder ne ungute Dynamik, die da, die sich  
195 da vollzieht. Aber auf der anderen Seite jetzt ohne dies für die ersten Monate oder Jahre  
196 nicht gehen.

197 I: Ja.

198 B: Es ist erforderlich... Dass man letztlich... Das Anschieben solcher Konstruktion  
199 muss erst mal im Ehrenamt funktionieren. Und erst wenn das Ding rollt, wie jetzt in  
200 unserem Fall, kann man dann ein Stück weit die Professionalisierung hinten dran set-  
201 zen. Der bedarf's aber am Schluss auch. Wir sehen im Umfeld, dass diese... Sie werden  
202 ja auch ein Stück weit diese Genossenschafts- oder Energiegenossenschaftsgründungs-  
203 dynamik mit verfolgt haben. Das war ja eine regelrechte Explosion. Und den meisten  
204 Genossenschaften, also viele dümpeln jetzt vor sich hin und sind nahezu... Also sind in  
205 so ner Art Stand-by Modus. Neue Anlagen, wir sind ja auch viel in PV unterwegs. Neu-  
206 es ist schwierig, andere Geschäftsmodelle auch, aufwendig. Wir sind im Moment in ner  
207 schwierigen Phase finde ich. Und dieser Genossenschaft Gedanke der mit einem Stroh-  
208 feuer angeheizt wurde, wie wir den wieder verstetigen können. Mit ner gleichlaufenden  
209 Performance, die wir da aufs Gleis setzten können.

210 I: Ja.

211 B: Ich bin mal gespannt, ob diese Erfolgsgeschichte wirklich nachhaltig ist. Ich würd's  
212 mir sehr wünschen. Es gibt sehr gute Beispiele. Aber, wir stehn vielleicht auch - und  
213 das sind jetzt aber so Betrefflichkeiten, die kennt man aus anderem Kontext- möglich-  
214 erweise auch vor den ersten Fusionswellen. Wo kleinere Genossenschaften sagen: „Uns  
215 fällt nix mehr ein. Wir hocken uns da in den Liegestuhl und gucken unserer PV-Anlage  
216 da fünfzehn Jahre zu. Dann klappen wir das Buch zu“. Das ist natürlich schade. Also da  
217 braucht's auch wirklich so ein paar Geschäftsideen. Und an der Stelle ist das sehr löb-  
218 lich, dass sich diese Genossenschaft gegründet hat, die Stromvermarktung der Bürger-  
219 werke eG. Die haben es wirklich geschafft da neuen Wind rein zubringen. Also den  
220 Genossenschaften denen nix mehr neues einfällt, die fangen nämlich jetzt an, ihren  
221 Strom an ihre Mitglieder zu verkaufen. Und haben wieder neue Betätigungsfelder. Das  
222 ist wieder eine ermutigende Entwicklung an der Stelle.

223 I: Interessant.

224 B: Gut. Jetzt hätte ich noch ein paar Fragen an Sie. Was für ein Lehrstuhl? Und wo sind  
225 Sie unterwegs? In Lüneburg. Das kennen wir mittlerweile. Da haben wir schon ein paar  
226 Kollegen oder Kolleginnen verarztet.

227 I: Ich bin bei den Umweltwissenschaften und schreibe jetzt meine Bachelorarbeit dazu.  
228 Zu demokratischer Energieversorgung und Postwachstum. Und das ist am Lehrstuhl für  
229 Nachhaltigkeitspolitik. Genau. Mich interessiert was eine konkrete Maßnahme ist, wie  
230 man eine Postwachstumsgesellschaft in regionalisierten Kreisläufen umsetzen kann.  
231 Und da vor allem im Gebiet Energie. Und da sind die Energiegenossenschaften eben ein  
232 tragender Pfeiler. Das ist das, was ich mache gerade.

233 B: Und sie haben jetzt schon ein paar Interviews geführt mit verschiedenen Genossen-  
234 schaften oder?

235 I: Ne, Sie sind der erste heute.

236 B: Achso ok.

237 I: Genau. Es kommen noch zwei morgen. Es kommen noch der Berliner Energietisch.

238 B: Das sind die, die das Netz kaufen wollten. Oder?

239 I: Genau, genau. Das leider nicht geklappt hat. Und die Energiewerke schön, die Elekt-  
240 rizitätswerke Schönau. Das ist Ihnen wahrscheinlich ein Begriff?

241 B: Das sind ja sozusagen... Das sind ja sozusagen die Urgesteine. Oder die Fossile. Die  
242 haben eigentlich einen gezeigt wie's geht. Und ich glaub, das ist auch so ne Gruppe von  
243 Menschen, die die 95% Transpiration auch sehr ernst nehmen. Die schaffen wirklich ja!  
244 Also die haben nicht nur Visionen, sondern setzen sie auch um. Die sind auch schon  
245 lange, lange aktiv. Das ist sozusagen... Das sind die mit dem schwarzen Gürtel. Gemes-  
246 sen an denen sind wir Eintagsfliegen. Ja schön.

247 I: Finde ich schon sehr gut, was Sie bis jetzt gemacht haben, von dem was ich gelesen  
248 habe. Sieht sehr gut aus.

249 B: Ja wie geben uns Mühe und wollen uns damit auch noch nicht zufrieden geben und  
250 die vorhin genannten Liegestühle, wo man sich rein setzt und seinen Anlagen beim  
251 schaffen zuguckt 19 Jahre oder 18 oder 17 die EEG-Vergütung kassiert, das ist jetzt  
252 keine verlockende Perspektive für uns. Aber man muss sich auch Kritik anhören. Denn  
253 im Grunde decken wir alles bis auf Wasserkraft, das fehlt uns ja noch in der Sammlung.  
254 Wir stecken Kritik ein für PV, wir stecken Kritik ein für Windkraft, wir stecken Kritik  
255 ein für Biogas. Also es ist... Wir kriegen sozusagen alle Vorurteile oder alle Diskussi-  
256 onsthemen haben wir schließlich auch in den E-Mail Eingängen. Ich weiß dann  
257 manchmal auch nicht, wie Leute sich vorstellen, wie man eigentlich Energie erzeugen  
258 soll. Für mich ist immer auch ein Stück weit... Ich bin da pragmatischer Visionär oder  
259 visionärer Pragmatiker. Ich stelle mir halt immer die Frage der Alternative. Also klar  
260 mit sechs Windrädern haben Sie ein Landschaftsbild geprägt. Ja und gucken Sie Garz-  
261 weiler Braunkohletagebau, da gibt's kein Landschaftsbild mehr. Das ist so die Alterna-  
262 tive. (*lacht*) Das ist natürlich was, was die Menschheit umtreibt. So, das sind dann auch  
263 wirklich Grüne bis in die Haarwurzeln, aber da hört der Spaß auf. Ne? Wenn der Deut-  
264 schen Eiche ein Blatt gekrümmt wird für nen Windpark, dann sollen sie mal was erle-  
265 ben. Dann ist Schluss mit lustig.

266 I: Es verteilt die Auswirkungen.

267 B: Und ja das ist dann manchmal auch ernüchternd und auch frustrierend, weil wir sind  
268 echt immer in ner Gesellschaft, wo es im Grunde auch an jeder Position auch immer  
269 extrem viel zu mäkeln gibt. Naja aber das ist jetzt auch eher ein persönliches Abschluss-  
270 statement. Das können Sie jetzt auch unterstreichen in ihren Aufzeichnungen. Also wir  
271 bleiben dran, wir haben Spaß daran und vor allem... Das Allerschönste, vor allem für  
272 mich persönlich, ist diese, vorhin auch schon angesprochene Selbstwirksamkeit in die-  
273 sem Rudel. Also was die Leute... Was da für ein Fachwissen zusammenkommt. Was da  
274 an Bewegung zusammenkommt. Was da an Dynamik entsteht. Wenn auch das Klima  
275 gut ist. Wenn das Miteinander passt. Wenn die Chemie im Vorstand in den Arbeits-  
276 gruppen... Das ist regelrecht wie ein Rausch, den man da manchmal erlebt. Und wo man  
277 auch merkt man zieht rechts an kleinen Energieversorgern vorbei. Unsere Biogasanlage  
278 haben wir mit den Landwirten zusammen... Haben wir die flotter jetzt hingekriegt, als  
279 der Betreiber... das war ein Energieversorger ja? Das haben wir jetzt besser hingekriegt  
280 als die. Das sind die Dinge die einen jetzt so... Die Motivation wieder neu generieren.  
281 Und es geht eigentlich nur und das macht die Sache auch manchmal schwierig. Letzt-  
282 lich sind wir doch spaßgesteuert. Die größte Währung, die ist gibt, ist eigentlich nicht  
283 Geld sondern Freude, Spaß und Begeisterung. Diese Währung, diese Einheit. Die ist  
284 letztendlich der Universalmotor für unser Handeln. Man muss das halt in die richtigen  
285 Bahnen lenken. Das ist die Kunst. Nicht unbedingt irgendwie Leute abzocken oder  
286 Banken überfallen. Das kann einem vielleicht auch Spaß machen, wenn man... Windrä-  
287 der bauen, PV Anlagen planen oder mit Leuten zusammen Projekte entwickeln, ja. Das  
288 ist schon schön, wenn man daraus ne gewisse Freude am Leben draus generieren kann.  
289 Gut das war's auch jetzt!

290 I: Das hört sich doch gut an. Vielen herzlichen Dank für Ihre Zeit!

291 B: Ich danke Ihnen auch. Viel Spaß Ihnen auch. Ne, das ist ja letztlich die Überleitung  
292 zu ihrer Arbeit

293 I: Genau.

294 B: Das muss ja auch Spaß machen und dann wird's auch letztlich gut.

295 I: Ich schick sie Ihnen mal zu, wenn sie fertig ist.

296 B: Ja, auf jeden Fall. Da legen wir großen Wert drauf. Die kommt dann in unser Regal-  
297 fach, wo oben drüber in Lüneburg steht.

298 I: Super. Herzlichen Dank.

299 B: Machen Sie es gut Herr Isaac. Bis dann mal wieder.

300 I: Tschüss!

## Anhang 3: Transkript Interview 2

### Interview 2: Elektrizitätswerke Schönau

Interviewer (I): Roman Isaac

Befragte/r (B): Befragte 2

Energieversorger: Elektrizitätswerke Schönau (EWS)

Stellung im Unternehmen: Sachbearbeiterin

Ort: Lüneburg und Schönau

Datum: 02.06.2015

Zeit: 10 Uhr

Länge: 12min 47sec

- 1 B: Die EWS in Schönau. *Anonymisiert* hallo?
- 2 I: Ja, Roman Isaac hallo. Ich rufe an wegen des Interviews.
- 3 B: Ja genau. Ich hatte Sie schon in meinem Kalender drin.
- 4 I: Sehr schön. Ich hätte noch eine Frage zu Ihnen als Mitarbeiterin der EWS.
- 5 B: Ja.
- 6 I: Und zwar: Welche Stellung haben Sie denn im Unternehmen? Welche Stelle?
- 7 B: Ich bin hier Sachbearbeiterin, wie die meisten hier kaufmännischen Sachbearbeiterinnen und bin hier der Geschäftsführung angegliedert.
- 9 I: Ok. Super. Vielen Dank. Dann würde ich schon anfangen mit dem Fragenblock. Und
- 10 ich werde das Gespräch mitschneiden, weil ich das im Anschluss transkribieren
- 11 muss.
- 12 B: Jaja. Ist in Ordnung.
- 13 I: Ok. Gut. Meine erste Frage wäre: Halten Sie für eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen
- 14 einen Lebensstilwandel notwendig oder sind technische Lösungen wie zum Beispiel die
- 15 Umstellung auf erneuerbare Energien ausreichend?
- 16 B: Also, Lebensstilwandlung ist unbedingt notwendig, ja? Selbst wenn wir alte Techni-
- 17 ken durch neue Techniken ersetzen, müssen wir jede Menge Energie reinstecken. Ja das
- 18 ist, wie wenn man einen alten Kühlschrank entsorgt, wenn man sich eine sparsameren
- 19 anschaffen möchte. Einen energiesparsameren. Der hat ja auch erst mal jede Menge
- 20 Energie verbraucht. Also muss man sich grundsätzlich erst mal die Frage stellen: Brau-
- 21 che ich einen Kühlschrank? Wenn ja, wann brauche ich einen riesengroßen oder einen
- 22 kleineren. Also Lebensstilwandel unbedingt. Jaja.
- 23 I: Ok.

24 B: Das jetzt nur als Beispiel. Ich kann dieses Beispiel auch auf Verkehr und auf alle  
25 anderen Bereiche übertragen. Kaufe ich mir ein neues T-Shirt, kann ich das natürlich  
26 auch in Biobaumwolle kaufen, aber ich kann mir auch überlegen ob es das alte noch tut.  
27 I: Genau. Da schließen Sie schon sehr schön an den Postwachstumsgedanken. Und da  
28 wäre meine zweite Frage, was Sie mit dem Begriff Postwachstum verbinden?  
29 B: Hm. Ja wir müssen Wachstum anders definieren. Also Wachstum nicht mehr im her-  
30 kömmlischen Sinne. Immer mehr, immer höher, immer weiter. Sondern vielleicht die-  
31 ser: Weniger ist mehr Gedanke. Mehr verinnerlichen und mehr praktizieren.  
32 I: Ok. Dann ganz konkret auf Energieversorgung bezogen. Wie sollte Ihrer Meinung  
33 nach eine Energieversorgung in einer Postwachstumsgesellschaft aussehen?  
34 B: Also, der Gedanke Energiesparen muss an oberster Stelle stehen, ja? Und Energie als  
35 etwas Ganzheitliches zu begreifen. Wie ich eben angerissen habe, Energie steckt auch  
36 in der Produktion von Sachen drin. Nicht unmittelbar der Verbrauch, sondern Benut-  
37 zung von Dingen. Da verbrauche ich auch schon Energie. Ja? Dann ist: Energieeffi-  
38 zienzmaßnahmen sollten auch ganz oben anstehen. Dass ich mir Gedanken mache, wie  
39 kann ich Energie besonders sinnvoll effizient einsetzen. Und dann natürlich erneuerbare  
40 Energien. Also Umstieg auf 100 % regenerativ.  
41 I: Und was wären dafür um diese Ziele zu erreichen hierfür notwendige Schritte aus  
42 Sicht ihrer Genossenschaft jetzt?  
43 B: Also, Lebensstilwandel natürlich. Wenn ich jetzt selber an Energiesparen oder Ener-  
44 gieeffizienz denke, da muss Aufklärung und Umdenken stattfinden. Und dann der Um-  
45 stieg auf 100 % erneuerbare. Also erst mal bedeutet das natürlich der Ausstieg aus der  
46 alten Industrie. Ausstieg aus Atom, Ausstieg aus Kohle und und, weitergedacht, weit-  
47 flächiger gedacht, Ausstieg auch aus Erdgas. Jaja, da brauchen wir jetzt ein ganzes  
48 Maßnahmenpaket. Wir müssen anfangen wie die Weltmeister Winterräder aufzustellen.  
49 Wir müssen Kleinanlagen fördern. Wir müssen unser Stromnetz neu organisieren, ja?  
50 Das heißt wir brauchen keine Stromautobahn. Wir brauchen ein verzweigtes Verteil-  
51 netz. Wir brauchen Leute, die mitdenken beim Verbrauch. Wir brauchen vor allem  
52 Stromanbieter, die alles gut managen können. Die auch die Möglichkeiten an die Hand,  
53 kriegen um alles gut managen zu können. Also da braucht's, puh, ein ganzes Paket an  
54 Maßnahmen noch.  
55 I: Ja. Und welche Möglichkeiten sehen Sie für sich als demokratisch organisierter Ener-  
56 gieversorger, Teil dieser Transformation, sag ich jetzt mal, zu werden?  
57 B: Also das ist ja das, was wir schon machen von Beginn an. Ja wir fördern Kleinanla-  
58 gen, wir ermuntern Leute sich Photovoltaikanlagen aufs Dach zu machen, oder Block-  
59 heizkraftwerke anzuschaffen, in Windenergieprojekte zu investieren. Da haben wir ja  
60 ein großes Förderprogramm. Von Kunden für Kunden. Ein Solidarmodell und das läuft  
61 auf Hochtouren. Also das wird ja ständig nachgefragt und hat sicherlich im Kleinteili-  
62 gen schon etwas gebracht. Dann sind wir ja auch in unserer Region Stromnetzbetreiber.  
63 Das heißt wir versuchen natürlich alle erneuerbaren Energieanlagen

64 so schnell wie möglich anzuschließen. Ja das... Da gibt es große Unterschiede bei  
65 Stromversorgern was den guten Willen angeht. Ob man eine Photovoltaikanlage schnell  
66 oder weniger schnell anschließt. Wir versuchen den Stromnetzbetrieb geschickt zu or-  
67 ganisieren. Ja, dass wir ohne große Speicher, also ohne große externe Speicherkapazitä-  
68 ten, trotzdem ne Lastglättung immer haben. Ja, wir engagieren uns natürlich auch poli-  
69 tisch. Also, wenn so wie jetzt wie in Großbritannien ein neues AKW gebaut werden soll  
70 mit Wahnsinns-Staatssubvention, dann stehen wir da auf dem Plan und legen Be-  
71 schwerde dagegen ein, weil das nicht sein kann, dass man jetzt anfängt, eine Technolo-  
72 gie zu fördern, die mit erneuerbaren überhaupt nicht zusammenpasst.

73 I: Ja.

74 B: Das sind so... Da wo wir im Kleinen oder auch auf dem großen Parkett was tun kön-  
75 nen.

76 I: Und wie stehen Sie als Genossenschaft zu einer Senkung oder zu einer absoluten  
77 Senkung des Energieverbrauchs für die gesamte Gesellschaft? Weil das würde Ihnen ja  
78 quasi die Arbeitsgrundlage entziehen.

79 B: Jaja. Sehen Sie. Wir verstehen uns ja nicht wie andere, einige andere, als Ressour-  
80 cenverkäufer. Ja also, wenn ich jetzt ein E.ON oder RWE denke. Deren Geschäftsfeld  
81 basiert darauf, Strom zu verkaufen, Ressourcen verbrauchen. Da haben wir ja ein ande-  
82 res Modell. Sondern wir sind ja ein Dienstleister. Wir bieten Service an. Wir bieten un-  
83 seren Kunden... Wer bei uns Kunde wird, kriegt zuerst einmal eine Broschüre zum  
84 Stromsparen mit Stromspartipps an die Hand. Wir verstehen uns da als Serviceverkäu-  
85 fer. Und genauso treten wir gegenüber Gemeinden auf, wo wir dann Contracting-  
86 Modelle anbieten. Ja wo wir ... anbieten, den Service für den Austausch von zum Bei-  
87 spiel Straßenbeleuchtung zu übernehmen. Ja wenn man... Wenn der Austausch ohnehin  
88 demnächst ansteht. Dass wir sagen: na, wir legen noch was oben drauf, wenn ihr dann  
89 aber auch in die etwas teureren LED Leuchten investiert. Und das, was wir da einsparen  
90 letztendlich an Energie und Geld, das teilen wir uns. Also, da ist eigentlich die Service-  
91 leistung, das was wir verkaufen.

92 I: Ja. Wie sehen Sie denn Ihre Rolle als Energieversorger, Sie haben Gemeinden schon  
93 angesprochen, als, in Bezug auf eine Regionalisierung von Ökonomie?

94 B: Also... Wir begrüßen das immer sehr, wenn wenn Bürger vor Ort sich für Vor-Ort-  
95 Projekte engagieren, weil das gerade im erneuerbaren Energienbereich die Akzeptanz  
96 stärkt. Ja, ein Windrad was mit Bürgern vor Ort gebaut wird oder wo Bürger vor Ort mit  
97 profitieren können, ist sehr viel eher akzeptiert, als wenn eine große Projektplanung von  
98 auswärts ankommt und einen Windpark hinstellt. Da gibt's größeren Widerstand. Ich  
99 denke, wenn Sie jetzt so an regionalisierte Währungen oder dergleichen denken, dann  
100 kann das für viele ne gute Stütze sein. Ja zu sagen „Ich zahle nur mit der regionalen  
101 Währung, weil die in meinem Umfeld gilt. Also unterstütze ich automatisch die lokale  
102 Wirtschaft.“ Das ist aber, für mich persönlich, jetzt nicht zwangsläufig notwendig, weil  
103 mit Bewusstseins-schaffung kann ich auch so vor Ort einkaufen gehen. Also es ist... Es



104 kann, glaube ich, für viele kann so etwas wie ne lokale Währung oder andere lokale  
105 Mechanismen kann ne Hilfestellung sein, aber man kann sich auch so auf regionale  
106 Wertschöpfung konzentrieren.

107 I: Also, das ist für Sie auch als Genossenschaft auch... Steht das somit auf dem Plan die  
108 regionale Wirtschaft in Schönau soweit zu stärken?

109 B: Das tun wir ja automatisch, weil wir unseren Firmensitz hier in Schönau haben.  
110 Schönau ist ne Kleinstadt, 2500 Einwohner, und wenn wir da als Arbeitgeber 100 Ar-  
111beitsplätze bieten, dann ist das ganz automatisch ne Stärkung der regionalen Wirtschaft.  
112 Das ist jetzt nicht unbedingt, dass wir das aus unserer Ideologie her indizieren würden,  
113 sondern das bringt einfach das Geschäft so mit sich. Aber natürlich wenn jetzt die Wahl  
114 haben ein Windrad hier zu bauen oder ein Windrad in Niedersachsen zu bauen. Und wir  
115 können aber nur ein Projekt realisieren und beide sind gleich gut, werden wir uns für  
116 das Vor-Ort-Projekt entscheiden, weil wir das natürlich bevorzugen mit den Leuten  
117 direkt hier vor Ort zusammen zu arbeiten.

118 I: Schön. Gibt's noch weitere Aspekte demokratischer Energieversorgung, die wir jetzt  
119 noch nicht behandelt haben, die Sie gerne behandelt haben würden?

120 B: Also grundsätzlich finde ich ja, dass unser Energiesystem, wie es jetzt besteht, ist  
121 nicht sehr demokratisch, ja? Das heißt Demokratie finde ich in der Energieversorgung  
122 ganz wichtig. Und da sind wir noch lange nicht an dem Punkt wo ich damit zufrieden  
123 wär. Also wenn wir jetzt mal uns angucken, wie Konzessionen für Stromnetze vergeben  
124 werden. Das ist ein ganz undemokratischer Prozess ohne jede Rechtssicherheit. Viele  
125 Kommunen trauen sich schon gar nicht mehr, sich um ihre eigene Lizenz zu bewerben,  
126 weil es keine Rechtssicherheit gibt. Weil hinterher immer jemand kommen kann und sei  
127 es das Bundeskartellamt, dass eigentlich Monopol aufbrechen sollte, jetzt Monopole  
128 schützt. Und hingeht und sagt „Na der Prozess war aber jetzt nicht korrekt“. Wenn man  
129 dann fragt wie ist der Prozess jetzt korrekt, kriegt man keine Antwort. Also, da muss  
130 einfach noch viel passieren. Und Energiedemokratie hat für mich damit auch immer  
131 ganz viel zu tun, dass Bürger auch Zugriff auf Energieversorgungsstrukturen haben.  
132 Deswegen sind wir ja so'n Freund der Genossenschaft und finden das eigentlich ein  
133 ganz gutes Modell, wenn Bürger in Form einer Genossenschaft sich auch in die Ge-  
134 meindepolitik einbringen und nicht nur einbringen in Form von „Wir sagen mal unsere  
135 Meinung!“, sondern einbringen im Sinn von Teilhabe.

136 I: Das haben sie auch schon bewiesen, dass das schon gut funktioniert über die letzten  
137 Jahre.

138 B: Genau, genau. Genau weil einfach die Politik auf Gemeindeebene kann sich ja im-  
139 mer mal wieder ändern oder ist von anderen Faktoren, als nur dem Bürger Gutes zu  
140 wollen, getragen. Und da kann einfach, wenn auch ne Bürgerbeteiligung noch besteht,  
141 ist das ein ganz gutes Korrektiv.

142 I: Vielen Herzlichen Dank.

143 B: Ja gerne.

- 144 I: Für Ihre guten Antworten und ich wünsche Ihnen noch einen schönen Tag.  
145 B: Danke gleichfalls. Tschüss!  
146 I:Tschüss!

## Anhang 4: Transkript Interview 3

### Interview 3: Berliner Energietisch

Interviewer (I): Roman Isaac

Befragte/r (B): Befragter 3

Energieversorger: Berliner Energietisch

Stellung im Unternehmen: Pressesprecher

Ort: Berlin und Lüneburg

Datum: 02.06.2015

Zeit: 14 Uhr

Länge: 11min 51sec

- 1 B: *Anonymisiert.*
- 2 I: Ja hallo. Hier ist der Roman Isaac. Ich rufe an wegen des Interviews.
- 3 B: Hallo. Ja, genau.
- 4 I: Ja. Passt dir das von der Zeit?
- 5 B: Ja passt.
- 6 I: Wunderbar. Dann hätte ich erst noch mal eine Frage. Was deine Aufgabe beim Berli-
- 7 ner Energietisch ist?
- 8 B: Ich bin Sprecher des Berliner Energietisches und habe die Kampagne verantwortlich
- 9 mit geleitet, die zum Volksbegehren und Volksentscheid geführt hat.
- 10 I: Aha. O.k. Cool. Dann würde ich auch schon einsteigen mit den Fragen.
- 11 B: Ja.
- 12 I: Und die erste Frage wär: Ist für eine Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen ein Lebensstil-
- 13 wandel notwendig oder sind rein technische Lösungen wie zum Beispiel die Umstellung
- 14 auf erneuerbare Energien ausreichend?
- 15 B: Definitiv ist ein Lebenswandel notwendig. Wer eben glaubt, dass er die Probleme
- 16 des Klimawandels durch eine Ersetzung von fossilen durch erneuerbare Energieträger
- 17 zu ersetzen und am Rest nichts tun zu müssen, der wird die Ziele nicht durchsetzen.
- 18 Nicht umsonst wird gerade beim Thema Energieeffizienz, Energie einsparen, eigentlich
- 19 in der Wissenschaft, eigentlich auch in der engeren Diskussion natürlich der gleiche
- 20 Stellenwert eingeräumt, den gleichen Stellenwert, wie die Umstellung auf erneuerbare
- 21 Energien. D.h. auch, dass wir potentiell natürlich weltweit locker genügend Energie aus
- 22 erneuerbaren hätten um ein Vielfaches unseres Energiekonsums zu decken. Das ist jetzt
- 23 technisch letztendlich aber auch nicht so einfach zu heben und ganz klar, wir müssen
- 24 das korrigieren, wie wir derzeit leben.

25 I: Und da anknüpfend: Der Begriff Postwachstum, was verbindest du damit?

26 B: Postwachstum ist letztendlich, sozusagen, die Umkehr des Denkens, dass wir ständig  
27 als Wirtschaft immer weiterwachsen zum Wohlstand. Der Wohlstand ist nicht an das  
28 Wirtschaftswachstum gekoppelt. Und auch die These, die Idee, dass man sozusagen den  
29 Primärenergieverbrauch entkoppeln könnte vom Wirtschaftswachstum, zeigt sich letzt-  
30 endlich nicht. Da gab's ja mal so ne Zeit lang, wo viele gesagt haben, diese bekannte  
31 Grafik: „das Wirtschaftswachstum nimmt deutlich zu, aber wir sehen eben, dass ich das  
32 entkoppelt hat vom Primärenergieverbrauch und das ist eben möglich.“ Und das ist ei-  
33 gentlich nicht haltbar. Sozusagen ein ständiges Steigern des Wirtschaftswachstum geht  
34 immer einher mit einer Steigerung des Primärenergieverbrauchs. Und das ist natürlich  
35 bei Klimaschutzziele nicht zu halten.

36 I: Ja. Und dennoch benötigt auch eine Postwachstumsgesellschaft noch Energie. Wie  
37 sollte, oder sollte aus eurer Sicht die Energieversorgung für ne Postwachstumsgesell-  
38 schaft aussehen?

39 B: Erst mal muss die natürlich dezentral organisiert sein. Wir müssen wegkommen von  
40 der Idee von Produktion von großen zentralen Anlagen, die bei wenigen zentralen Play-  
41 ern letztendlich dann auch im Eigentum, im Besitz, sind. Sondern viel mehr zu einer  
42 eigenständigen dezentralen Energieversorgung. Dabei dürfen wir nicht unser westliches  
43 Bild einer Energieversorgung eins zu eins auf den globalen Süden übertragen. Wir ha-  
44 ben trotz unserer dezentralen Energieversorgung; können wir die Energie letztendlich  
45 über unsere Transportnetze über weite Strecken transportieren. Und wenn man dann in  
46 den globalen Süden reinschaut, da schaut es eben komplett anders aus. Da ist ein kom-  
47 plettes Fehlen von Energietransportnetzen oftmals vorhanden. D.h. wir müssen... Dort  
48 Insellösungen gefunden werden. Eben autarke Systeme, über die sich die Leute sich  
49 eben mit Energie, mit Strom, mit Wärme versorgen können, ohne letztendlich im Ver-  
50 bund miteinander zu stehen. Also das ist regional sehr unterschiedlich, wie man das  
51 angehen muss.

52 I: Was wären denn beispielhafte Schritte, die notwendig sind, diese Ziele zu erreichen?

53 B: Nun erst einmal, glaube ich, ist es ganz wichtig, dass wir die Energiewende verste-  
54 hen müssen nicht nur als die technische Umstellung von fossil auf erneuerbar, sondern  
55 das muss vor allem auch als Chance sehen, das Energiewirtschaftssystem umzustellen.  
56 D.h. zuerst einmal die Macht der Energiegroßkonzerne, die uns ja ihre Form der Ener-  
57 gieversorgung, die für sie ja die wirtschaftlich höchste Rendite bringt, ja mehr oder we-  
58 niger aufoktroyieren. Die müssen wir zunächst erst mal brechen. Dazu müssen wir zu-  
59 erst einmal rauskommen aus diesem engen Korsett. Um dann letztendlich die genügen-  
60 den Freiheiten zu haben, ein neues Energiewirtschaftssystem, eine neue Energieversor-  
61 gung aufzubauen.

62 I: Und welche Möglichkeiten seht ihr dort als demokratischer Energieversorger, jetzt in  
63 Form des Berliner Stadtwerkes, diese Transformation zu gestalten hin zu einer Post-  
64 wachstumsgesellschaft?

65 B: Naja erst mal wichtig ist der Hintergrund, dass ich... Du hast jetzt zwei Sachen an-  
66 gesprochen: Also, demokratische Partizipation ist eben sehr wichtig. Wir kennen das  
67 eben sehr stark. Die Energiewende in Deutschland ist ja auch sehr stark geprägt bis jetzt  
68 von der Bürgerenergie. Wenn wir sagen, dass Bürgerenergie alleine nicht  
69 ausreichen wird. Dass es sicherlich auch Bereiche gibt, die dieser Bürgerenergie  
70 auch gar nicht so richtig gut zugänglich sind. Transportnetze sind da zum Beispiel so  
71 ein Teil, da spielt die öffentliche Hand eine große Rolle. Deswegen auch die Idee von  
72 uns hier in Berlin, mit einem Stadtwerk ran zu gehen. Wenn man jetzt zum Beispiel aus  
73 Berlin mal raus sieht. Wenn wir die nationalen Transportnetze wieder zurückholen wol-  
74 len, dann wird das nicht eine Genossenschaft machen können. Deswegen ist die öffent-  
75 liche Hand hier gefordert. Und dann damit auch der klare Hinweis: öffentlich ist nicht  
76 per se immer gut. D. h. wir müssen hier neue Formen demokratischer Kontrolle rein  
77 bringen. Eben eine direkte Partizipation der Leute in die Entscheidungsprozesse mit rein-  
78 nehmen. Genügend Transparenz schaffen. Sind hier erst mal wichtige Voraussetzungen,  
79 um letztendlich so eine neue Form von Typ von Stadtwerk oder man kann auch sagen  
80 von generell auch öffentlichen Unternehmen, egal ob das jetzt kommunal oder national  
81 ist, aufzubauen. Ich glaube da müssen wir erst mal ganz neue Wege beschreiten. Das ist  
82 noch ein sehr langer Weg. Da müssen wir viele Bretter bohren. Aber ich glaube, dass  
83 das schon mal so der erste Schritt ist hin. Und der führt dann auch schon in eine gewisse  
84 Frage von Dinge zu hinterfragen. Wie sind die Renditeerwartungen von öffentlichen  
85 Unternehmen? Und wenn wir uns öffentliche Unternehmen anschauen, zum Beispiel die  
86 Deutsche Bahn, ist letztendlich aber so eine gewisse Art von Melkkuh für den Bundes-  
87 haushalt. Da erwartet der Bundeshaushalt einen gewissen Anteil an dem Gewinn, der  
88 muss erwirtschaftet werden. Dementsprechend agieren dann diese Konzerne in öffentli-  
89 cher Hand eben doch nach privatwirtschaftlichem Muster und sind auf Wachstum aus.  
90 Ich glaube hier kann eigentlich nur dieser Wandel zur Postwachstumsgesellschaft anset-  
91 zen. Wenn wir versuchen, eben den Bürger mit rein zunehmen. Wobei wir, ich sage mal  
92 hoffen, weil wir es nicht genau wissen, ob es genauso läuft von der Idee, das Gemein-  
93 wohlinteresse eben wieder stärker in den Mittelpunkt zu stellen anstatt die reine Rendi-  
94 teorientierung. Das führt letztendlich dann möglicherweise, wenn gewisse Hypothesen,  
95 die wir auch annehmen, dann auch zu einem Beitrag zur Postwachstumsgesellschaft.

96 I: Und im Gedanken dieses weniger Konsumierens auch, wie steht ihr als Genossen-  
97 schaft zu einer absoluten Senkung des Energieverbrauchs?

98 B: Also, wir sind ja erst mal keine Genossenschaft.

99 I: Ja, stimmt.

100 B: Genossenschaft ist ja Bürgerenergie, wir sind ja politisch. Natürlich so eine Energie-  
101 senkung steht ja auch in unserem Gesetzentwurf drinnen. Dass eine wesentliche Aufga-  
102 be des Berliner Stadtwerkes, wie wir es uns vorgestellt hatten, natürlich auch zu einer  
103 Senkung des Energieverbrauchs beitragen soll. Jetzt nicht nur der landeseigenen Lie-  
104 genschaften und Unternehmen, sondern letztendlich auch der Berlinerinnen und Berli-

105 ner. Deswegen auch ganz klar: Auch hier kann ein gemeinwohlorientiertes kommunales  
106 Unternehmen glaubhafter agieren als jetzt große Energieversorger. Wo ich nicht wirk-  
107 lich richtig glaub, wenn Vattenfall mir irgendwie nen Stromsparcheck anbietet ,dass die  
108 wirklich ein Interesse daran haben, weniger Energie zu verkaufen. Es ist einfach... Das  
109 widerspricht dem privatwirtschaftlichen Modell.

110 I: Ganz klar. Seht ihr denn auch ne Chance darin als demokratischer Energieversorger,  
111 jetzt in Form des Stadtwerkes, mit einem Bezug auf Regionalisierung von Ökonomie?

112 B: Ja natürlich, weil auch wenn du dir mal anschaust, wie Stadtwerke, wie lokale Netz-  
113 betreiber letztendlich sozusagen lokale Wirtschaftsförderung, lokale Wirtschaftskreis-  
114 läufe einfach anregen, dann dann ist das natürlich ein Beitrag. Das ist natürlich in so  
115 einer riesengroßen Stadt wie Berlin ein bisschen anders, natürlich auch aufzuziehen und  
116 zu realisieren wie es in kleineren Kommunen. Deswegen sehen wir unseren regionalen  
117 Bezug eigentlich auch so auf die Region Berlin-Brandenburg, die wir mit rein nehmen.  
118 Also muss man natürlich um Berlin auch nochmal die Dimension ein bisschen größer  
119 denken. Natürlich schafft das nicht nur lokale Wertschöpfung. Es fördert letztendlich  
120 auch einen lokalen Wirtschaftskreislauf.

121 I: Ja. Ok. Genau. Gibt es jetzt noch Aspekte, die wir noch nicht angesprochen haben?  
122 Aspekte der demokratischen Energieversorgung, die vielleicht noch zu nennen wären in  
123 dem Zusammenhang?

124 B: Na ja, das Wesentliche habe ich ja schon genannt in der Richtung. Partizipation der  
125 Bevölkerung und zwar, das ist schon wichtig, normalerweise bekommst du ja eine de-  
126 mokratische Kontrolle auch immer sogar von privatwirtschaftlichen Unternehmen, wie  
127 Kundenbeiräte oder so ein Schnickschnack. Also das ist keine effektive Kontrolle. De-  
128 mokratische Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger bedeutet erst einmal: Transpa-  
129 renz, das ist das Allerwichtigste. Das sage ich immer: „Transparenz ist das wichtigste“.  
130 Wenn ich nicht weiß, was im Unternehmen vorgeht, kann ich auch nichts machen und  
131 das ist auch eine direkte Teilhabe an den Entscheidungsstrukturen. Und eben nicht so  
132 nur als Kundenbeirat so nebenbei. Das ist das... das sind ganz entscheidende Elemente,  
133 die uns da unterscheiden von dem, was im Moment angeboten wird auf dem Markt der  
134 demokratischen Kontrolle.

135 I: Gut. Dann bedanke ich mich sehr herzlich für die Zeit und die Antworten. Und ich  
136 hoffe, dass es weiter gutes Gelingen gibt.

137 B: O.k. Alles klar. Gut vielen Dank. Ciao.

## **Anhang 5: Eidesstattliche Erklärung**

Hiermit versichere ich, Roman Isaac, geboren am 22.07.1990, dass ich die vorliegende Bachelorarbeit selbstständig und nur unter Benutzung der angegebenen Literatur und Hilfsmittel angefertigt habe.

Des Weiteren versichere ich, dass die vorliegende Arbeit nicht im Rahmen eines anderen Prüfungsverfahrens eingereicht wurde.

Lüneburg, den

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'R' followed by a series of loops and a long horizontal stroke.

Roman Isaac